

# Flüchtlinge

als Ausdruck des Unfriedens in der Welt und als  
Bedrohung des Bürgerfriedens  
und

## 25 Jahre Vereinigung von DDR und BRD

Die berechtigte Freude darüber findet vielfältigen  
Ausdruck, aber es fehlen die Kommentare zur  
ungeheilten Wunde des Verfassungsverrats durch die  
Verfassungsorgane

Von

Tristan Abromeit

Oktober 2015

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 141.0

Über meinen biographisch-politischen Standpunkt als Grundlage der  
Bewertungen und Überlegungen zu den Themen Flüchtlinge und Frieden

Von Tristan Abromeit

September 2015

Text 141.1

# Inhalts-Übersicht

## **Flüchtlinge**

als Ausdruck des Unfriedens in der Welt und als  
Bedrohung des Bürgerfriedens  
und

25 Jahre Vereinigung von DDR und BRD

Die berechnete Freude darüber findet vielfältigen Ausdruck, aber es fehlen die Kommentare zur ungeheilten  
Wunde des Verfassungsverrats durch die Verfassungsorgane

	<b>Seite</b>
1. Vorbemerkungen .....	3
2. Die Zeit des Aber's .....	7
3. „Unus contra omnes“ .....	8
4. Der Bundespräsident in den USA .....	9
5. Zum Papst Franziskus .....	12
6. Die siebzehn Entwicklungsziele der UNO .....	14
7. Der Blick auf die heutigen Probleme aus dem Jahr 2001 ( Die Gliederungs- ziffer 24 / Aus Agenda Niedersachsen 2001 / Zweiter Teil vom 1. 5. 2001 / An die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages) .....	16
8.. Ist die erlebte Politik Ausdruck von Blindheit oder Böswilligkeit? .....	25
9. Wie war das 1918? Und wie vor der Nazi-Herrschaft? .....	29
10. Zurück zur Gegenwart mit TTIP und CETA .....	35
11. Einige Schlagzeilen und Meldungen aus Medien .....	41
12. Untergang oder Aufstieg des Abend- und Morgenlandes? .....	57
13. Die demokratische Ausgangslage der Pro- und Kontra-Haltung in der Flüchtlingsfrage .....	70
14. Die mangelnde Ehrlichkeit über die Ursachen und Wirkungen der Flüchtlingsstr, 82	
15.. Gibt es Perspektiven zur Lösung der anstehenden Konflikte und Hilfe für die Menschen, die von Krieg und Hunger betroffen sind? .....	91

### **Hinweis:**

*Der Schriftsteller Rainald Goetz hat den Georg-Büchner-Preis erhalten. Die HAZ berichtet am 2. 11. darüber mit einem Zitat von Goetz als Schlagzeile. „Nie war ich beim Schreiben so unsicher wie heute“. Als ich den Text unter 7. in 2001 geschrieben habe, lagen, die Gefahren, die ich damals schon sah, noch in der Zukunft. Das Schreiben darüber war kein Vergnügen, aber im Vergleich zu heute leicht. Jetzt sind sie Gegenwart und die Situation ist so, wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Ich hatte zeitweise regelrecht eine Schreibblockade und konnte Informationen nur aufnehmen. Das Ergebnis dieser Blockade sind die Sammlung von Schlagzeilen unter der Ziffer 11. Unsicher bin ich mir über die Auswahl der Zitate und die Darstellung, nicht im Inhalt. Ich musste mich zum Thema äußern, um mich nicht selbst zu verraten. Wenn dieser Text überhaupt zu Lesern findet, hoffe ich auf ihr Mit- und Weiterdenken.*

# 1. Vorbemerkungen

Die Niederschrift der hier mitgeteilten Überlegungen schiebe ich schon ein paar Wochen vor mir her, nicht weil ich mir damit eher Feinde als Freunde gewinnen kann, sondern aufgrund der Frage, ob es mir mit meinen vorhandenen Fähigkeiten überhaupt gelingen kann auf einer überschaubaren Zahl von Seiten dem komplexen Thema gerecht zu werden. Auch muss ich den Spagat fertig bringen, den Bundespräsidenten Joachim Gauck, die Bundeskanzlerin Angela Merkel (und ihre Minister), den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (und die ganze Riege der Bundestagsmitglieder), den Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle (und das ganze Kollegium), alle in den Parlamenten vertretenen Parteien und letztlich alle Bürger im heutigen Deutschland – also auch mich selbst – als ehrenwerte Bürger und gleichzeitig als Verfassungs- und Demokratiefeinde zu bezeichnen – die einen, weil sie sich aktiv als solche betätigt haben und die anderen als diejenigen, die das ohne Widerstand hingenommen haben, ohne ihr Recht nach GG Art. 20.(4) zu nutzen.

Es steht hinter diesem Versuch der Anklage keine Anmaßung und auch keine Besserwisserei sondern ganz schlichte Einsichten. Da in der Demokratie die Analphabeten das gleiche Recht haben, ihre Stimme zu erheben wie die Intellektuellen, ist auch meine Stimme damit abgedeckt, egal, ob ich den Status des Analphabeten gerade so eben überwunden habe oder nicht.

Neben der eigenen Wahrnehmung und dem eigenen Denken stehen mir auch eine Fülle von Informationen in gedruckter und digitaler Form zur Verfügung. Und jeden Tag kommen neue hinzu, so dass die von außen an mich herangetragenen Informationen eher eine Belastung als eine Hilfe zur Bewältigung meiner selbst gestellten Aufgabe ist. Wenn ich von Feinden der Verfassung, der Demokratie, der Gesellschaft der Freien und auch der Marktwirtschaft spreche, dann ist im Sinne des angestrebten Spagats nicht jeweils die private Person gemeint, sondern jeweils die Rolle, die sie im Zeitgeschehen spielt. Und die Rolle, die jeweils ausgefüllt oder gespielt wird, scheint mir weniger ein Ausdruck des jeweiligen Charakters, als vielmehr des Denkens und seiner Spuren im Gedächtnis zu sein. Der Zeitgeist scheint da auch von Bedeutung zu sein. Denn biologisch gleichen sich die Menschen, die in den Ersten Weltkrieg zogen, die Weimarer Republik in den Konkurs gestürzt haben, die Verbrechen unter dem Hakenkreuz begangen, die Deutsche Republik nach dem Zweiten Weltkrieg unter ihren friedensstiftenden Entwicklungsmöglichkeiten gehalten und die Vereinigung der beiden deutschen Republiken mit dem Verfassungs- und Demokratieverrat beschmutzt haben. Es gibt aus Goethes Faust die Aussage von Mephistopheles der sich als „**Ein Teil von jener**

**Kraft versteht, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.**“ Ich habe den Eindruck, dass in der Politik das umgekehrte Wirkungsprinzip gilt.

Mein Bruder, einst Kapitän in der Seeschifffahrt und immer noch Pazifist, schickte mir einen Auszug aus dem Weihnachtsbrief von Mahatma Gandhi an Adolf Hitler vom 24. Dezember 1940. Darin heißt es:

Mein Lieber Freund!

Dass ich Sie mit Freund anrede ist keine Förmlichkeit. Ich habe keine Feinde. Meine Lebensaufgabe bestand während 33 Jahren darin, um die Freundschaft der gesamten Menschheit zu werben und alle Menschen miteinander zu befreunden, ohne Unterschied der Rasse, der Farbe und des Glaubens.

Und dann sagt er ohne Umschweife, was er an Hitlers Politik für schändlich und falsch hält.

In einem anderen Text habe ich geschrieben und zitiert:

Kompromisse, die in der Politik bei uns den Status von heiligen Kühen haben, sollten nach dem Professor für Staatswissenschaften, Erich Reigrotzki vermieden werden, weil sie nur neue Probleme schaffen. Reigrotzki: ... „Und nun das Thema: Wiederum mit Goethe! So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück.“ ..

Gandhi und Reigrotzki stimmen darin überein, die Fehler in der Sache anzugreifen und nicht die Personen, denn das hätte nur einen Sinn, wenn sie aus Böswilligkeit an falsche Entscheidungen festhalten. Obwohl die Lüge leider auch in demokratischen Systemen politische Instrumente sind, wird ihr Gebrauch wohl selten als Böswilligkeit nachzuweisen sein.

In der Fernsehserie *Weissensee*, die in der Untergangsphase der DDR spielt, sagt Ferdinand Lehmann, der den Roman Kupfer – Sohn des Falk Kupfers spielt, zum Schluss in der letzten Staffel nachdem die Mauer geöffnet ist und er die ersten Ausflüge nach Westberlin gemacht hatte, sinngemäß:

Dort kannst Du den Mund aufmachen, aber keiner hört dir zu, wenn Du kein Geld hast.

Diese Erfahrung konnte junge der Mann so schnell wohl nicht machen, aber die Autoren des Drehbuches haben damit ein wichtiges Thema angesprochen. So wie die Unterdrückung von jeden Gedanken der von der SED vorgegebenen Linie abwich, in der DDR verfolgt wurde und für viele Autoren mit Gefängnis und der Zerstörung der persönlichen Existenz endete, so

ist das Nichtzuhören in dem jetzigen Deutschland mit seiner Narrenfreiheit auch ein nicht zu unterschätzendes Problem. Ich vermute, dass die erhöhte Gewaltbereitschaft an den linken und rechten Rändern unserer Gesellschaft hier seinen Ursprung hat.<sup>1</sup> Zum Teil ist das ja ein Problem, das sich aus der Menge ergibt, wenn alle gleichzeitig etwas zu sagen haben, kann keiner mehr zuhören. Aber das ist nur ein Aspekt des Gesamtproblems. Ein anderer ist, dass wir entgegen öffentlicher Verlautbarungen keinen chancengleichen Informationsmarkt haben. Die Vermachtung der privatwirtschaftlich und staatlich (euphemistisch als öffentlich-rechtlich beschrieben) organisierten Medien ist doch nicht zu übersehen. Als der starke Flüchtlingszustrom einsetzte, machte z. B. die Berichterstattung der ARD- und ZDF-Nachrichten und der Zeitungen, die mir vor die Augen kamen den Eindruck, als seien sie direkt der Presseabteilung der Regierung unterstellt.<sup>2</sup> Und dann liegt auch die Vermutung nahe, dass mit Hilfe der Human- und Sozialwissenschaften wiederum in unheiliger Allianz von Staat und Kapital das Interesse und die Urteilsbildung des gemeinen Volkes nicht nur in der Waren-Werbung gelenkt wird. Hinzu kommt, dass durch die Standardisierung der Lehrinhalte und Zertifizierung der Bildungsabläufe in den Schulen aller Stufen eine Uniformierung des Denkens und der Wahrnehmung stattfindet. Dieser Teil der Gleichmacherei wird von den verschiedenen Gruppen (z. B. Mehr Demokratie e.V.), die berechtigt gegen Handelsabkommen protestieren, die vorwiegend dem Interesse der Konzerne dienen, übersehen.

Aber immerhin ist diese Situation besser als die Verfahren in der untergegangenen DDR. Ich habe neben mir ein Buch liegen, darin heißt es im Vorwort :

In der Ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts setzte sich der Freidenker Hans Traugott Strung intensiv mit gesellschaftlichen Themen auseinander. Unter anderem schrieb er ab 1925 regelmäßig in der Monatsschrift des

---

1 Das ist ein Thema zur Erlangung und zum Erhalt des Bürgerfriedens.

2 Inzwischen ist die Berichterstattung wieder differenzierter. Z.B. schreibt Gabor Steingart im Handelsblatt Morning Briefing vom 7. 10. 2015:

... die anfängliche Schockstarre der Europäer im Angesicht der **unkontrollierten Massenzuwanderung** scheint überwunden: „Ohne **Außengrenzen** wird Europa für jeden von uns eine Brutstätte der Angst werden.“ **Europa** dürfe sich nicht zu Extremen hinreißen lassen, auch nicht zu dem Extrem, „alle einzuladen, obwohl wir nicht alle aufnehmen können“. So sprach zwar gestern nicht die deutsche Kanzlerin, aber immerhin **EU-Ratspräsident Donald Tusk**. Der Wahrheit ist es wahrscheinlich egal, wer sie ausspricht. Hauptsache es findet sich einer, der sie beim Namen nennt.

Auch die Polizeigewerkschaft hat sich ein Herz gefasst und die Politiker der Verharmlosung bezichtigt. Der **Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt**, wirft der Politik vor, Berichte über **Gewalt und sexuelle Übergriffe in Asylunterkünften** herunterzuspielen. Die Lage- und Ergebnisberichte sprächen eine eindeutige Sprache, die Minister wären gut beraten, sie zu lesen. Das spricht nicht gegen Ausländerfreundlichkeit, aber es spricht gegen das Wegschauen. Gerade auch der **Journalismus** ist nicht Teil einer Willkommens-, sondern Teil einer **Wahrheitskultur**. Oder um es mit Willy Brandt zu sagen: „Journalismus kann abdanken, wenn er harmlos wird.“

Physiokratischen Kampfbundes.

Zahlreiche Veröffentlichungen zeigen, wie intensiv er sich besonders mit den Visionen des Sozialreformers Silvio Gesell auseinander gesetzt hat. Unter dem Pseudonym Hans Hermann schrieb der 1899 in Berlin geborene Sohn eines Buchbinders seine Gedanken über eine bessere Welt in zwei Büchern, "Friede auf dem Erdboden" und "Religion der Wahrheit", nieder.

Staatsfeindliche Hetze, urteilte ein DDR-Gericht damals.

Weil Hans Strung seine Gedanken auf vielen hundert Seiten niederschreibt und nach dem Krieg bei Westberliner Verlagen drucken lassen will, wird er 1958 - in Thüringen lebend - verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Im September 2009 hat das Meininger Landgericht das Unrechtsurteil gegen Hans Strung für aufgehoben erklärt. Juristisch gilt er damit als rehabilitiert. Einige Wochen später gab die Stasiunterlagen-Behörde die bis dahin unter Verschluss gehaltenen Manuskripte frei.

Mit dem vorliegenden Buch wurde also der Traum unseres 1971 verstorbenen Vaters und Groß- und Urgroßvaters nun endlich Wirklichkeit. Wir haben uns, bis auf kleine formelle Veränderungen, strikt an das Manuskript gehalten. An eine Veröffentlichung des zweiten Buches ist ebenfalls gedacht.

Familie Silvio Strung Cottbus, Berlin 2010

Das Wegsperrten von gedanklichen Abweichlern hatte in der SBZ und der folgenden DDR aber genauso System wie unter der Herrschaft der NSDAP. Aber die Informationsunterdrückung gibt es nicht nur in totalitären Systemen, sondern auch in demokratischen, die Methoden sind nur subtiler und vermutlich werden sie manchmal von den Anwendern gar nicht als solche erkannt. Ich denke da z. B. an die Förderung der Forschung. Wenn eine Bewilligungsinstanz die Bedeutung eines Forschungsansatzes nicht kennt oder nicht beurteilen kann, dann kann sie ohne Skrupel eine Nichtförderung beschließen und als Blockierer einer Problemlösung betätigen. Aber auch im Bereich des Engagements zur politischen Meinungsbildung durch die Bürger passiert das immer wieder. Viele berufen sich gerne auf den Spruch von Rosa Luxemburg, dass die Freiheit jene Freiheit des Andersdenkenden ist, um ihre eigene Meinungsäußerung die Rechtfertigung zu geben. Aber die gleichen Leute haben keine Hemmung, die Meinungsäußerung Andersdenkender zu diffamieren. Aber es braucht nicht mal eine Rufschädigung oder Rufmord vorliegen. Es genügt doch oft schon die Distanzierung des Vereins, der Gewerkschaft, der Partei oder der Kirche von der Aussage eines ihrer Mitglieder, um es zum Schweigen zu bringen. Diese Distanzierungen erfolgen ja nicht immer aufgrund einer besseren Einsicht, sondern meisten um den Ruf, den Einfluss, die Geldzuwendung, den Wählerzuspruch oder einfach die erworbene Macht nicht zu gefährden.

Einer der alle Formen der Meinungs- und Informationsunterdrückungen erlebt hat, war Walter Michel, ein Schlossermeister aus Böhmen, der 1990 in Berlin gestorben ist. Er hatte 1931 in einem Vortragsbericht eine einleuchtende Erklärung für die damalige Deflationskrise und ihre Lösung gelesen und machte sich in dieser Zeit der Bedrängnis gleich daran, sein neues Wissen weiter zu tragen. Er erlebte dabei eine Behinderung durch Träger konkurrierender Ideen, auch durch demokratische Parteien, durch Verbote in der NS-Zeit und 1950 durch die Verurteilung zu 25 Jahre Gefängnis durch ein sowjetisches Militärtribunal. Er schreibt in einem Info vom Dezember 1986:

Wir saßen 1/4 Jahr beim ST in Weimar in Untersuchungshaft. Während dieser Zeit konnten unsere Angehörigen nicht erfahren, wo wir waren. Als vor dem Tribunal die Verhandlung stattfand, sollten wir uns vor Verkündung des Urteils verteidigen. Ich sagte, es sei mein Recht mir Schriften zu kaufen, in denen über Sozialismus in Freiheit und Sicherung des Friedens geschrieben wird. Um es zu beweisen, verlangte ich einige von den bei mir beschlagnahmten Schriften und wollte die entsprechenden Stellen daraus vorlesen. Darauf sagte man mir, die Schriften seien schon alle vernichtet. Also, das sogenannte Belastungsmaterial war nicht mehr vorhanden, aber das fertig geschriebene Urteil lag auf dem Tisch. Und es lautete: Wegen der Abschaffung der Todesstrafe 25 Jahre Freiheitsentzug weil wir illegale Schriften aufbewahrt hätten, um sie an die deutsche Bevölkerung zu verteilen.

Bei einer vorhergehenden Vernehmung sagte ich: diese Schriften waren bei Hitler verboten. Darauf der Dolmetscher: nun Hitler verboten; Sie denken wir erlauben?

Zu Pfingsten 1950 wurden wir ins Gefängnis Bautzen gebracht. Die erste große Entlassung von ca. 2000 Mann fand Mitte Januar 54 statt. Dabei, war mein Mitverurteilter. Ich war beim darauffolgenden 15. Entlassungstrupp am 25. 7. 56.

Da Walter Michel Christ war und die Bibel die Basis seines Glaubens, hat er in der Folgezeit vor allem versucht, Funktionsträger der Kirchen von seiner Botschaft über Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zu überzeugen. Aber er musste erleben, dass Kirchen immer angepasst sind an bestehende Machtverhältnisse und seine Ideen nicht opportun waren. Am meisten Zuspruch bekam er noch vom Berliner Bischof Kurt Scharf.<sup>3</sup>

Ich könnte auch noch die Geschichte von Wilhelm Schulte erzählen, dem in Westberlin vom Verfassungsschutz aufgrund der gleichen Inhalte – wie sie Walter Michel vertrat – die Existenz zerstört wurde. Das führt aber zu weit. Es geht mir hier nur darum zu zeigen, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit immer gefährdet ist.

---

3 Siehe: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/74.3%20Mails%20zum%20Thema.pdf> Seite 11

## 2. Die Zeit des Aber's

Die Meinungsfreiheit ist aber auch immer durch unsere Feigheit und die bequemen Ausreden als Bürger gefährdet. In ihrer Kolumne im STERN Nr. 40 vom 24. 9. 2015 schreibt Meike Winnemuth unter dem Titel >> **Das A-Wort** Das Land ist gerade voller Leute, die dauernd „aber“ sagen. Das wirkt kompetent, kritisch und irgendwie klug. Aber! <<

Es ist der Sommer des großen Aber. Nichts hält, nichts gilt, immer gibt es ein Aber, und im Aber verrät sich stets die wahre Überzeugung, der Kleingeist, die Böartigkeit, das Hässliche. „Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, aber.“ „Natürlich müssen wir den Menschen helfen, aber.“

Das Aber kann eine Erweiterung oder eine Einengung einer Aussage im vorhergehenden Satz bringen, aber - zu Recht weist Meike Winnemuth darauf hin – eben auch eine Distanzierung von der vorher gemachten Aussage oder das Aber wird als Fluchttür ins unverbindliche benutzt. Auf mich selbst angewandt: Seit Wochen laufe ich mit dem Gefühl herum, mich zu dem Themenkomplex Friede, Flüchtlinge und Wiedervereinigung von DDR und BRD zu äußern. Dem Muss folgt das Aber, denn: „Aber hat sich in all den Jahrzehnten nicht gezeigt, dass deine Anstrengungen keine Wirkungen zeigen?“ „Aber, sagt dir deine Frau nicht, dass du dich nur wiederholst?“ Dein Schweigen ist also gerechtfertigt. Wende dich den schönen Dingen des Lebens zu. Und nun kommt der verstorbene Astrophysiker Peter Kafka und versperrt mir den Fluchtweg ins Unverbindliche. Er schreibt in seinem Buch „Das Grundgesetz vom Aufstieg“ auf der Seite 21:

Schuld trifft den, der etwas verstanden hat und sich dennoch nicht mit aller Kraft einsetzt, um Einsicht zu verbreiten. Es gibt keinen Grund zur Resignation. Und niemand sollte auf die Idee verfallen, es gäbe nichts für ihn zu tun.

## 3. Unus contra omnes

> Unus contra omnes / Der schwere Weg gegen den Strom < ist einer von fünf Titeln des verstorbenen Jesuiten und Professors für Moralthologie und Wirtschaftsethik in Innsbruck, Johannes Kleinhapfl (1893 – 1979), der wegen seiner Kapitalismuskritik sein Lehramt verlor. Ich als Volksschüler kann natürlich kein Latein, aber es gibt im Netz die Übersetzungsmöglichkeit und so weiß ich, dass von „Einer gegen alle“ die Rede ist. Da ein Mensch, der etwas politisch bewegen will, sich normalerweise nach Verbündeten umsieht und ich diese Verbün-



deten – bis auf ein paar Freunde, die in der gleichen Situation sind wie ich – keine wirklich Verbündeten entdecken kann, stellt sich dieses Gefühl – Einer gegen alle! - von selber ein. Aber steckt dahinter nicht eine Anmaßung, eine Überschätzung der eigenen Wahrnehmung, des eigenen Denkvermögens? Die Redewendung „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen.“ kann man eine historische Figur, wie sie Luther ist, unterschieben, bei einer lebenden Figur wirkt sie nur theatralisch. Wirklich allein ist man auch selten, wenn man gegen oder für etwas ist, häufiger ist es so, dass man seine potentiellen Bündnispartner nicht kennt und nicht weiß, wie man sie finden soll. Im vorliegenden Fall ist es nur so, dass ich kein Amt, keine Institution, keine Partei, Kirche, Verband oder keine NGO kenne, das oder die mir helfen würde, mein Klagelied mit Hoffnung auf Gehör zu intonieren, damit es viele hören. Die Themen, die ich berühre, sind alle nicht neu und da ist es ganz natürlich, wenn man sich selber fragt: „Spinne ich oder sind die Adressaten so unsensibel, überheblich oder verschließt ihnen eine Existenzangst oder Ideologie die Ohren? Natürlich kann das, was ich und auch Freunde von mir vortragen trotz hundertfacher Überprüfung in Teilen irrig oder im Ganzen falsch sein, aber warum werden in einer gesellschaftlichen Lage, wo die Politik ratlos einer wachsenden Zahl von Problemen gegenübersteht und herkömmliche Rezepte nicht mehr greifen, wenigstens geprüft, ob unter den nicht gängigen Lösungsangeboten etwas Brauchbares ist? Ich spreche vom freiwirtschaftlichen Lösungsangebot, das uns schon Hitler erspart hätte. In diesen Tagen ist von dem Film „*Der Staat gegen Fritz Bauer*“ von Lars Kraume die Rede. Fritz Bauer, der als Staatsanwalt in Hessen gegen das Vergessen und Verdrängen der Schuld der Deutschen unter der Nazi-Herrschaft gewirkt hat, konnte sich nicht recht vorstellen, dass die SPD in der Weimarer Republik ihre späteren Peiniger dadurch gefördert hat, dass sie aus marxistischer Befangenheit das Lösungsangebot der Freiwirtschaft unterdrückt hat.<sup>4</sup>

#### 4. Der Bundespräsident in den USA

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) berichtet in der Ausgabe vom 7. Oktober 2015 über den Besuch des Bundespräsidenten in den USA. Die Überschrift lautet: „Im Namen der Freiheit – Joachim Gauck zu Gast bei Freunden / Der Bundespräsident wirbt in den USA mit starken Worten für eine Neubegründung der deutsch-amerikanischen

---

4 Mein Briefwechsel mit Fritz Bauer ist hier ab Seite 9 zu lesen:  
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/55.7%20Die%20etwas%20andere%20Sicht.Anhang%207.pdf>

Beziehungen“. Das ist durchaus notwendig, aber nicht in dem Sinne, dass wir bessere Erfüllungsgehilfen werden für weltweite Fehlentwicklungen, die in den USA initiiert werden. Folgende Sätze fanden meine besondere Aufmerksamkeit:

... Joachim Gauck, der sich als Sendbote der Freiheit sieht, befindet sich im letzten Drittel seiner Amtszeit als Bundespräsident auf seiner großen Pilgerreise – in den USA.

Auf dem Programm stehen ein Amtsbesuch bei US-Präsident Barack Obama im Weißen Haus und eine ganz besondere Freiheitserkundung in Pennsylvania – dort, wo vor 332 Jahren die ersten Deutschen auf der Suche nach einem Demokratie- und Wirtschaftsasyl landeten und wo 1787 der Verfassungskonvent den „Geist der Freiheit“ dauerhaft Papier brachte: „We the People.“ Gauck kennt diesen Ruf als „Wir sind das Volk“.

Die Freiheitsglocke von damals berührt nun der Staatsgast aus Deutschland, zögerlich und aufgeregt wie ein kleiner Junge: „25 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geht hier in Philadelphia jedem Menschen, der die Freiheit liebt, das Herz auf.“ Der ehemalige Pastor aus Rostock spricht von „heiligen Stätten der Demokratie“, die er anschauen darf. Rührung befällt ihn beim zögerlichen Griff an die schwere große Glocke. ...

...Gauck erwartet nichts Geringeres als eine grundlegende Veränderung der deutschen, europäischen und US-amerikanischen Anstrengungen für die Stabilisierung der westlichen Wertegemeinschaft. Wie schon vor knapp zwei Jahren bei der Münchner Sicherheitskonferenz, als er ein stärkeres auch militärisches Engagement Deutschlands in der Welt einforderte, beschwört das deutsche Staatsoberhaupt bei seinem Besuch in den USA eine neue Mischung aus demokratischer und militärischer Entschlossenheit. Deutschland dürfe sich „nicht als Insel irgendwo zwischen Russland und Amerika“ fühlen, warnt der Präsident in einer Rede vor Studenten der Universität von Pennsylvania. ...

... „In einer Zeit voller Flüchtlinge, in einer Welt, in der Terroristen wüten, in der Autokraten und Diktatoren auftrumpfen, in der Staaten zerfallen und ganze Regionen im Chaos versinken“ müsse das neu gestiftete Bündnis der Gleichgesinnten diesseits und jenseits des Atlantiks die Freiheitsglocke neu anschlagen. „Danke, Amerika!“ Gauck verbeugt sich bei seinem USA-Besuch nicht nur symbolisch. ... Und in Vorder- und Hintergrundgesprächen am Rande der Reise versichert der Bundespräsident, jeder US-Präsident könne sich dabei voll und ganz auf die deutsche Kanzlerin Angela Merkel verlassen. ...

Joachim Gauck hat schon von mir Post bekommen, als er noch Pastor in Rostock war.<sup>5</sup> Und ich habe in einem Text – als er noch nicht Bundespräsident war - ausgedrückt, dass ich ihn mir als meinen Bruder vorstellen könne. Als Sendbote der Freiheit müsste ich ihn zu meinem

---

5 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.2.Verdeutlichung...J.Gauck.pdf>

Kampfgenossen zählen, das geht nur bedingt, weil sein Freiheitsbegriff so reduziert ist. Er hat sich offensichtlich nur an den Unterschieden zwischen DDR und BRD ausgebildet, so dass hier nur von unterschiedlichen Freiheitsgraden gesprochen werden kann. Er scheint mir auf der nächsten Stufe der Freiheit stehengeblieben zu sein und nicht zu sehen, dass weitere Stufen zu erklimmen sind. Sein kleines Buch „Freiheit“, dessen Text auf eine Rede vom Januar 2011 in der Ev. Akademie Tutzing zurückgeht, ist für mich enttäuschend. Sein Buch „Winter im Frühling – Frühling im Herbst“ ist da schon ergiebiger.

Joachim Gauck hätte vor seinem Besuch in Pennsylvania die Geschichte von dem Staatsgründer William Penn in der Schrift des Pastors und Gründers des Internationalen Freundschaftsheimes in Bückeberg, Wilhelm Mensching, „*Jesus und die Politik*“<sup>6</sup> lesen sollen, dann hätte in nicht nur die Freiheitsglocke bewegt, sondern er wäre auch erinnert worden, wofür er eigentlich als christlicher Theologe zu stehen hat. Anders als andere europäische Siedler hat William Penn seine Freiheit nicht auf Völkermord und Vernichtung anderer vorhandener Kulturen begründet.

Die Beschwörung einer „Mischung aus demokratischer und militärischer Entschlossenheit“ zur Lösung der weltweiten Konflikte gehen von der irrigen Vorstellung aus, dass diese nur von nichtdemokratisch regierten Staaten ausgehen. Das ist eine Illusion. Demokratien sind eine Chance für ein gedeihliches Miteinander in und zwischen den einzelnen Gesellschaften aber keine Garantie. Und kein militärischer Einsatz kann fehlerhafte, kriegstreibende ökonomische Strukturen ändern.<sup>7</sup>

Gerade weil Deutschland nach dem Fall des Eisernen Vorhanges nicht den Mut hatte, mit den anderen Westeuropäern eine selbständige Insel zwischen Nordamerika und Russland zu bilden, haben wir erneut die Ost-West-Spannungen. Wenn man die falsche Ökonomieberatung der Länder des ehemaligen Ostblocks nach der Wende dazurechnet, ernten wir heute nur die Früchte, die wir selbst gesät haben. Wir alle haben unsere Erfahrungen und können sie nicht einfach abstreifen. Aber das Urteil unseres Präsidenten leidet offensichtlich darunter, dass er zu wenig Distanz zu seinen eigenen Erfahrungen hat. Wenn er an die Inhaftierung

---

6 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/67.3.2%20Jesus%20Gedanken%20Mensching%202.pdf> Seite 6 - 9

7 Siehe auch: Eingreifen statt wegducken: Gauck will neue Außenpolitik“ / Offener Brief an den deutschen Bundespräsidenten, Herrn Dr. h.c. Joachim Gauck von TA, 4. Februar 2014, Text 119  
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/119.OffenerBriefBundespraesident.Febr.2014.pdf>

seines Vaters durch die Sowjets denkt, sollte er nicht vergessen, dass die USA ein Land mit der prozentual gesehen höchsten Zahl an Gefängnisinsassen ist. Und für die Gefängnisinsassen ist es egal, ob die Ursache ihrer Haft in der Abweichung von einer vorgegebenen Ideologie begründet ist oder in unzureichenden gesellschaftlichen Verhältnissen liegt.

„... am Rande der Reise versichert der Bundespräsident, jeder US-Präsident könne sich dabei voll und ganz auf die deutsche Kanzlerin Angela Merkel verlassen.“ Diese Aussage ist kein Beweis von Freundschaft, sondern ein Ausdruck von Versallentreue.

Ich möchte nicht missverstanden werden, ich predige hier keinen Antiamerikanismus, das wäre dumm, denn die USA als eines der Länder der neuen Welt haben uns noch viel zu sagen. Es geht mir darum, wie die Freiheit, der Wohlstand und der Frieden zu sichern ist. So wie der Begriff Staatsraison einen antidemokratischen Inhalt beherbergt, so ist es auch antidemokratisch Verfahren Staaten aufgrund ihrer Größe ein besonderes Definitionsrecht darüber zuzubilligen, was gut und rechtens ist.<sup>8</sup>

## 5. Zum Papst Franziskus

In einem Beitrag von Ulrich Bensch<sup>9</sup> unter dem Titel

*Die sozialethische Option von „Evangelii Gaudium“* heißt es:

Das Apostolische Schreiben „Evangelii Gaudium“ (EG) ist Glaubenszeugnis und gesellschaftliche Analyse zugleich. Denn der Freude des Evangeliums stehen oft die Lebensbedingungen der Menschen entgegen, v.a. jene sozioökonomischen Verhältnisse, die weltweit den Menschen und seine Würde entwerten und ein gerechtes Zusammenleben erschweren. Alle Lebensbereiche sollen aber von der befreienden Kraft des Evangeliums durchdrungen werden. Das bedeutet auch zu hinterfragen, was dem Evangelium Christi dient, - und was nicht. Entsprechend muss das Gute verwirklicht und dem Bösen klar widersprochen werden.

Auch wenn er das Wort Kapitalismus nirgends wörtlich erwähnt, kritisiert Papst Franziskus wie keiner vor ihm das „herrschende Wirtschaftssystem“ mit seinen „sakralisierten Mechanismen“ (EG 54.), das vielen Menschen die Möglichkeit nimmt sich zu entwickeln, sie durch ungerechte Einkommensverteilung („Disparität der Einkommen“) verarmen lässt und sie so vom sozialen Leben dauerhaft ausschließt. Er sagt schlicht „Diese Wirtschaft tötet.“ (EG 53) Und stellt des Menschen wegen die Prinzipien der Wirtschaft, nämlich unbegrenztes Wirtschaftswachstum, Gewinnmaximierung, Anheizung des Konsums, Erfolgsorientierung, Konkurrenz und Effizienz in Frage. Denn diese bringen für große Teile der Weltbevölkerung nur Verschuldung und Verarmung mit sich. Evangelii Gaudium ist auch das erste kirchliche Papier, das sich mit dem internationalen Finanzkapitalismus und seinen Mechanismen befasst.

Weil die Kirche nie dispensiert ist von ihrer Sorge um die Armen und ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit

8 Das sollten auch die Regierenden in Deutschland bedenken, wenn es um Themen wie Griechenland und die Aufnahme von Flüchtlingen durch die anderen Mitgliedsstaaten der EU geht.

9 Ohne Datum und Quelle mit dem Hinweis: „Zitatauswahl: Nach Prof. Franz Segbers, Marburg, auf einer Fortbildung im KDH in Freising, März 2014

(EG 201.), spricht Papst Franziskus ein vierfaches Nein zu den heutigen ökonomischen Phänomenen und Prinzipien:

Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung ...

Nein zu einer neuen Vergötterung des Geldes ...

Nein zu einem Geld, das regiert statt zu dienen ...

Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt....

Stefan Koch berichtet in der HAZ vom 26. 9. 2015 unter Überschrift  
*„Franziskus setzt die Maßstäbe“*:

Erstmals spricht ein Papst vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen – die Staaten einigen sich auf ehrgeizige Entwicklungsziele.

...

Mit seinem Besuch an der Ostküste nimmt der Pontifex die zentralen Themen der UN-Vollversammlung quasi vorweg. Eine halbe Stunde nach seiner Rede vor dem Kongress traf sich Franziskus am Donnerstag in der US-Hauptstadt mit Obdachlosen. Und nach seinem Auftritt bei den Vereinten Nationen ist ein Besuch im Gefängnis geplant.

Der Papst hält mit seinem Programm den Vereinigten Staaten einen Spiegel vor und sendet ein Signal an die gesamte Welt: So, wie es bisher läuft, kann es nicht weitergehen. Oder, um es in der Sprache der Diplomaten der Vereinten Nationen zu sagen: Mit der Agenda 2030 wird die Welt zu einem besseren Ort.

Der Unterschied im Engagement für das Soziale zwischen den Papst Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) und Papst Franziskus (Jorge Mario Bergoglio) ist wohl in deren Biographie verursacht. Johannes Paul II. hat den Kommunismus in Form der Kommandowirtschaft in Polen selber hautnah erlebt. Daher war der Kapitalismus trotz möglicher Einschränkungen, nach meiner Wahrnehmung trotz möglicher Einschränkungen für ihn – wie für Joachim Gauck – die Voraussetzung für Freiheit. Papst Franziskus hat dagegen seine prägenden Erfahrungen im Kapitalismus Südamerikas mit seinen sozialen Verwerfungen gemacht. Er sieht vermutlich die Unfreiheit, die ja in der Regel mit der Armut verkoppelt ist, im Kapitalismus verankert. Die Freiwirtschaft, die ein Programm der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus ist,<sup>10</sup> kann Papst Franziskus in seinen Bestrebungen dienen und hätte Johannes Paul II. aus seiner gedanklichen Falle helfen können. Aber Menschen in hohen Stellungen sind auch immer Gefangene ihrer Berater, die ja nicht immer von Lobbyisten zu unterscheiden sind. Das Problem einer Gesellschaft ist aber immer, dass eine bessere Stufe der

---

10 Marktwirtschaft wird dabei verstanden als ein dezentrales System zum Austausch von Gütern und Leistungen, das ohne zentrale Lenkung auskommt. Der Kapitalismus ist dann ein Überlagerungssystem, das sich Mängel in der Wirtschaftsordnung zu Nutze macht, um einen großen Teil des Arbeitseinkommens auf Nichtleistungserbringer zu übertragen.

sozialen Entwicklung nicht erklommen werden kann, wenn man die alte nicht verlassen wird. Und hier ist das große Dilemma des jetzigen Papstes, der vermutlich nicht die Erwartungen erfüllen kann, die er weckt – nicht weil er nicht will, sondern weil er ohne Wunder nicht kann, denn der ganze hierarchische Unterbau seiner – und nicht nur seiner Kirche – ist seit Jahrhunderten darauf ausgerichtet, sich aus Privilegien zu finanzieren. Neben der Zuwendung von staatlicher Seite, sind das die Erträge aus Bodeneigentum. Zwar hat die alte Kirche das Zinsproblem<sup>11</sup> erkannt und versucht, es mit dem Verbot der Zinsnahme zu beheben - sogar Papst Franziskus erwähnte in den USA in seiner Rede beim Thema Schulden das Zinsproblem - aber in der Frage der Bodenrente – eine andere Form des Zinses – hat die Kirche nach Proudhon immer mit viel Einsatz von Intelligenz gemogelt. Wenn man das Finanzgebaren der Kirchen betrachtet, kann die von ihnen selbst zugeschriebene Kompetenz für Ethik berechtigt bezweifelt werden.<sup>12</sup> Aber muss kein Anhänger von Verschwörungstheorien sein, um zu sagen, wenn der Papst das Wunder bewirkt, die Kardinäle und Bischöfe hinter sich zu bringen, ist der Kampf noch nicht gewonnen. Der Kapitalismus hat es bisher – systembedingt - immer wieder durch Kriege fertig gebracht zu überleben. Und für das dafür notwendige Handeln finden sich immer wieder Menschen, denen Macht oder Geld - was manchmal das gleiche ist - lockt oder die sich vor den Karren anderer spannen lassen, weil ihnen eingeflüstert wird, sie müssten das Vaterland retten.

## 6. Die siebzehn Entwicklungsziele der UNO

Es wird auch von den 17 Entwicklungszielen berichtet, die in der UNO-Vollversammlung von 193 UN-Staaten ohne Vollzugszwang beschlossen wurden. In der Ausgabe der HAZ vom 28. September wurde dazu eine schöne Grafik veröffentlicht. Ich führe hier nur die Titel der Ziele auf:

1. Das Ende der Armut / 2. das Ende des Hungers / 3. Gesundes Leben /
4. Bildung für alle / 5. Gleichheit der Geschlechter / 6. Sauberes Wasser /
7. Energie für alle / 8. Arbeit und Weltwirtschaft / 9. Infrastruktur / 10. Einkommensgleichheit / 11. Lebenswerte Städte / 12. Nachhaltiger Konsum /
13. Klimawandel bekämpfen / 14. Meere schützen / 15. Schutz der Natur /
16. Frieden und Gerechtigkeit / 17. Globale Partnerschaft.

Keines dieser Ziele wird man zufriedenstellend erreichen ohne die Grundprobleme der Öko-

<sup>11</sup> In einer der Fernsehrichten. In den Zeitungsmeldungen finde ich zu dem Thema nichts.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kongress-rede-papst-franziskus-geisselt-kapitalismus-13821469.html>

<http://www.n-tv.de/politik/Dieser-Papst-kennet-keine-Gnade-article16006271.html>

<sup>12</sup> Siehe auch: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/137.0.Fragen.der.Toleranz.Privilegien.Kirchen.pdf>

nomie zu lösen und diese liegen nun mal im unterschiedlich gestalteten, aber unzulänglichem Bodenrecht und in den bisher angewendeten Währungssystemen. Schaut man sich die Berichterstattung der Medien und die Forschungsergebnisse der Wirtschaftswissenschaften an, so bekommt man den Eindruck, als gäbe es eine weltweite Verabredung diese Themen nicht zu benennen, den schlechten Zustand der Welt zu erhalten, damit man auch über ihren Zustand klagen und neue Resolutionen verabschieden kann.

In dem Bericht von Stefan Koch steht auch:

Nach Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) muss die Weltgemeinschaft die Ursachen der Flucht aus ärmeren Ländern bekämpfen. „Millionen sehen sich zur Flucht gezwungen, durch Krieg und Vertreibung und auch durch mangelnde Zukunftsperspektiven und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage“, sagte Merkel in New York. „Es gibt dafür nur eine Lösung: Wir müssen die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen.“

Deutschland stehe zur Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe einzusetzen. „Unser Etat für Entwicklungshilfe wird in den nächsten Jahren jedes Jahr substantiell steigen“, versprach die Kanzlerin.

Die 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts der Deutschen lassen sich am leichtesten als Lohn- und Mehrwertsteuer eintreiben, darum werden sie die Armen bei uns ärmer machen ohne die Armen in den ungenügend entwickelten Ländern reicher zu machen. Die notwendigen Änderungen im Bodeneigentum, in dem Patentrecht und in dem Währungssystem als Voraussetzung einer positiven Entwicklung, kann man den ärmeren Ländern ja nicht abverlangen, wenn Deutschland, Europa oder der Westen sich diesen Veränderungen nicht selber unterziehen will. Die 0,7 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts bilden also noch keine Perspektiven und sind keine Bremse für die Flüchtlingsströme. Und von der Ursachenbekämpfung der Fluchtbewegungen war am Anfang, als der ständige Rinnsal von Flüchtlingen zu einem Strom wurde, auch nicht die Rede. Dabei war das Ereignis – bei der vorhandenen Ignoranz der Politik - für mich bis auf den Zeitpunkt schon Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vorhersehbar. Der Syrien-Krieg, an dem der Westen ja seinen großen Anteil hat, hat den Vorgang nur beschleunigt.

Damit diese Aussage nicht als Angeberei ausgelegt wird, füge ich die Gliederungsziffer 24 „Einwanderung, Multikultur und Vielfalt als Schöpfungsprinzip“ aus meinem Text 19.1, „**Agenda Niedersachsen 2001** / zweiter Teil“ vom 1. Mai 2001 hier als nächsten Abschnitt ein. Die Übersicht zum Teil 2 und einer umfangreichen Dokumentation ist hier zu finden:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.0%20Inhaltsuebersicht%20OB%20Lt%20II.pdf>

Der Link zum Haupttext Teil 1 lautet:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.0%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Separate%20Inhaltsuebersicht.pdf>

## 7. Der Blick auf die heutigen Probleme aus dem Jahr 2001

Die Gliederungsziffer 24 / Aus Agenda Niedersachsen 2001 / Zweiter Teil vom 1. 5. 2001  
An die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages

### ***24. Einwanderung, Multikultur und die Vielfalt als Schöpfungsprinzip***

24.1 Roud Koopmans - die ich bereits zitiert habe - schreibt: „Wer Rechts-extremismus wirksam bekämpfen will, muß sich klar machen, daß es sich dabei vor allem um ein Problem der Fremdenfeindlichkeit handelt. Neben der Stärkung zivilgesellschaftlicher Engagements empfiehlt der WZB-Wissenschaftler eine kulturell-pluralistische Integrationspolitik.

Die jüngste Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts ist deshalb ein wichtiger Schritt zum Abbau fremdenfeindlichen Potentials. Allerdings lehrt der internationale Vergleich, daß es damit allein nicht getan ist. Es stellt sich nämlich die Frage, wie mit Einwanderung und den daraus folgenden kulturellen Unterschieden innerhalb einer Gesellschaft umzugehen ist. Die Diskussion um die 'deutsche Leitkultur' zeigt, daß dieses Thema nun auch auf die deutsche politische Agenda gelangt ist. Die Erfahrung von Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden unterstreicht, daß eine Integrationspolitik, die auf 'verfassungsrechtlich begrenztem Pluralismus' beruht, für die Bekämpfung ethnischer Konflikte am meisten Erfolg verspricht. Dabei geht es einerseits um Toleranz und Respekt gegenüber kulturellen Unterschieden, andererseits wird den Zuwanderern abverlangt, daß sie die liberalen Rechtsgrundsätze der demokratischen Gesellschaft achten und auf die Mehrheitsgesellschaft zugehen. Eine politische Aufgabe in diesem Zusammenhang ist es, Mittel für Integrations- und Sprachkurse bereitzustellen.“ („Das Gespräch ...“ a.a.O.)

24.2 Die oben von mir zitierten Autoren argumentieren ja ganz passabel. In mir ist aber ein Unbehagen aufgestiegen, und das muß ich versuchen zu verbalisieren, damit - so hoffe ich - von mir neue oder weitere lesenswerte Gedanken zum Thema niedergeschrieben werden können. Extremismus ist wie ein Schimmelpilz, er reicht bis in die Mitte des „Käses“. Wer glaubt, den Schimmel abschneiden zu können, Teile der Gesellschaft ausgrenzen zu können, weil sie Schwierigkeiten mit den Fremden haben, ist auf dem Holzweg. Auf der anderen Seite des Käses sind die Linken, und hier haben wir doch das Problem, daß sie fremdenfreundlich und für die Einwanderung sind, solange sie glauben, die Kosten anderen aufdrücken zu können. Wenn es an den eigenen Kühlschrank geht, werden auch sie merklich reservierter. Die Haltung oder Forderung, „Wir wollen das Deutschsein Modell 1950, ... 1960 oder ...1970!“, muß vorgetragen werden können, ohne gleich verbal niedergemacht zu werden und als Unmensch zu gelten. Wie realistisch solche Modelle sind, ist eine ganz andere Frage. Ich selber vertrete mit der Freiwirtschaftschule ein Modell, das beinhaltet, daß jeder Mensch auf dieser Erde ein Anrecht auf den ganzen Globus hat, also ein Modell der totalen Freizügigkeit. Auch hier muß man fragen, wie realistisch das Modell ist. Und die Lösung dieser beiden entgegengesetzten Ziele liegt be-



stimmt nicht in einem faulen Kompromiß. Ich habe schon in den 80er Jahren mit einem Freund, der in Hannover geboren wurde, in der Schweiz aufgewachsen ist, in Kanada zwei Töchter aus erster Ehe hat, dann die australische Staatsangehörigkeit erwarb, mit einer liebenswerten farbigen Frau aus Papua- Neuguinea viele Kinder gezeugt hat, mit seiner zweiten Familie dann mehrere Jahre hier in Niedersachsen und danach in Österreich lebte und inzwischen wieder in Australien gesiedelt hat, diese Themen diskutiert. Wir haben uns die Köpfe heiß geredet über die Frage, wie das ökonomische Ungleichgewicht bei einer wachsenden Weltbevölkerung (In der HAZ vom 5. 4. ist die Rede von sieben Milliarden im Jahr 2015.) behoben werden könnte.

Wir haben zwei Modelle diskutiert:

**a)** Alle Grenzen öffnen, alle hungrigen Mäuler suchen sich dort etwas zu essen, wo sie etwas finden, mit der Folge, daß alle Nahrung spendenden Kulturlandschaften wie nach dem Abzug von Heuschreckenschwärmen aussehen würden. Der Hunger wäre globalisiert und egalisiert. Diejenigen, die diesen Prozeß überleben, beginnen dann, die Welt neu zu ordnen und besser zu gestalten. Als freiwilliger Akt der weißen Menschen dieser Welt wird sich dieses Modell bestimmt nicht realisieren, aber damit ist es noch nicht außerhalb der Denkmöglichkeiten. Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben.<sup>13</sup> Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen zu wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir - Nick und ich- sind dann damals – auf den Feldwegen spazieren gehend, also nicht in einem Institut sitzend - zu dem Ergebnis gekommen, daß die völlige Öffnung der Grenzen unendlich viel Leid und Tote erzeugen würde und es danach vermutlich auch keine gleichmäßige gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung der Weltbevölkerung gäbe. Es würden sich wahrscheinlich erst Inseln des Fortschritts und des Wohlstandes bilden, die sich dann vernetzen würden. Und wenn das der Fall ist, wäre es humaner, gleich dem **Modell b)** den Vorrang zu geben, nämlich die vorhandenen Inseln des Wohlstandes störungsunanfälliger zu machen, sie mit dem Ziel zu vernetzen, immer weitere neue Wohlstandsinseln zu schaffen, bis alle oder fast alle Menschen dieser Erde in einem Stande leben, in dem er sich wohl fühlen können. Da – nach dem was ich gelesen habe - ein enger Zusammenhang zwischen der Armut und dem Bevölkerungswachstum besteht, würde die „Bevölkerungsexplosion“ ihre Kraft und ihren Schrecken verlieren. Wir

---

13 Wilhelmshaven würde das Gegenstück zu Bremerhaven. Siehe dort das Auswandereremuseum.

haben auch über erforderliche Maßnahmen gesprochen, es sind nicht so viele, aber wesentliche Eingriffe in unsere Ökonomie. Und da die Menschen - besonders jene, die sich Politiker nennen - offensichtlich aus den Kriegen und Hungerrevolten nichts gelernt haben und dem Untergang vor vernünftigen Lösungen den Vorzug geben, sind diese aber politisch nur schwer durchzusetzen. Die Realität ist: Trotz gegenteiliger Zielsetzung und viel verbrauchtem Idealismus und Einsatz von gutem Willen, wirkt die SPD schon 100 Jahre, die CDU/CSU und die FDP schon 50 Jahre und die Grünen schon mehr als 20 Jahre gegen eine Welt mit ausgleichender Ökonomie.

Ist das eine Aussage des Hoch- oder Übermutes? Nein! Es ist ein Ausdruck von Resignation und Traurigkeit, die ein klein wenig Hoffnung auf Änderung zuläßt.

24.3 Bevor ich mit meinem Gedankengang weiterfahre, springe ich nochmals zurück, weil mir der folgende Abschnitt aus Ruud Koopmanns „Zur Fehleinschätzung des Rechtsextremismus“ nicht aus dem Kopf geht. Er schreibt (Ich hatte bei Ruud eigentlich auf eine niederländische Form von Ruth getippt):

„Auch kann man Rechtsextremismus nicht mit gesellschaftlichen Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit oder sozialem Wandel erklären. Obwohl der historische Zusammenhang zwischen der großen Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und dem Aufstieg der Nationalsozialisten dieser Aussage eine gewisse Glaubwürdigkeit verschafft, hat er für die jüngste Welle des Rechtsextremismus keine Bestätigung gefunden. Rechte Gewalttäter haben zwar mehrheitlich ein niedriges Bildungsniveau, sie sind aber nicht öfter als ihre nicht rechtsextremen Altersgenossen arbeitslos, auch stammen sie nicht überdurchschnittlich oft aus zerrütteten Familien. Weder im Zeitverlauf noch im regionalen Vergleich findet sich ein Zusammenhang zwischen rechtsextremer Gewalt und Wirtschaftslage.“

Da habe ich doch meine Zweifel. Ich habe keinen Grund, an der Redlichkeit des WZB zu zweifeln, sondern ich zweifle an der Genauigkeit empirischsoziologischer Erhebungsmethoden und an dem Einfühlungsvermögen von verbeamteten Sozialwissenschaftlern in die Situation der nichtbeamteten Arbeitnehmer mit und ohne Arbeit. In einer Situation, in der viele Leute Erfahrung mit Meinungsumfragen gesammelt haben, und in der befürchtet wird, daß es nicht ohne Folgen bleibt, wenn man sich zu einer Extremposition bekennt, dürfte es schwer sein, von den Befragten ehrliche Antworten zu bekommen. Die ökonomische Situation ist für die Arbeitnehmer heute auch verschieden von jener in der Zeit zwischen Weltkrieg I und Hitler. Erstens war die Arbeitslosigkeit aufgrund der Deflationspolitik nur ein Riemen in der mehrschwänzigen Peitsche, mit der die Deutschen in den Rechtsextremismus getrieben wurden, und zweitens war die Arbeitslosigkeit damals eindeutig die große psychische wie physische Bedrohung. Keine Arbeit war gleichbedeutend mit hungern und frieren. Die Situation ist heute anders. Ich sage nicht, daß es heute kein Leid gibt, daß durch die Arbeitslosigkeit verursacht ist. Ich sage auch nicht, daß der Arbeitslose in ei-

nem komfortablen sozialen Status lebt. Nur, wenn einer erst arbeitslos ist, kann er sich so einrichten (auch mit berechtigter Schwarzarbeit und unentgeltlicher sinngebender Gemeinschaftsarbeit), daß er weniger Grund hat, sich politischen Extrempositionen zuzuwenden, als Menschen mit Arbeit, die in dieser langen Zeit der Unterbeschäftigung, der selbstverschuldeten Ohnmacht der Gewerkschaften, unter der Last der staatlichen Abgaben in einer Situation, in der „Unternehmensphilosophien“ und –Eigentümer so häufig gewechselt werden wie Gebrauchtwagen, immer mehr unter Druck geraten. Mit der Arbeitslosigkeit ist es vielleicht so wie mit der Krankheit, nämlich die Angst vor dem Ausbruch ist größer als danach. Die Arbeitslosigkeit ist eindeutig eine ökonomische Krankheit. Die auslösenden Bazillen sind unstimmmige Ökonomietheorien. Eine „Gesundung“ der Ökonomie wird den Sozialwissenschaftlern ein ganz anderes Bild der gesellschaftlichen Befindlichkeiten liefern.

*24.4 Wenn wir die Einwanderung diskutieren, müssen wir - solange die Grenzen noch nicht gewaltsam von außen geöffnet wurden - fragen: Was ist unsere Ausgangssituation? Wodurch wurde diese bestimmt? Welche Wirkungen - einschließlich Nutzen und Lasten - hat es, wenn wir die Zahl der Einwanderer steigern? Wer bestimmt eigentlich, ob wir uns offiziell als ein Einwanderungsland erklären oder nicht?*

24.4.1 Wenn wir wirklich eine Demokratie werden wollen, dann müssen wir uns bequemen anzuerkennen, daß die Volks-Vertretung in Form der parlamentarischen Demokratie ihre Grenzen hat. Es gibt eben Dinge die - wenn die Idee der Demokratie nicht zu einer Worthülse werden soll - in einer Urabstimmung entschieden werden müssen. Ich habe schon mehrmals auf die Verfassung und Verfassungsänderungen als Gegenstand von Urabstimmungen hingewiesen. Aber auch die Aufgabe der Deutschen Mark als Währung und die Beitritte zur EU waren nach meinem Demokratieverständnis ein Überschreiten der Kompetenz der Volksvertreter. Ein weiterer Komplex ist der jetzt diskutierte Wandel Deutschlands zum Einwanderungsland. Gerade hier wäre ein Volksentscheid eine Bürgerfrieden stiftende Sache, natürlich nur dann, wenn alle Einstellungen zu diesem Thema auch ausführlich erörtert werden können.

24.4.2 Wenn 1999 von den Menschen, die in Deutschland wohnten, 7 % Zuwanderer waren, dann ist der Tatbestand ja kein Ergebnis eines Automatismus, sondern ein solches der Wirtschaftspolitik, zumindest für jenen Teil der Zuwanderer, die als Gastarbeiter kamen. Als die Gastarbeiter in der Lage der überschäumenden Konjunktur angeworben wurden, hatten die Deutschen so gerade eben die große innerdeutsche Flüchtlings- und Vertriebenen-Bewegung verkraftet. Und diese innerdeutsche Bevölkerungsbe-  
wegung ist ja auch nicht ohne Abgrenzung, Neid und Fremdenfeindlichkeit über die Bühne gegangen.

Und die überschäumende Konjunktur hatte damals viel mit dem System der fixierten Wechselkurse mit einer unterbewerteten DM zu tun. Deutsche Exporteure erhielten - wenn sie ihre Dollarerlöse über die Geschäftsbanken der Bundesbank präsentierten- von dieser quasi eine Prämie. Ebenso war die Situation der ausländischen Investoren

günstig. Für ihre Dollars, die bei der Deutschen Bundesbank landeten, bekamen sie nicht nur den realen Gegenwert in DM, sondern erheblich mehr, sie waren dadurch in der Lage, jeden inländischen Investor oder Nachfrager nach Unternehmensanteilen auszustechen. Jedenfalls stieg dadurch der Außenhandel von einer Ergänzungsfunktion der nationalen Wirtschaft auf in eine Hauptfunktion. Das Anlage suchende Geld floß nicht dahin, wo die Arbeit unterbeschäftigt war (z.B. in die Türkei), sondern aufgrund der lockenden „Prämien“ in die BRD mit den Arbeitskräftemangel. Die Prämien, die die Bundesbank zahlte, kamen natürlich nicht vom lieben Gott, sondern mußten über die Inflationierung der Währung von den Sparern und anderen Inhabern von Schuldpapieren gezahlt werden. Dagegen halfen keine Maßhalteappelle. Die Sparer mußten den Boom bezahlen, ohne daß sie dadurch Eigentumsrechte erhielten, die landeten zum Teil im Ausland und halfen im Binnenland den Konzentrationsprozeß zu beschleunigen. (Obendrein fielen aufgrund der einsetzenden Zuwanderung erhöhte Miet- und Infrastrukturkosten für die Arbeitnehmer an, die von der Zuwanderung keinen Nutzen hatten.) Jedenfalls war es die Zeit, in der mit den eigenen vorhandenen Arbeitskräften die überhöhte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nicht mehr befriedigt werden konnte. Anstatt die Ökonomie so zu entwickeln, daß dort produziert wurde (bzw. wird), wo auch die Leute zu Hause waren (sind), wurden (werden) sie zu fremden Orten gelockt, wo sie sich selber fremd fühlten (fühlen) und den Einheimischen fremd waren (sind). Nebenbei hatte die Zuwanderung den Effekt, daß der Knappheitspreis für Arbeit im Anstieg (zu Lasten der Arbeitnehmer) gestoppt werden konnte und die Aktionäre wieder mit größeren Gewinnen rechnen konnten.

24.4.3 Wenn von der demographischen Notwendigkeit der Zuwanderung gesprochen wird, wird selten deutlich, warum diese Notwendigkeit besteht.

a) Jene, die dies vortragen, können ja keine rassistischen Gründe meinen, denn die Deutschen - wenn man sie in ihrer Mischung überhaupt als Rasse verstehen kann, würden sich ja durch nichtdeutsche Einwanderer verändern. (Es sei denn, daß man eingesteht, die Deutschen waren stets durch Einwanderung der Veränderung ausgesetzt. Und damit die Veränderung nicht gestoppt wird, brauchen wir weitere Einwanderer.)

b) Vielleicht ist mit der demographischen Notwendigkeit gemeint, daß unsere Gesellschaft vor einem zahlenmäßigen Schrumpfen bewahrt werden muß. Aber warum muß sie das? Wir hatten 1999 eine Bevölkerungsdichte von 229 Einwohner pro qkm. Würden wir uns unwohler fühlen, wenn wir wie Italien nur 191, wie Frankreich, nur 107 oder gar wie Schweden nur 20 Einwohner pro qkm hätten? Wie alles in dieser Welt wächst auch eine Gesellschaft, stagniert, schrumpft und stirbt. Klar, alles was lebt, kämpft auch um das Überleben. Aber irgendwann kommen auch die Zeitpunkte, wo es keine Deutschen, keine Europäer, keine Weißen mehr geben wird. Warum also die Aufregung? Aus ökologischer Sicht und auch um den Konkurrenzdruck um Parkplätze, Bauplätze, Spielplätze, Sonnenplätze, Angelplätze, fruchtbare Plätze und einsame Plätze zu mildern, wäre es gut, wenn wir zahlenmäßig schrumpfen und nicht wachsen würden.

c) Nun ist da noch das demographische Argument der Einwanderung zur Aufrechterhaltung unseres Sozialversicherungssystems auf der Basis der Zwangskollektive mit der Umlagefinanzierung der Altersversicherung. Dieses Argument übersieht, daß Einwanderer nicht zu uns kommen, um die Rente der Alteingesessenen zu sichern, sondern sie bringen auch selbst Ansprüche mit. Wenn wir Freizügigkeit, Selbstverwirklichung, Multikultur, Entbürokratisierung der Gesellschaft, Überwindung der Gründe von Schwarzarbeit, Entkrampfung des Verhältnisses zwischen den Generationen und zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern als Zielgröße haben, dann müssen wir die durch Umlage finanzierten Zwangskollektive sowieso ablösen. Die Alten brauchen den Jungen nichts zu vererben, sie sollen aber auch nicht von den Zinsen leben, die die Jungen aufbringen müssen, sondern von dem Ersparten zehren. Das Ersparte muß nicht unbedingt ein Spargbuch sein, es kann z.B. Anteilseigentum in wesentlicher Größenordnung an Unternehmen sein, in denen man gearbeitet hat, oder man läßt selbst nichtabgerufene Ansprüche an den Markt von Mitgliedern einer nichtdeutschen, expandierenden Gesellschaft in die Zukunft (in der das eigene Altsein liegt) transportieren. (Mit diesem Satz wird auch die Leistung des Schuldners verdeutlicht! Wenn Zinsen: Wem stehen sie eigentlich zu?) Eine Einwanderung zu befürworten, nur damit die Sozialpolitiker im alten Trott weitermachen können, kann doch nicht befürwortet werden. Aber jeder Mensch von außerhalb unserer Grenzen, der bei uns anklopft, um mit uns zu wohnen und zu arbeiten, ist ein Bruder, eine Schwester. Aber mit jedem Einwanderungsgesetz schaffen wir „Auserwählte“ und neue Ungerechtigkeiten, weil wir nur einen Bruchteil von denen zu uns lassen können, die es verdient hätten, in besseren Verhältnissen zu leben. Die Verteidigungspolitik der Zukunft wird darin bestehen, die Welt zum Wohlstand hin zu entwickeln, damit von den europäischen Grenzen der Zuwanderungsdruck genommen wird. In intakten, nicht von Krieg bedrohten Gesellschaften ist das Trägheitsmoment der BürgerInnen so groß, daß sich nur soviel Menschen auf den Weg über die Grenzen machen, wie zur Auffrischung der Gesellschaften notwendig sind. Aber diejenigen, die sich aufmachen, werden selten einen gesellschaftlichen Auftrag, sondern in der Regel ganz persönliche Motive haben.

24.4.4 Wer eine Zuwanderung will, muß auch in Kauf nehmen, daß die Löhne tendenziell unter Druck geraten, besonders dann, wenn die Zuwanderer aus Ländern kommen, in denen das Lohnniveau deutlich unter dem des Einwanderungslandes liegt. Wer in einer solchen Situation Fremdenfeindlichkeit vermeiden will, muß alles tun, um eine Vollbeschäftigung (möglichst ohne Wachstum) zu installieren. Das ist besonders deshalb schwer, weil in unseren Parteien (und auch Hochschulen) ideologische Betrachtungsweisen überwunden werden müssen. Einwanderung bedeutet aber auch, daß entgegengesetzt zu den Löhnen die Preise für den Boden und damit für den Wohnraum steigen. Die Einheimischen werden damit gespalten in jene, die durch Bodeneigentum und Einwanderung bereichert werden und in jene ohne Bodeneigentum, die entreichert werden. Wer hier also Unfrieden vermeiden will, muß die ökonomische Neutralisierung der Grundrente befürworten.

24.4.5 Die Attraktivität einer Volkswirtschaft, die potentielle Einwanderer anzieht, ist ja nicht von selbst entstanden und auch in unseren Breitengraden nicht vom lieben Gott geschenkt worden. Sondern diese ist mit Mühe und mit Verzicht auf Lebensgenuß erarbeitet, erlitten worden. Es müßte ein Ausgleich geschaffen werden zwischen jenen, die sich hier schon lange für den erreichten Wohlstand krumm gemacht haben, und jenen, die von außen kommend daran teilhaben möchten. Modellhaft haben wir die Situation z.B. auch in Sportvereinen. Die Club-Anlagen wurden durch Spenden und Eigenarbeit erstellt. Von Neumitgliedern, die ohne diese Vorleistungen in den Genuß der Anlage kommen möchten, verlangt man nun häufig einen Ausgleich in Form eines Eintrittsgeldes. Es wäre eine soziale Befriedungsmaßnahme, ebenfalls einen Ausgleich von Einwanderern in der Form zu erwarten, daß sie selbst ihre Integrationskosten (mit)finanzieren und daß diese Kosten nicht einfach auf die abgewälzt werden, die durch die Einwanderer unter Wettbewerbsdruck geraten.

24.4.6 Wenn wir unsere Grenzen nicht nur für Waren und Kapital, sondern auch für Menschen möglichst offenhalten und den Mißbrauch des Asylrechts möglichst gering halten wollen, dann müssen wir die Rechtsansprüche auf Sozialleistungen gegenüber dem Staat reduzieren. Denn machen wir uns doch nichts vor, in den Genuß einer Wohnung und (auch einer reduzierten) Sozialhilfe bei uns zu kommen, ist für viele Menschen auf dieser Welt wie ein Lottogewinn. Statt Arbeitsverboten, müßte nach einem erholsamen und der Orientierung dienenden Begrüßungsurlaub die Pflicht der Arbeitsaufnahme und der Selbstfinanzierung des Lebensunterhaltes eingeführt werden. In Zeiten der Unterbeschäftigung auch mit Hilfe eines sinnvollen Arbeits- und Ausbildungsdienstes. Es ist einfach eine Vergeudung von Ressourcen, wenn bei Arbeitslosen brachliegende Fähigkeiten nicht dazu genutzt werden, um einen Teil davon an Asylbewerber - mit und ohne Chance auf Anerkennung- weiter zu vermitteln, damit diese im Falle des Bleiberechtes leichter in die Erwerbsarbeit integriert werden können und im Falle der Abschiebung nicht mit leeren Händen gehen müssen. Wer mit neuen Kenntnissen und einem großen Koffer mit Werkzeugen aus zweiter Hand, von Flohmärkten und aus Spenden (oder gar mit einem alten als Werkstatt umgerüsteten Bus) wieder in seiner Heimat ankommt, hat nicht nur eine Erwerbschance in der Heimat, sondern auch einen Ansehensgewinn. Einfach kleinlaut mit dem Bekenntnis „Man wollte mich nicht!“ wieder in der Familie, im Dorf oder Stadtviertel anzukommen, ist doch kein erhebendes Gefühl und eine große Enttäuschung für die Familie, die vermutlich die Kosten für die Schleuser aufgebracht hat. Es muß allen, die in Deutschland bleiben möchten oder herein wollen, vermittelt werden, daß es in diesen nördlichen Breiten nichts ohne Arbeit gibt, und wenn doch, dann nur, wenn andere zwangsweise oder freiwillig auf einen Teil ihres Arbeitsertrages verzichten. Aus der Kapitalquote läßt sich unter den herrschenden Umständen keine Einwanderungspolitik finanzieren.

24.4.7 In einer politischen Situation wie der unsrigen können wir uns nicht drücken vor der Mitverantwortung für die Behebung des Elends in dieser Welt, das ja der Anlaß ist, daß so viele Menschen bei uns anklopfen. Wir sind aber nicht etwa schlechte Menschen, wenn wir auch an eigene Interes-

sen denken und auf die Selbstverantwortung jener Herrschenden mit Nachdruck pochen, die ihre Landsleute direkt oder indirekt aus ihrer Heimat vertreiben. Statt bürokratischer Zuwanderungshemmnisse, die dann unsere Gerichte überbeschäftigen, sollten wir kluge ökonomische Bremsen einbauen, aber gleichzeitig den Abgewiesenen eine freundschaftliche Hilfe zu Teil werden lassen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, welch scheußliches Gefühl es erzeugt, wenn man als Einwanderer nicht erwünscht ist, und ebenso, wenn man in einem anderen Land, für das man sich begeistert, zwar als Tourist, nicht aber als Arbeitnehmer willkommen ist.

24.4.8 „Multikulturell“ ist eine sympathische aber gefährliche Zielgröße, wenn darunter die Vielfalt und Gemächlichkeit der Entwicklung leidet.

24.5.1 Die Begriffe „multikulturelle Gesellschaft“ und „freie Gesellschaft“ haben bei genauer Betrachtungsweise eine Reihe gleicher Definitionsmerkmale. Es die Vielgestaltigkeit der Glaubens-, Lebens- und Arbeitsformen, die in beiden gedachten oder gelebten Gesellschaftsformen vorkommt. Der Unterschied besteht wohl darin, daß die *freie Gesellschaft* ihre verschiedenen Ausdrucksformen aus einer traditionellen, in einem bestimmten Gebiet verwurzelten Menschenmenge bildet und die *multikulturelle Gesellschaft* sich aus Menschen verschiedener Herkunft mit unterschiedlichen Traditionen und Kulturen bildet. Wenn man noch genauer hinsieht, besteht der Unterschied dieser beiden Gesellschaftstypen „nur“ in der Dauer des Zeitraumes, in der sie sich bilden, und im Radius des geographischen Einzugsgebietes. Denn keine traditionelle europäische Gesellschaft kann von sich behaupten, daß sie nur aus sich gewachsen ist. Es ist aber ein erheblicher Unterschied, ob verschiedene Kulturelemente in 2000 - 3000 Jahre wie in Europa oder in 500 Jahren wie in Amerika zu Gesellschaften zusammenwachsen oder ob diese in 20 oder 50 Jahren zusammengefügt werden sollen. Durch eine zeitliche Kompression kann das Zusammenfügen unterschiedlicher Kulturelemente zu einem Explosivstoff werden.

24.5.2 Nun habe ich auch den Eindruck gewonnen, daß viele Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft auch gar nicht eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen wollen, sondern eine Mischmaschgesellschaft (in der über einen längeren Zeitraum sich jeder - auch der Einheimische - fremd fühlt). Ein Beispiel dafür, daß es gar nicht einfach ist, Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen und Einsichten zu vereinen, sind die Grünen. Im Gründungszeitraum bestand aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, die Parole „Vielfalt in der Einheit“ auszugeben. Was ist geschehen? Gerade die Parteifreunde mit einem politisch linken Selbstverständnis haben eine Gruppierung nach der anderen herausgegruhlt, dann haben sie sich gegenseitig bekriegt. Diejenigen, die noch übrig geblieben sind, nennen sich noch grün, sind aber nicht mehr grün, haben eine undefinierbare Farbe. Das wird von Jungwählern offensichtlich auch so gesehen. Wenn aber schon etwas in einem Teil einer Gesellschaft nicht funktioniert, wie es eine Partei darstellt, wie soll es dann in einer noch komplexeren Gesamtgesellschaft funktionieren?

24.5.3 Damit ist aber das Thema *multikulturell* nicht erledigt. Nehmen wir

den Balkan oder auch den Nahen Osten; hier schreien die Probleme nach einer multikulturellen Lösung. Zu bedenken gilt aber, was Peter Kafka (siehe Dokumentation 14) immer wieder betont, daß das Schöpfungsprinzip die Vielfalt und die Gemächlichkeit ist. Worunter wir leiden würden, wäre eine einfältige Beschleunigungskrise. Die Vielfalt ist nötig, um aus einer großen Zahl der Möglichkeiten das jeweilige Optimum heraus zu filtern. Die Gemächlichkeit ist erforderlich, damit der Versuch nicht vor der Klärung schon abgebrochen werden muß. Die Farben des Regenbogens können mit ihrer unterschiedlichen Ausstrahlung konkurrieren. Die undefinierbare Farbe einer Mischmaschgesellschaft hat keine Ausstrahlung. Und die Farbe braun macht sich nur als Holzanstrich gut.

24.5.4 Das, was Peter Kafka von der Astrophysik herkommend sagt, formuliert Alexander Mitscherlich von der Psychoanalyse herkommend so:

„Wir bedürfen der konstruktiven Seiten, der sublimierten Formen der Aggression, keine Gesellschaft kann ohne Wettbewerb gedacht werden. Aggression ist eine Grundmacht des Lebens.“  
(HAZ, 13. 10. 69 „Den Frieden besser erforschen“)

Und bei Anthony Storr in „Lob der Aggression - Erkenntnisse der Verhaltensforschung“, 1971 heißt es im Kapitel „Die Aggression im Sozialgefüge“ u.a.:

„Da der Mensch heute Gefahr läuft, sich mit den Waffen, die er erfunden hat, selbst zu vernichten, erscheint die biologische Nützlichkeit der Aggression vielleicht ein wenig zweifelhaft; doch werden wir Gründe dafür hören, daß sie nicht nur wertvoller Bestandteil der individuellen menschlichen Natur ist, sondern auch ein wesentliches Element im Sozialgefüge darstellt. Nur wenn der Aggressionstrieb gehemmt oder frustriert wird, nimmt er bedenkliche Formen oder gefährlichen Charakter an. Zwar ist es fraglos wichtig, destruktive Formen der Feindseligkeit zwischen Menschen zu verringern, doch muß man begreifen, daß es unmöglich und tatsächlich nicht wünschenswert ist, uns von einem Teil unserer Natur zu befreien, der angeboren und zudem biologisch wertvoll ist.“ (S. 39 f.)

Und in der *Wirtschaftswoche* Nr. 35 /1991 schrieb Gertrud Höhler über den Abschied vom Siegeswillen u.a.:

„Auch die psychologische Forschung zeigt uns heute, daß Konkurrenz und Abgrenzung. Wettkampf und Siegeswille nicht nur männliche Strategien zur Organisation und Koordinierung des Handelns im Team sind, sondern auch Quellen für Motivation und Leistungsanreize zum Vorteil des Ganzen. / Der 'Sieg' eines Gedankens, die Überlegenheit einer Strategie sind sozusagen unvermeidliche Begleiterscheinungen der Optimierung unserer Lebenssysteme. Wer ein Management ohne Sieger wünscht, der betreibt die Ausschaltung der wichtigsten Ressource im Lebensprozeß von Menschen, Natur und Systemen - er verhindert den Sieg des Besseren für morgen über das Gute, das wir heute haben.“



24.5.5 Wenn wir also eine multikulturelle Gesellschaft (Webteppich alternativ zu Flickenteppich) wollen, dann müssen wir ihr Entwicklungszeit geben, sie darf nicht die Form einer Notgemeinschaft wie ein Flüchtlingslager haben in dem Menschen ohne Zusammenhang eingepfercht wurden und sich täglich die Verpflegungsration und den Platz für den Gebetsteppich streitig machen. Wir müssen uns eher die Situation auf der EXPO vorstellen, aber nicht bis ins Detail, weil dann das Bild nicht mehr stimmt.

24.5.6 Wer nun glaubt, eine multikulturelle Gesellschaft im Rahmen unserer Institutionen und Strukturen aufbauen zu können, der ist auf dem Holzweg. Aber notwendige Änderungen sollten uns nicht abschrecken, weil wir diese sowieso vornehmen müssen, wenn wir unsere Gesellschaft mit der gewährten Narrenfreiheit weiterentwickeln wollen zu einer Gesellschaft mit haftender Gestaltungsfreiheit. Dies ist nur möglich, wenn die staatlichen Vorgaben und Aktivitäten auf ein erforderliches Minimum zurückgefahren werden. In einem einheitlichen rechtlichen Minimalrahmen müssen sich dann die unterschiedlichsten Formen von Bildungsgängen und –Trägern, von Religionen und Weltanschauungen, von individuellen und kollektiven Sicherungssystemen, von Lebensgemeinschaften (und was es noch geben mag) ausprägen können, ohne daß der Staat bevorzugend eingreift. Das wäre eine gute Sache, aber nur die wenigsten von denen, die Multikulti wollen, - so schätze ich - halten das aus.

24.5.7 Von dem (noch) geistigen Standort einer freien oder multikulturellen Gesellschaft her gesehen, ist die Einführung einer eheähnlichen Rechtsform für Homosexuelle kein großer Fortschritt. Für den Erhalt des Staates und den Zusammenhalt der Gesellschaft besteht keine Notwendigkeit, bestimmte Formen der Ehe vorzuschreiben oder die Innenverhältnisse der Ehe gesetzlich zu regeln. Abgesehen davon, daß die Monogamie sowieso nur eine Fiktion westlicher Gesellschaften ist, erfordert das Modell der multikulturellen Gesellschaft die freie Gestaltungsmöglichkeit der Ehe. Und da gibt es bekanntlich viele Formen in dieser Welt. Die Inhalte aller Formen könnten innerhalb des Vertragsrechtes geregelt werden.

## 8. Ist die erlebte Politik Ausdruck von Blindheit oder Böswilligkeit?

Ich habe überlegt, ob ich mit meinem Text aus dem Jahr 2001 nicht alles zur Flüchtlingsfrage gesagt habe, was zu sagen ist. Ich bin zum Schluss gekommen, dass noch Ergänzungen zur aktuellen Situation erforderlich sind. Die praktizierte Flüchtlingspolitik halte ich aber genauso wie die Vereinigung der beiden deutschen Republiken für einen Verrat des Grundge-

setzes wie auch des Demokratieprinzips. Die Fluchtbewegungen, auch die der in der Vergangenheit in das NS-Regime hinein, sind wiederum ein Verrat des wissenschaftlichen Denkens und des gesunden Menschenverstandes der Demokraten gestern und heute. Und einen wirklichen Frieden - also nicht nur eine „Friedenspolitik in unfriedlichen Zeiten“<sup>14</sup> ist so nicht erreichbar. Ich weiß wie verwirrend die Zusammenhänge sind und bin mir des Risikos des Irrrens bei der eigenen Wahrnehmung und bei meinen Schlussfolgerungen bewusst. Aber wenn ich einfach schweigen würde, wäre ich in der gleichen zu kritisierenden Position des Weitermachens wie bisher, die das Handeln der parlamentarischen Volksvertreter offensichtlich bestimmt.<sup>15</sup> Diese Themen ausdifferenziert behandelt, würden mehrere Bücher ergeben, es sollen aber möglichst wenige Seiten werden. Ob man diese nur als Anklageschrift oder als Kommentar zur Politik liest, ist Geschmackssache. Ich bin hier auch nicht in der Rolle des Helfers vor Ort, der Flüchtlingen konkrete Hilfe leistet und dabei erfährt, dass das Geben seliger macht als das Nehmen. Aus den vielen Bildern, die ich gesehen habe, hat sich mir das einer Mutter mit drei kleinen Kindern eingepägt, die glücklich war, Deutschland erreicht zu haben und darauf vertraute, dass ihre Kinder hier studieren könnten. Da meine erste Frau vier Kinder und meine zweite Frau drei Kinder geboren und großgezogen haben, kamen mir die Fragen: „Ob diese Mutter wohl ahnt, dass die Versorgung der Kinder auch bei uns kein Zuckerschlecken ist?“ und: „Weiß diese Frau, dass auch bei uns kein Manna vom Himmel fällt, und dass für die Kosten, die die Kinder - einschließlich Schule und Studium - andere arbeiten müssen und in die dafür erforderliche Zeit und Kraft nicht für die Gestaltung des eigenen Lebens zur Verfügung stehen?“

Es geht hier nicht um die jetzige unmittelbare Hilfe für die Menschen in Not, sondern um Fragen, wie die Not entstanden ist, ob sie in Folge noch eine größere Not erzeugt und welche Rolle die Retter bei der Entstehung und Bewältigung der Not haben. Es gilt aufzupassen, dass der Brandherd nicht noch größer wird und alles verbrennt, was brennbar ist.

Ich habe selbstverständlich zu dem großen Thema einiges in den Funkmedien gehört und in den Printmedien und im Netz gelesen. In den Medien ist die anfängliche Hofberichterstattung ja differenzierten Betrachtungen gewichen. Und lange nicht alles was einem im Netz vor Augen kommt, ist glaubwürdig. Um den wilden Spekulationen Grenzen zu setzen, soll-

14 Titel einer Konferenz der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im September mit 250 Gästen und diversen Referenten.

[http://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheit/friedenspolitik-in-einer-unfriedlichen-zeit\\_ID\\_4396603.html](http://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheit/friedenspolitik-in-einer-unfriedlichen-zeit_ID_4396603.html)

15 Das ist vom Gesamtergebnis aus gesehen und daher eine berechtigter Pauschalierung.

ten alle Denkmodelle für die Ursachen der Fluchtbewegungen offen beschrieben und auf ihren Wahrscheinlichkeitsgehalt hin überprüft werden. Es ist ja schon mehr als merkwürdig, dass so viele Menschen, die in Armut gelebt haben oder vom Krieg gebeutelt wurden, mit Händys und Smartphones ausgerüstet sind und hohe Preise für die Schleuser bezahlen können. Der Eindruck, dass die Flüchtlinge nur Figuren in einer Strategie von Mächten sind, die nicht ohne weiteres sichtbar sind, ist doch berechtigt. Warum haben die deutschen Geheimdienste die Bundesregierung und die Landesregierungen nicht vor dem gewarnt, was da auf Deutschland zukommt? Haben sie geschlafen oder wurden sie zum Schweigen verdonnert? Mein Eindruck war in den ersten Tagen, dass die Bundesregierung von der Entwicklung nicht überrascht war und das Geschehen selbst mit angeschoben hat, um eine schwierige Einwanderungsdebatte mit ungewissem Ausgang zu vermeiden.

Ein paar der gelesenen Internetbeiträge möchte ich benennen. Unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27568> ist ein fiktives Schreiben von Albrecht Müller, 1973 – 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt zu lesen, in dem er einen möglichen Missbrauch der Flüchtlinge für innenpolitische Belange beschreibt. Dann der Offene Brief des ehemaligen Generalmajors Gerd Schultze-Rhondorf an Angela Merkel, der wohl eher dem konservativen Lager zuzuordnen ist. <https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/>

Dann ist da der Beitrag des Autors Milorad Krstic, geboren und aufgewachsen in Ex-Jugoslawien und in den 80er Jahren aus wirtschaftlichen Gründen selbst legal eingewandert. Heute mehrfach national sowie international tätiger Unternehmer, dreifacher Familienvater und Buchautor. Letzte Veröffentlichung: *Verkaufte Demokratie – Weg frei in die Sklaverei?* Sein Beitrag hat den Titel „Der Flüchtlingswahnsinn und das kriegerische Bodenrecht“. [https://www.google.de/search?q=Der+Fl%C3%BChtlingswahnsinn+und+das+kriegerische+Bodenrecht&ie=utf-8&oe=utf-8&gws\\_rd=cr&ei=LDkaVvuaJcPyUKq5g8AN](https://www.google.de/search?q=Der+Fl%C3%BChtlingswahnsinn+und+das+kriegerische+Bodenrecht&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=LDkaVvuaJcPyUKq5g8AN)

Ich habe auch den Gastkommentar „*Alte Fehler vermeiden*“ von Christian Winkler im Handelsblatt 179 vom 17. Sept. 2015. Dieser hat mich interessiert, weil ich selber ein Jahrzehnt aktives Mitglied der FDP war und Lindner für den Neuanfang der FDP steht. Mich hat der Beitrag nicht vom Hocker gerissen. Es ist ein Politiker-Beitrag, der auf momentane Wirkung angelegt ist und nicht auf die Erhellung oder Durchdringung eines Problems. „Alte Fehler vermeiden“ könnte man ergänzen mit „... damit neue gemacht werden können.“ Der Kommentar ist zu lesen unter: <http://www.liberales.de/content/lindner-gastbeitrag-alte-fehler-vermeiden>

Wenn hier Verschwörungstheorien und wilde Vermutungen entstanden sind und weiter entstehen, dann liegt das auch an der Informationspolitik von der Bundes- und den Landesregierungen und an den Äußerungen der Parlamentarier. Der Bürger ist ja daran gewöhnt, dass er geschönte Nachrichten erhält oder gar die Hucke voll gelogen bekommt. Es ist für unsere Gesellschaft aber gefährlich, wenn das Misstrauen in die Politik ein nicht genau bestimmbares Maß überschreitet. Es werden dann nicht wie zu Weimarer Zeiten wieder Braunhemden marschieren, aber es werden vielleicht graue Herren – wie in *Momo* von Michael Ende – auftauchen. Diese werden dann mit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaften vom Menschen ausgestattet, die braven Bürger mit dem Versprechen, sie von ihrer Unsicherheit zu erlösen, in die Sklaverei irgendeiner Art führen. Das Förderprogramm zu einer solchen Entwicklung liefern die demokratischen Parteien. Unmöglich! Höre ich da sagen? Welche Möglichkeit haben denn die Deutschen bislang gehabt, ein Selbstwertbewusstsein als gestaltenden Demokraten zu entwickeln? In dem schon zitierte Bericht über den Bundespräsidenten in den USA ist auch zu lesen:

Auf dem Programm stehen ein Amtsbesuch bei US-Präsident Barack Obama im Weißen Haus und eine ganz besondere Freiheitserkundung in Pennsylvania – dort, wo vor 332 Jahren die ersten Deutschen auf der Suche nach einem Demokratie- und Wirtschaftsasyl landeten und wo 1787 der Verfassungskonvent den „Geist der Freiheit“ dauerhaft Papier brachte: „We the People.“ Gauck kennt diesen Ruf als „Wir sind das Volk“.

Vor dem Ende der DDR fühlten sich deren Bürger auch ermutigt zu rufen: „Wir sind das Volk!“ Die Mauer überwindend im Westen angekommen, tönt ihnen von den herrschenden Westparteien lautlos aber intensiv entgegen: „Irrtum! Wir sind das Volk!“ Und so ist es den Deutschen schon so lange ergangen, wie ihnen eingeredet wird, sie würden in einer Demokratie leben. In einem Interview von Klaus Wallbaum in der HAZ vom 30. 9. 2015 mit dem letzten Staatsoberhaupt der DDR, Frau Sabine Bergmann-Pol, wird deutlich, dass nicht einmal auf gleicher politischer Ebene den Bürgern der DDR der Respekt gezollt wurde:

Bitter war für mich zu erleben, wie wenig gefragt die früheren Volkskammerabgeordneten auf einmal waren. Unsere Erfahrungen, unsere Positionen – sie interessierten kaum. Meine aufreibende Arbeit in der Volkskammer ist nicht anerkannt worden. Manchmal hatte ich das Gefühl, die Politiker im Westen wollten uns sagen: Schön und gut, ihr habt eure Zeit gehabt, nun ist es vorbei. Dabei wird allzu oft vergessen, dass es die Volkskammer und die Regierung von Lothar de Maizière in der DDR waren, die den Weg zur Wiedervereinigung beschlossen haben. Das ist nicht nur das Verdienst von Hel-

mut Kohl und seinen Leuten. Viele frühere Volkskammerabgeordnete können heute zu Recht stolz sein auf das, was sie getan haben. Aber manche von ihnen spüren, dass sie vergessen wurden.

## 9. Wie war das 1918? Und wie vor der Nazi-Herrschaft?

Demokratie ist kein Naturprodukt. Bürger, wenn die Bewohner eines Landes diesen Namen verdienen, müssen sich demokratische Verfahren und Institutionen gedanklich erarbeiten, nicht als kleine Minderheit, wie sie eine politische Bewegung oder Partei darstellt, sondern in einer möglichst großen Mehrheit. Das braucht Zeit und Geduld. Beides hatte man am Ende des Ersten Weltkrieg und nach dem Waffenstillstand vom 11. Nov. 1918 nicht. Es bleibt hier nur festzuhalten, dass den Deutschen, die in der großen Mehrheit auf ein monarchistisches Regierungssystem hin erzogen waren von einer Minderheit die Demokratie übergestülpt wurde.

Die **Ausrufung der Republik in Deutschland** geschah am [9. November 1918](#) in [Berlin](#) gleich zweimal: durch den [SPD](#)-Politiker [Philipp Scheidemann](#) unter bürgerlich-demokratischen und durch den Führer des [Spartakusbundes Karl Liebknecht](#) unter [sozialistischen](#) Vorzeichen.  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Ausrufung\\_der\\_Republik\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Ausrufung_der_Republik_in_Deutschland)

Die **Weimarer Nationalversammlung**, offiziell **Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung**, war das [verfassungsgebende Parlament](#) der [Weimarer Republik](#), wie das [Deutsche Reich](#) in der Zeit zwischen 1919 und 1933 bezeichnet wird. Eine Übersicht über alle Mitglieder der Versammlung gibt die [Liste der Mitglieder der Nationalversammlung von 1919](#).  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer\\_Nationalversammlung#Vorgeschichte](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Nationalversammlung#Vorgeschichte)

Zwar hatten alle Deutschen – also auch die Frauen, wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet hatten, die Möglichkeit, die verfassungsgebende Versammlung zu wählen. Aber was ist eine Wahl wert, wenn man sich vorher nicht das Wissen erarbeiten konnte, das wichtig ist, a) um die richtigen Kandidaten auszusuchen und b) die Beratungen inhaltlich zu begleiten und zu kommentieren. Außerdem: „*Die Weimarer Nationalversammlung war nicht nur mit der Ausarbeitung einer Verfassung beschäftigt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und übte dessen [legislative](#) Funktion aus.*“ Auch diese Verquickung, die heute noch in der Bundesrepublik praktiziert wird, ist der dem Demokratiedanken abträglich, weil die Verfassung der Rahmen ist, in dem das Parlament handeln soll. Wenn das Parlament selbst bestimmen kann, was es darf und was es nicht darf, ist sie keine demokratische Institution mehr. Hinzu kommt, dass diese junge Republik damit belastet wurde, dass die Sieger des Ersten Weltkrieg den Deutschen die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuschoben, diese sich dadurch als Kriminelle diffamiert sahen. Und wo heute immer wieder auf den Militarismus

des Kaiserreiches verwiesen wird, sollte man sich an die Einstellung zum Friedensvertrag erinnern: „Auch die Redner von SPD und Zentrum, Paul Löbe und Adolf Gröber verurteilten den Vertrag. Insbesondere wandten sie sich gegen die im Vertragsentwurf der Entente getroffene Feststellung, Deutschland sei allein schuld am Krieg gewesen.“ Ein Krieg hat immer viele Ursachen und Väter, aber eine wesentliche Ursache wurde von der Politik nicht erkannt und das war die Bindung der Währungen an das Gold. In einer Währung mit Goldbindung sind die Staaten – besonders wenn sie keine Goldminen im eigenen Land haben – bei expandierender Wirtschaft auf Ausfuhrüberschüsse angewiesen, damit das Gold zur Unterfütterung des vermehrt erforderlichen gedruckten und geprägten Geldes vorhanden ist. Da das aber allen Staaten mit einer Goldgedeckten Währung so geht, löst das automatisch einen Wirtschaftskrieg aus, dem dann der militärische folgt. Der Schweizer Fritz Schwarz schreibt daher in seinem zweibändigen Werk „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“ im Band 2, 1945, Seite 37:

#### **Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874,**

Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismark wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequeme sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben, Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären» wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an G e l d die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.

Diese Erkenntnisse gab es auch schon im und nach dem Ersten Weltkrieg und darauf aufbauend hätte man den Bürgern, die noch mit der Demokratie fremdelten, eine Ökonomie gestalten können, die alle Zweifel an die neue Regierungsform gelöscht hätte. Aber die Bürger erfuhren von den demokratischen Parteien und ihrer Führungsriege nichts, weil ihnen aus ideologischen oder in alten Vorstellungen verhaftetem Denken diese Erklärungen nicht passten. Statt dessen wurden die Menschen zu dem schon schwer zu tragenden Kriegsleid durch eine Superinflation enteignet und verunsichert und anschließend (nach einem Zwischenspiel mit der Rentenmark) wieder durch eine Goldbindung des Geldes in die Inflation mit verheerenden Folgen nicht nur für den Arbeitsmarkt sondern auch für die Stabilität der Republik ge-

trieben. Gerhard Ziemer hat in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971, anschaulich beschrieben. Er schreibt in den Schlussfolgerungen u. a.:

... Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk 100 kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht. ... Seite. 223 f.

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn<sup>137</sup> schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die trischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses

nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprachen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formaljuristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebenzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren. « Seite 229 f.f.

Anmerkungen zu dem Zitat:

Das Lob von Ziemer auf die Bundesbank Anfang der 70er Jahre ist nur bedingt richtig. Die fixierten Wechselkurse, im Bretton-Wood-System festgelegt, hatte Deutschland erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Ob das Lob der Bundesbank gerechtfertigt ist, hängt auch von der Stellung zu diesem Problem ab. In jedem Fall wusste die Führungsmannschaft der Bundesbank von der Notwendigkeit eines kontinuierlichen Geldumlaufs sowohl für die Konjunktur wie auch für die richtige Geldmengensteuerung als Voraussetzung für eine Preisniveaustabilität. Sie hat dieses Wissen in all den Jahren nicht angewandt und auch nicht wissenschaftlich prüfen lassen. Diese Lücke hat sie bei der Gestaltung des Euros verschwiegen und daher haben wir heute den „Euro-Zirkus“, der Europa und die einzelnen Länder entzweit. Die Politik der EZB ist daher eine Politik von Spielern. Im Grunde hat sich die währungspolitische und wissenschaftliche Situation gegenüber Weimar nicht viel verbessert, außer das man heute allgemein besser weiß, wie gefährlich eine Deflation ist. L. Albert Hahn sagt berechtigt, dass



in der Weimarer Republik keiner das Unheil bewusst herbeigeführt hat. Das kann man nur bedingt gelten lassen, denn wenn man die katastrophalen Wirkungen einer praktizierten Politik sieht und sich dann gegen Kritik und Aufklärung verschließt, dann ist das schon so gut wie eine böswillige Herbeiführung von Chaos und Leid. Leider unterscheiden sich in dieser Hinsicht die Politiker von damals und heute nur wenig. Das heißt aber auch, dass die Hochschulen nach wie vor ein unzulängliches Wissen vermitteln. Und in diesem Fall hat die Unzulänglichkeit den Charakter von Dynamit. Damals wie heute hat es von wirtschaftlicher Seite immer wieder Versuche der Aufklärung gegeben. Bisher vergeblich. Die Leidensgeschichte der Menschen ist wohl noch nicht groß genug.

Im alten gedruckten Katalog des Archivs für Geld- und Bodenreform fand ich die Titelseite einer Schrift aus dem Jahr 1932 mit dem Titel „*Letzter Apell*“ und dem Motto: „*Die Tage der Zivilisation sind gezählt, wenn der wirtschaftliche Aufstieg nicht bald beginnt.*“ Die Schriftreihe „*Arbeit und Geldpolitik*“ wurde von Erich Mäder, M.d.L. und Hans Schumann herausgegeben. Unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_M%C3%A4der](https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_M%C3%A4der) ist zu lesen:

Gemeinsam mit dem [Freiwirt Hans Schumann](#) hat Erich Mäder innerhalb der SPD Anfang der dreißiger Jahre um eine Diskussion der Währungspolitik und eine Neuorientierung der Partei zur Frage der [Golddeckung](#) gerungen[3]. Auf dem SPD-Parteitag 1931 in Leipzig brachte er einen Antrag zur Währungspolitik ein[4]. Dieser Antrag Nr. 10 kam laut Protokoll nicht zur Abstimmung. Angeblich wurde Mäder in der anschließenden Diskussion das Mikrofon abgestellt. [Fritz Tarnow](#) ging erst in seinem Schlusswort darauf ein, warum über den Antrag nicht abgestimmt werden könne.

Hans Schumann schreibt dazu in seinen Lebenserinnerungen „*Gegen den Strom*“, 1986:

### **Die letzte Chance**

Zunächst konnte man jedoch nicht verhindern, daß dem Reichsparteitage der SPD 1931 in Leipzig 5 Anträge vorlagen, die eine Klärung dieser Frage forderten.

Aber der Delegierte Mäder, der diese Anträge vertreten wollte, wurde ums Wort betrogen, der Vorstandsredner Tarnow bekundete seinen „heiligen Respekt vor der Währungsfrage“ und nannte diese Anträge eine „Belästigung der Partei“, der Delegierte Heinig (Berlin, 1933 nach Schweden emigriert) nannte sie „weißen Käse“, und auf die direkte Bitte des großen Vorsitzenden Wels - (der persönlich erklärt hatte, daß er von diesen Fragen nichts verstehe) wurden alle Anträge unter dem Gelächter vieler Delegierten abgelehnt.

Wenig Zeit später dürfte vielen das Lachen vergangen sein - Wels und seine Experten emigrierten rechtzeitig. Als wir geschlagen auf der Zuschauertribüne saßen und uns überlegten, ob es noch Sinn habe, hier weiter gegen den Strom zu kämpfen, höhnte ein vor uns sitzender junger Sozialist namens

Katz plötzlich: „Da habt ihr eure Geldpolitik!“ Dann hatten wir eine Demokratie – gehabt.

### **Die Rolle der Gewerkschaften**

Den Bock zum Gärtner machte auch der Bundesvorstand des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ - gez. Arons - indem er am 12.12.1930 eine Prüfung meines im SPD-Verlag erschienenen Buches „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ wegen dessen „Umfang“ (200 Seiten) ablehnte und darauf hinwies, daß „die grundlegenden Fragen der Geldpolitik von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik behandelt“ würden - die eine solche Behandlung verhinderte! ... (S. 43 f.)

### **Verschleierte Vergangenheit**

Am 8. Mai 1985 sagte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in seiner Ansprache: „*Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.*“

Dem kann man nur zustimmen, aber diese Vergangenheit beginnt eben nicht erst im Jahre 1933. Was danach an „Unmenschlichkeiten“ geschehen ist - und nicht nur von deutscher Seite! - wäre gar nicht möglich gewesen, wenn Weimar nicht gescheitert wäre. Über die se Vergangenheit konnten etwa bis zum Jahre 1960 noch unabhängige Kritiker die Wahrheit sagen - während heute die Öffentliche Meinung offensichtlich anders „präpariert“ worden ist. Damals konnte man noch lesen:

Der ehemalige Bundesfinanzminister Franz Etzel schrieb in seinem Buche „Gutes Geld durch gute Politik“ 1959 S. 27:

„Ich selbst vergegenwärtige mir an einem anderen Beispiel, wie doch die tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte hätten vermieden werden können, wenn wir in den Jahren 1929 bis 1933 in der großen Weltwirtschaftskrise bei uns die gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über Konjunkturpolitik gehabt hätten, die wir heute haben... Ohne die sechs Millionen Arbeitslose hätte es weder eine nationalsozialistische Machtergreifung noch einen zweiten Weltkrieg mit allen ihren Folgen gegeben. Fundierte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sichern - und das ist die Erkenntnis aus dieser Betrachtung - Wohlstand und Frieden.“

\*

„Metall“, die Zeitschrift der IG Metall für die Bundesrepublik, schrieb am 21.2. 1953:

„Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden. ... (S. 57)

Der währungstheoretische Erkenntnisstand des Exfinanzministers Etzel war noch nicht der volle Erkenntnisstand, der schon vor 1933 zur Verfügung stand, aber politisch nicht genutzt

wurde – nicht genutzt werden konnte, weil die maßgeblichen Köpfe mit anderen Vorstellungen verstopft waren -, aber selbst das, was Franz Etzel 1959 klar war, ist vermutlich bei vielen lehrenden und praktizierenden Ökonomen nicht mehr abrufbar. Selbst das Projekt „*Soziale Marktwirtschaft*“ - heute nur noch eine Worthülse zur Verschleierung anders gerichteter Politik – ist gescheitert, weil bei zu vielen Akteuren in der Startphase der BRD die Einsicht in die Notwendigkeit einer Geld- und Bodenreform fehlte. Siehe dazu auch:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/140.2.Marktwirtschaft.am.Scheideweg.2..pdf>

## 10. Zurück zur Gegenwart mit TTIP und CETA

Ich bin schon wieder bei der Ökonomie hängen geblieben, obwohl ich doch das Thema Entmündigung der Bürger durch die Politik behandeln wollte. Das liegt aber daran, dass eine gute Demokratie - und nicht jede Demokratieform ist automatisch gut – nur gelingen kann, wenn diese mit einer guten Ökonomie unterfüttert ist. Heute (12. 10 2015) erhielt ich eine Pressemitteilung von Attac zu den Demonstrationen gegen TTIP und CETA. Darin heißt es u.a.:

„ ...Es ist Zeit für einen Kurswechsel weg von Konkurrenzdenken und Wettbewerb hin zu einer EU-Handelspolitik im Interesse der Menschen und ihrer Bedürfnisse“, sagte Roland Süß vom Attac-Koordinierungskreis bei der Kundgebung in Berlin. „Das Versprechen, Freihandel schaffe mehr Wohlstand für alle, ist längst als Lüge entlarvt. Bei TTIP und CETA geht es darum, Konzernen und internationalen Finanzakteuren weitere Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen sie den Welthandel noch besser unter Kontrolle bringen und die Politik unter Druck setzen können.“ ...

Wenn TTIP und CETA Gegenstände der Zielsetzung links- oder rechtsextremer Gruppen wären, würde ihnen der Verfassungsschutz im Nacken sitzen. Es zeigt sich mal wieder, wie naiv es ist, anzunehmen, dass, das was in der politischen Mitte ausgebrütet wird, immer gut sei. Klar, unter dem Anspruch, dass alle mitreden dürfen oder müssen, kann auch das, was die Chance hat, gut zu werden, bzw. gut werden soll, zerredet und verhindert werden. Aber auch dann, wenn nur eine demokratisch legitimierte Gruppe etwas aushandeln soll, kann das so offen geschehen, dass die Inhalte und Ergebnisse außerhalb der Verhandlungsgruppe nachvollzogen werden können und so eventuell mit einem Stopp belegt oder einer Ermunterung Unterstützung erhalten. Was wirklich gut für die Menschen ist, braucht das Tageslicht nicht zu scheuen.

Ich bin den Aufrufen zur Unterzeichnung von Forderungen TTIP- und CETA-Stopp trotzdem nicht gefolgt, weil das Ziel des Protestes für mich genauso im Nebel liegt, wie die Ziele von TTIP und CETA selbst. Ich protestiere doch nicht gegen das Aufhängen mit dem Hanfst-  
strick, wenn mir dadurch die Strangulierung mit einem Strick aus Kunstfaser droht. Das muss überhaupt nicht in der Absicht der Protestbewegung liegen. Aber in der Politik ist der Erzeuger von Übelständen häufig die Blindheit. Und diese Blindheit oder auch Verwirrung über ökonomische Ursachen und Wirkungen haben meiner Meinung nach ihren Ausgangspunkt in den Lehrveranstaltungen der Hochschulen. Wer formuliert: „*Es ist Zeit für einen Kurswechsel weg von Konkurrenzdenken und Wettbewerb hin zu einer EU-Handelspolitik im Interesse der Menschen und ihrer Bedürfnisse*“ oder gutheißt, der muss doch von der Vorstellung ausgehen, der Wettbewerb sei das Übel, von dem die ökonomischen Fehlentwicklungen ausgehen. Im internationalen Handel sind Zölle und Protektionismus die Alternative zum Freihandel. Und die Entscheidung für diese Alternative bedeutet über kurz oder lang Krieg. Das lehrt die Geschichte. Binnenwirtschaftlich ist die Alternative zum Wettbewerb die Zuteilung. Im Wettbewerb kommt ein Ergebnis immer über die Mitwirkung vieler zustande. Auch kann sich der einzelne dem Wettbewerb partiell oder zeitlich begrenzt entziehen. Bei der Zuteilung, die von einer zuteilenden Instanz vorgenommen wird, hat der, dem etwas zuteilt wird (Lasten und Erträge), keinen oder beim Modell des demokratischen Zentralismus nur einen minimalen Einfluss. Der Wettbewerb ist ein Bestandteil der Marktwirtschaft und die Zuteilung ist ein Bestandteil der Zentralverwaltungswirtschaft, die sich offensichtlich für viele Menschen leichter denken lässt als die Marktwirtschaft, die ein kybernetisches System ist, wenn sie richtig installiert wurde. Aber die Zentralverwaltungswirtschaft ist nicht ohne den Verlust der Freiheit des Individuums zu haben. Also, wenn wir unsere Freiheit lieben und behalten wollen, müssen wir genauer hinschauen, um die wahren Ursachen der Störungen zu entdecken, um sie danach beseitigen zu können.

In dem „*mdmagazien*“, das ist die Mitgliederzeitschrift von Mehr Demokratie e.V., steht in der Ausgabe 4. 2015 ein Artikel mit der Frage als Titel: „*Sind Kapitalismus und Demokratie miteinander vereinbar?*“ Der Verfasser, offensichtlich auch ein Gegner von TTIP und CETA, ist: Dr. Harald Trabold > Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Osnabrück. 2014 erschien sein Buch „*Kapital Macht Politik - Die Zerstörung der Demokratie*“... <

Erst im zweiten Lese-Durchgang habe ich gefallen an dem Text gefunden, weil sich hier mit

einige Sachverhalte verdeutlichen lassen. Der Artikel von Trabold hätte einen höheren Aufklärungswert, wenn er vorweg den Lesern den Unterschied zwischen dem Begriff Marktwirtschaft und Kapitalismus erläutert hätte. Weil diese Begriffe als Synonyme verwendet werden, ist die Verwirrung in den Ökonomie-Debatten entsprechend groß.<sup>16</sup> Bevor ich auf die Argumente von Trabold eingehe, lässt sich hier schon sagen: Wenn die Marktwirtschaft ein dezentrales System des Leistungsaustausches ist und der Kapitalismus ein System, das auf die Erlangung des Kapitalertrages ausgerichtet ist, dann ist der Kapitalismus der Feind der Marktwirtschaft, weil der Kapitalertrag ein leistungsloses Einkommen ist, das nur zu Lasten des Arbeitseinkommens aus Arbeit erzielt werden kann. Da die Zentralverwaltungswirtschaft letztlich nur aufgrund von Befehl und Gehorsam funktionieren kann, ist klar, dass von den beiden möglichen reinen Wirtschaftssystemen nur die Marktwirtschaft mit der Demokratie nicht nur korrespondiert, sondern sie auch entlastet, denn der Wille von mehreren Personen kann hier nicht nur durch Gesetze geregelt werden, sondern auch in der Vertragsform. Da die Marktwirtschaft – abgesehen von ganz einfachen Formen mit Naturaltausch – kein Naturprodukt ist, ist es wichtig, auf ihre richtige Ausstattung mit den passenden Normen und Institutionen zu achten. Und in der unterlassenen Analyse dieser Zusammenhänge liegt die Schwäche der Protestbewegungen und der Zeitgenossen, die immer noch im Marxismus die Erlösungsreligion der Menschheit sehen, aber nicht kapieren, dass sie damit den Kapitalismus stützen.

Harald Trabold schreibt:

Wenn mehr als zwei Millionen Bürger/innen Europas mit ihrer Unterschrift gegen TTIP protestieren, muss etwas gewaltig schief laufen. Denn in den letzten Jahrzehnten wurden weltweit bereits hunderte solcher Handelsverträge geschlossen, ohne dass dies von der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen oder gar beanstandet worden wäre. Warum regt sich gegen TTIP

---

16 > Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das primär auf die Erzielung von Kapital-Ertrag ausgerichtet ist. - Um die Logik dieser Definition noch etwas zu unterstreichen, dürfen wir wohl darauf hinweisen, daß eine jede Bezeichnung um so klarer und unmißverständlicher ist, je genauer sie das Charakteristikum der Sache trifft. Also, wenn wir von Kapitalismus reden, wollen wir doch zum Ausdruck bringen, was diesem System im Gegensatz zu anderen denkbaren Systemen das Wesentliche ist. Wesentlich ist aber diesem System nur der Kapital-Ertrag, nichts anderes! - Ohne hier schon in eine kritische Betrachtung des Marxismus eintreten zu wollen, würde bei dieser Definition bereits zu beachten sein, daß der bei Karl Marx am häufigsten vorkommende Begriff „Profit“ nicht mit dem Begriff Kapital-Ertrag identisch ist, sondern in Bausch und Bogen, ohne Unterscheidungen Unternehmerlohn, Risiko-Ausgleich, Gewinn und Kapitalzins zusammenfaßt. Dieser ressentimentgeladene Begriff „Profit“ stellt also ein Konglomerat von verschiedenen Begriffen dar und ist für eine exakte Klärung der Dinge, wie wir noch sehen werden, einfach unbrauchbar. < Aus: DIE ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS UNTER BEIBEHALTUNG DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERBS / Ein Diskussionsbeitrag von Karl Walker /1954  
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/126.1.Karl.Walker.Die.Ueberwindung.des.Kap..pdf>  
Zur Person des Autors: [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Walker](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker)

auf einmal massenhafter Protest, übrigens auf beiden Seiten des Atlantiks? Das mittlerweile zu Tode gerittene Chlorhühnchen kann es ja wohl kaum sein. Auch die anstehenden Zumutungen beim Verbraucherschutz oder die privaten internationalen Schiedsgerichte, die es schon seit Jahrzehnten gibt, können für sich alleine wohl kaum erklären, warum TTIP immer stärker in die Kritik gerät.

Das sehe ich auch so. Bin aber der Ansicht, dass es nicht nur der drohende Demokratieverlust durch die angestrebten Abkommen sind, sondern dass sich hier ein Unbehagen über den Zustand unserer Gesellschaft, der Welt und die Orientierungslosigkeit der Politik ausdrückt. So wie der Mensch auch nicht immer weiß, wo die Ursachen liegen, wenn er sich körperlich unwohl fühlt, so ist das auch, wenn er sich gesellschaftlich unwohl fühlt. Bei dem Aufwand, der mit den Human- und Sozialwissenschaften getrieben wird, ist das doch verwunderlich. Dieses gesellschaftliche Unwohlsein, das sich bei vielen Bürgern auch in körperlichem Unwohlsein ausdrückt, wird durch die Flüchtlingswelle und deren Handhabung noch verstärkt. Und dieses Unwohlsein kann wie eine Staubwolke explodieren.<sup>17</sup> Wo bleiben die Handlungsanweisungen der Sozialwissenschaftler zur Vermeidung solcher Explosionen?

### **Der Zielkonflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie**

Warum versucht der Kapitalismus die Demokratie zu beschränken? Dahinter steckt im Kern ein klassischer Zielkonflikt. Ziel des Kapitalismus ist es, eine möglichst hohe Kapitalrendite zu erreichen. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass diese am höchsten ist, wenn der Staat günstige Bedingungen für Investitionen schafft. Dazu zählen unter anderem ein verlässliches und wirtschaftsfreundliches Rechtssystem, eine stabile Geld- und Währungsordnung, niedrige Steuern auf Kapitalerträge, Investitionen in Bildung und Infrastruktur und freie Märkte. In einer Demokratie geht es hingegen im Kern darum, den Willen des Volkes zur Richtschnur des politischen Handelns zu machen. Die meisten Menschen wollen zwar ein hohes Einkommen, gerne auch aus Kapitalvermögen, und haben somit durchaus ein Interesse an einer hohen Kapitalrendite. Aber sie wollen auch andere gesellschaftliche Ziele verwirklicht sehen, wie eine intakte Umwelt, bezahlbaren Wohnraum oder eine gute Absicherung im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif - und die Ressourcen für die Verwirklichung dieser Ziele müssen irgendwo aufgebracht werden.

Das ist mir zu ungenau formuliert. Selbstverständlich versucht das kapitalistische System (Es ist keine Wirtschaftsordnung, sondern ein Überlagerungssystem in Form des Privat- oder Staatskapitalismus, das die Wirtschaftsformen zu seiner Realisierung nutzt.) alles auszuräumen, was dem Ziel – eine möglichst hohe Rendite zu erreichen – hinderlich ist.

---

<sup>17</sup> [https://www.stahl.de/fileadmin/Dateien/download\\_publicationen/staubEX\\_d.pdf](https://www.stahl.de/fileadmin/Dateien/download_publicationen/staubEX_d.pdf)

Wenn das nicht so wäre, hätten wir wesentlich weniger Kriege. Das hängt aber auch nicht vom Willen der Kapitalisten ab, sondern es ist ein Systemdiktat. Aber im Grunde ist dem Kapitalismus die Staatsform und das Rechtssystem egal, solange das Verfügungsrecht über das Eigentum am Kapital und über die Rendite nicht gefährdet ist, dabei ist es egal, ob der Verfügungsberechtigte ein Milliardär ist oder nur ein Fondsverwalter. Dabei ist der Keinanleger genauso eine Stütze des Renditediktates wie der Großanleger. Da aber jegliche Rendite aus der Wertschöpfung der Arbeit finanziert werden muss, ist es eben interessant zu wissen, wer wieviel in den Renditetopf in Form von Zins und Dividende zahlt und wer wieviel erhält. Was die große Mehrheit der Bürger nicht weiß, dass es bei der Verrechnung von Soll- und Habenzinsen nur 10% Gewinner gibt und bei weiteren 10 % kommt ein Plus-Minus-Null heraus. Das heißt 80% der Bürger würden einen Zugewinn haben, wenn die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit werden könnte. Helmut Creutz hat über diese Zusammenhänge viel geforscht und Grafiken angefertigt. Nachzulesen in drei verschiedenen Auflagen von „Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ oder unter: [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de)

„ ... ein verlässliches und wirtschaftsfreundliches Rechtssystem, eine stabile Geld- und Währungsordnung ...“ sind viel mehr für die Marktwirtschaft als für den Kapitalismus erforderlich. Ich habe Beschreibungen aus der Zeit der großen Inflation zwischen den beiden Weltkriegen in Erinnerung, wo große Konzerne mit Hilfe des Staates hohe Kredite bekommen haben, damit Realgüter gekauft haben und dann die Kredite mit entwertetem Geld zurück gezahlt haben. Das kleine und mittlere Unternehmen ist viel mehr auf einen stabilen Rahmen (Datenkranz) angewiesen als Konzerne, die die Unsicherheiten leichter ausweichen oder kompensieren können.

Bei dem Thema Steuern ist auch mehr gedankliche Achtsamkeit gefordert. Es wird heute ja so getan, als sei der Staat gut und sozial, der möglichst viel Steuern erhebt. Befördert wird diese Vorstellung von der Annahme, man könne den Kapitalismus dadurch mildern, indem man dem einen etwas nimmt und dem anderen etwas gibt. Das Kapital stellt sich aber unter den gegebenen Bedingungen nicht zur Verfügung, wenn die Rendite ungenügend erscheint. Wenn der Staat die Rendite zu hoch besteuert, muss im nächsten Schritt das Kapital mit Subventionen aus der Verweigerungshaltung locken. Außer Verwaltungsaufwand – Spesen – ist dann nichts gewesen. Und hohe Steuern auf das Arbeitseinkommen – egal ob direkt oder

indirekt – haben die Wirkung einer Entmündigung des Bürgers. Ein sparsamer Staat ist also angesagt. Damit er das sein kann, muss er Reformen der Wirtschaftsordnung durchführen, damit sich die Sozialkosten, die durch Wirtschaftsstörungen verursacht werden, reduziert werden können.

Demokratie geht es hingegen im Kern darum, den Willen des Volkes zur Richtschnur des politischen Handelns zu machen.

Dieser Satz ist auch einer Diskussion wert. Dieser Text ist ja auch ein Klagelied darüber, dass bei uns der Volkswille nie richtig erfragt und respektiert wurde.

Ähnlich konfliktträchtig ist die Wettbewerbspolitik. Unternehmer wissen seit langer Zeit, dass Monopole oder Kartelle die Kapitalrendite erhöhen. Finanziert wird dies von den Konsument/innen, die höhere Preise für die Produkte der Monopolisten oder des Kartells zahlen müssen. Wohlstand für alle ist so nicht zu erreichen, wie Ludwig Erhard (erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland und Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler) in seinem gleichnamigen Buch dargelegt hat. Denn, so Erhard, der Wettbewerb begrenzt die Gewinne der Unternehmen, zwingt sie zu effizienter Produktion und hält die Preise niedrig. Vom Wettbewerb profitieren alle, außer den Monopolisten und Kartellmitgliedern, und wenn die Demokratie versucht, ein hohes Maß an Wettbewerb herzustellen, gerät sie mit ihnen in Konflikt.

Diese Passage ist der zusätzliche Beweis dafür, dass die Aussage von Attac >„Es ist Zeit für einen Kurswechsel weg von Konkurrenzdenken und Wettbewerb hin zu einer EU-Handelspolitik im Interesse der Menschen und ihrer Bedürfnisse“ ...< vorzunehmen, nicht richtig sein kann. Dass das Versprechen von Erhard „*Wohlstand für alle*“ nicht eingelöst wurde, liegt weniger an Erhard als sein politisches Umfeld. Wenn man in alten Quellen liest, stellt sich heraus, dass unter der Beteiligung von CDU/CSU und der FDP das Kartellrecht verwässert wurde und wesentliche Maßnahmen zum Funktionieren des Modells *Soziale Marktwirtschaft* nicht vollzogen wurden. Hinzu kommt, dass trotz unzureichenden Lastenausgleich für die Kriegsfolgen, die Zinslast, die die Arbeit zu tragen hat, aufgrund des noch geringen Kapitalstocks noch moderat war. Es wird immer wieder übersehen, dass das Nettoeinkommen der Bürger mit 30 bis 40 % Zinsen belastet sind, die von dem Publikum unbemerkt in den Preisen einkalkuliert wurden.

Von Mehr Demokratie e.V. erhielt ich folgende Nachricht:

Seit zwei Jahren kämpfen wir gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA - mit Erfolg! Insgesamt 3.263.920 Unterschriften haben wir gegen den Ausverkauf von Demokratie und Rechtsstaat gesammelt und am 10. Oktober mit vielen anderen eine Großdemo auf die Beine gestellt, an der 250.000



Menschen teilgenommen haben - ...:  
<https://www.mehr-demokratie.de/md-mitglied-werden.html#sthash.xFcT1yP1.dpuf>

und in einem E-Mail dazu wird ergänzt:

Doch all diese Anstrengungen reichen noch nicht aus: Die TTIP-Befürworter/innen stellen eigene Kampagnen auf die Beine. Unsere Demokratiebewegung muss größer werden, um dafür zu sorgen, dass die Stimmen der Bürger/innen ein höheres Gewicht erhalten! *Wir brauchen bundesweite Volksabstimmungen – dann kann die Bevölkerung über TTIP und CETA entscheiden und die Hinterzimmerpolitik durchkreuzen.*

Aber nicht nur TTIP und CETA sollten Gegenstand von Volksabstimmungen sein, sondern vor allem die Verfassung, die wir uns zu geben haben und auch die Frage, wie weit wir die Tore für Flüchtlinge aufmachen und auflassen – natürlich in jedem Fall mit einem ausführlichen Pro- und Kontra.

## 11. Einige Schlagzeilen und Meldungen aus Medien

Die nachfolgenden Schlagzeilen und Meldungen sind keine systematische Auswahl und auch nicht alles, was den Bürgern in diesen Tagen außer den Fernsehberichten vor die Augen kommt. Nicht zu vergessen sind die Radio-Berichte. Menschen, die den Flüchtlingen eine konkrete Hilfe sind, können durchaus so etwas wie ein Glücksgefühl erleben. Wenn ich das richtig einschätze, wird von der großen Mehrheit das Flüchtlingsthema als eine Bedrohung erlebt. Die meisten Schlagzeilen sind aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ), das ist keine Hervorhebung dieser Zeitung, sondern nur Ausdruck dafür, dass es unsere regionale Zeitung mit der Gebietsbeilage Leine-Zeitung (LZ) ist. Ich habe die Meldungen nach dem Erscheinungsdatum sortiert. An der ersten Schlagzeile in diesem Textabschnitt merkt man, dass die Meldungen nicht dem Beginn der Flüchtlingswelle starten. Viele Meldungen zum Thema sind bei mir schon im Papiercontainer gelandet, weil ich nicht gleich auf die Idee gekommen, die Dynamik des Geschehens in Form von Schlagzeilen darzustellen und andere Meldungen habe ich direkt im laufenden Text zitierend und kommentierend verwendet. Das Handelsblatt Morning Briefing kürze ich ab mit HBMB.

Am Beginn der Flüchtlingswelle hatte ich von der Berichterstattung der Medien über dieses Thema – wie ich wohl schon gesagt habe – den Eindruck, sie sei direkt von der Presseabteilung des Kanzleramtes mit dem Ziel gesteuert, die Bürgerinnen und Bürger auf die Linie der

Kanzlerin einzustimmen, wobei mir bis heute nicht klar ist, ob die Bundeskanzlerin selbst die Lenkende oder die Gelenkte ist.

Am 6. Oktober war in der HAZ von Heiko Randermann unter der Schlagzeile > „Journalismus konstituiert die Demokratie“ < u. a. folgendes zu lesen:

Medien und Justiz kontrollieren Politiker, doch von wem werden Medien und Justiz kontrolliert? Altbundespräsident Christian Wulff sprach gestern Abend bei der Konrad-Adenauer-Stiftung im Schloss Herrenhausen mit dem ehemaligen Kanzleramtschef und Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe Bodo Hombach über öffentliche Verantwortung, Hetzjagden, Qualität in den Medien und die Macht der Affäre. ...

Und zum Ende hin heißt es mit einem Zitat von Christian Wulff beginnend:

„Ich hätte mir gewünscht, dass ein paar wenigstens sich gefragt hätten, ob das denn alles so sein kann“, sagte er über seine Erfahrungen. Offenbar könne sich jetzt auch keiner mehr daran erinnern, wie sehr Martin Winterkorn noch vor zwei Monaten in den Himmel gelobt worden sei, fügte Wulff schmunzelnd hinzu.

„Ich habe skandalisiert, und ich wurde skandalisiert“, so drückte sich Hombach aus. Er habe als Wahlkämpfer nicht immer daran gedacht, „den Journalisten die reine Wahrheit zu sagen“ und sei später auch hart angegriffen worden. Am Ende gebe es aber nichts in der Politik, das so disziplinierend sei wie die Angst, dass etwas enthüllt werden könnte, befand Hombach. „Der investigative Journalismus ist damit konstituierend für unsere Demokratie.“ Journalismus dürfe nicht zensiert werden – genau deshalb müssten die Medien aber auch über neue Formen der Selbstkontrolle nachdenken.

In der Ausgabe der HAZ vom 14. Okt. steht ein Bericht von Ulrike Simon mit dem Titel **„Ein Hoffnungsträger namens Leser – Wer finanziert guten Journalismus? Experten diskutieren Erlösmodelle für Medien“**. Das Abwandern von Werbekunden und Abonnenten macht den Printmedien ja zu schaffen, das liegt aber nicht nur daran, dass es das Internet gibt, sondern hat mit den Massenmedien selbst zu tun, die von den Adressaten zu oft als Manipulateure empfunden wurden und werden. Der Schlussabsatz von Ulrike Simon lautet:

Die Teilnehmer waren sich einig: Die beste Aussicht, Journalismus zu finanzieren, scheint der aufgeklärte Leser zu bieten. Derjenige also, der einen seriösen, gegen Propaganda, verdeckte Werbung und Banalitäten geifeiten Journalismus sucht. Wo sich Journalismus als werthaltig erweise, gebe es Hoffnung auf Zahlungsbereitschaft: ob gedruckt oder online, im Abonnement oder am Kiosk, für einzelne Artikel oder das komplette Angebot. Am Ende blieb also die Frage, wie der Rezipient erkennen könne, was in der Flut von Medien und überall erhältlichen Informationen guten von schlechtem Journalismus unterscheidet. Übereinstimmend fanden Ruß-Mohl und Prinzing: durch das Vermitteln von Medienkompetenz. In Schulen sowieso, aber auch durch Medienjournalismus, der erklärt, wie Redaktio-

nen, Verlage, Sender funktionieren und nach welchen Kriterien sie arbeiten. Eine solche Aufklärung kann aber nur fruchten, wenn auch ständig die Spannungen zwischen Geldgeber und Verleger, zwischen Verleger und Redaktionen, zwischen Redaktionsleitungen und Redakteuren, zwischen interner und externen Mitarbeiter thematisiert wird. Und da die sachliche Richtigkeit und Objektivität von Berichten über Ereignisse und Vorgänge nicht mit dem Zollstock gemessen werden können, müssen auch konkurrierende oder sich widersprechende Darstellungen eines Vorganges auf ein und derselben Seite stehen können. Die Redaktion hat nicht die Aufgabe, dem Leser die „richtige Sicht“ aufzuzwingen. Die Stellung des Leserbriefschreibers ist in den Printmedien schon durch das Netz verbessert worden, ist aber weiter ausbaufähig. Die Anzahl der Leserbrief-Eingänge zu den Artikel sollte benannt werden und die Auswahlkriterien für die Veröffentlichung sollte transparent sein. Neben den oben erwähnten Bericht ist der Hinweis auf einen Film zu lesen:

**An den Grenzen des Rechtsstaats** / ARD-Film „Unterm Radar“ warnt vor Behördenwillkür Von Klaus Braeuer. Es geht um die Eingriffe in die Bürgerrechte bei Verdächtigungen mit Terroristen in Verbindung zu stehen. Diese Eingriffe in die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG als normal zu finden, wird dem Publikum ja fast mit jedem Krimi eingepägt. Und wenn man die Einschränkungen in Ziffer (3) des Artikels liest, fällt es einem schwer zu beschreiben, wo denn die Ziffer (1) noch gelten soll. Und die Wirkung von Ziffer (2) dürfte auch sehr begrenzt sein, weil die Sicherheitskräfte jeden Vorgang so beschreiben können, das der Richter nicht wagen wird ein Nein auszusprechen. Die Eingriffe der Sicherheitskräfte werden sich aber automatisch mit dem Zuzug von so vieler Fremder vermehren.<sup>18</sup>

---

18 Nachtrag: Ich habe mir den Film angesehen und danach die Sendung mit Anne Will zum gleichen Thema. Ich denke bei der Konfliktlage in der Welt ohne ein tragbares Befriedungsprogramm wird a) der Terrorismus sich noch steigern und b) unabhängig davon wird aufgrund der vielen Fremden, die in das Bild vom Terroristen passen, die Angst vor dem Terrorismus ebenfalls wachsen. c) Beide Trends sind dann Anlass, den Sicherheitsapparat weiter auszubauen. Zwangsläufig wird das, was im Film nur eine Erzählung ist, für zahlreiche Bürger eine erschreckende Wirklichkeit werden.

[http://www.ardmediathek.de/tv/FilmMittwoch-im-Ersten/Unterm-Radar/Das-Erste/Video?](http://www.ardmediathek.de/tv/FilmMittwoch-im-Ersten/Unterm-Radar/Das-Erste/Video?documentId=31101816&bcastId=10318946)

[documentId=31101816&bcastId=10318946](http://www.sueddeutsche.de/medien/ard-film-unterm-radar-monster-aus-heimlichkeiten-1.2690458)

<http://www.sueddeutsche.de/medien/ard-film-unterm-radar-monster-aus-heimlichkeiten-1.2690458>

[14.10.15 | 21:45 Uhr /nKampf dem islamistischen Terror - Wie weit darf der Staat gehen?](http://www.sueddeutsche.de/medien/ard-film-unterm-radar-monster-aus-heimlichkeiten-1.2690458)

[Wie weit darf ein Rechtsstaat gehen, um seine Bürger vor Terrorangriffen zu schützen?](http://www.sueddeutsche.de/medien/ard-film-unterm-radar-monster-aus-heimlichkeiten-1.2690458)

[Darüber diskutiert Anne Will im Rahmen des ARD-Themenabends "Grundrechte im Angesicht des Terrors". | \*\*video \(60:07 min\)\*\*](http://www.sueddeutsche.de/medien/ard-film-unterm-radar-monster-aus-heimlichkeiten-1.2690458)

## **Und jetzt zu den Berichten und Schlagzeilen:**

Leitartikel

### **>> Ein Land der Helfer und Hetzer**

Von Marina Korbaki

Ein Spalt zieht sich in diesem Sommer quer durch Deutschland. Er gründet in der Frage nach dem richtigen Umgang mit Menschen, die jetzt zu Hunderten in der Hoffnung auf Schutz deutschen Boden betreten. Es ist eine Frage, die das Selbstverständnis der Deutschen berührt: Verpflichten Wohlstand und Sicherheit zur großzügigen Hilfe gegenüber Flüchtlingen? Andererseits: Wie viel Hilfe ist möglich, ohne Wohlstand und Sicherheit zu gefährden?

Kontrovers diskutierte Fragen hat es in den zurückliegenden 25 Jahren viele gegeben. Seit dem Mauerfall jedoch war das Weltgeschehen nicht derart sichtbar im Alltag der Deutschen wie jetzt, da sich Familien beim Picknick im Park die Wiese mit kriegsmüden Syrern teilen. Die Flüchtlingsfrage ist keine theoretische, sondern verlangt nach einer Antwort, hier und jetzt. Doch die Politik macht einen hilflosen Eindruck.

Viele Bürger spüren, dass dieser gefühlte Höhepunkt des Flüchtlingszustroms erst der Beginn einer viel größeren Bevölkerungsverschiebung sein könnte. Und sie reagieren: mit Anteilnahme oder Angst, mit Hilfsbereitschaft oder Hass. Entsprechend zwiespältig ist das Bild, das die Bundesrepublik in diesen Tagen vermittelt: Da sind die vielen ehrenamtlichen Helfer, die ihre Sommerferien jungen Syrern, Irakern und Eritreern widmen, ihnen Deutsch beibringen oder sie sogar bei sich zu Hause aufnehmen.

Auf der anderen Seite sind da die vielen Hetzer, die Flüchtlinge überfallen oder ihre Unterkünfte attackieren, beinahe täglich. Die das Internet fluten mit widerlichen Kommentaren und sich dabei auf die Meinungsfreiheit berufen. Hetze ist eine inzwischen reflexhaft vorgebrachte Reaktion auf Berichte über Flüchtlinge, wie ARD-Moderatorin Anja Reschke kürzlich in den „Tagesthemen“ bemerkenswert kritisch feststellte – um anschließend auf ihrer eigenen Facebook-Seite durch hasserfüllte Kommentare scrollen zu dürfen.

Es scheint, als gäbe es zwei Deutschlands: ein leises, mitfühlendes – und ein lautes, aggressives. Zwei Parallelwelten, deren Bewohner bisher noch keinen Weg gefunden haben, ins Gespräch zu kommen, miteinander sachlich zu verhandeln, in was für einer Gesellschaft sie leben wollen, heute und in Zukunft. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Wertedebatte. Mutig, selbstbewusst und laut geführt von all jenen, die es für eine Selbstverständlichkeit erachten, Menschen in Not die Hand zu reichen. <<

HAZ 8. August 2015

Leserbrief zum

### **Leitartikel "Ein Land der Helfer und Hetzer" Von Marina Korbaki vom 8. 8. 2015**

Sehr geehrte Frau Korbaki,  
ich bin erst heute (20.8. 2015) durch einen Leserbrief-Schreiber auf Ihren Leitartikel aufmerksam geworden. Der Leser Günter Ungethüm wirft Ihnen vor, die Deutschen nur in Helfer und Hetzer aufzuteilen und keine Position der Mitte zuzulassen. Da ich auch gerade einen Text zum Thema geschrieben habe, habe ich mir die Ausgabe der HAZ vom 8. 8. nochmals vorgenommen und Ihren Artikel gelesen. Anfangs dachte ich, was hat Herr Ungethüm denn,

M.K. schreibt doch differenziert. Ab dem dritten Absatz beginnt dann die Aufteilung in die Guten und die Bösen. Eine solche Betrachtungsweise wird dem Problem nicht gerecht. Und wozu gehören die Journalisten und Redakteure, die die aufkommende Bedrohung über Jahrzehnte nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten und heute sich zum Sprachrohr jener Politiker machen, die da posaunen: "Seid brav und helft, dann verflüchtigt sich das Problem!" Ich weiß auch nicht, ob ich die Problemlage besser beschrieben habe, kann nur sagen. "Ich habe mich bemüht." Ich hänge meinen Text als PDF-Datei an und dann noch einen Text, der sich mit der Flüchtlingssituation nach dem zweiten Weltkrieg befasst. Da die meisten HAZ-Mitarbeiter diese Zeit nicht erlebt haben dürften, sollten Sie solche Texte lesen, um einen Vergleichsmaßstab zu haben. Ansonsten wünsche ich Ihnen Ausdauer und Mut in dem schwierigen Geschäft der Nachrichtenvermittlung und Meinungsäußerung. Ich denke mir, dass dieses ein stetiges Ringen um eigene Einsichten ist und ein Kampf mit der Redaktion, die gewonnene Einsicht auch gelten zu lassen.

Es grüßt Tristan Abromeit

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/139.Fluechtlingspolitik.pdf>

Der Link für die zweite Datei ist im Text 139 Flüchtlingspolitik enthalten.

ooooo

### ***Refugees Welcome Die menschliche Merkel***

Gerade noch galt sie als eiserne Lady, die Griechenland kaputt spart, nun ist sie die menschliche Merkel, die Flüchtlinge willkommen heißt. Dabei hat Angela Merkel lange gezögert, sich zur Flüchtlingspolitik zu äußern.

Stand: 07.09.2015

Rund 20.000 Flüchtlinge aus Syrien und Afrika sind in den letzten Tagen in München angekommen. Viele von Ihnen tragen Angela Merkel auf Händen - als Plakat, als zerknitterte Fotografie, als Heilsbringerin:

"Wir sind eine Wertegemeinschaft, und die Genfer Flüchtlingskonvention ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil dieser Wertegemeinschaft."

Angela Merkel am 3. September 2015

Heißt abgekürzt: Herzlich Willkommen in Deutschland. Lange hat Merkel gebraucht, um sich zur aktuellen Situation zu äußern. Sehr lange. So lange, dass mancher auf Facebook schon dachte, dass nicht Angela Merkel, sondern Til Schweiger Kanzler von Deutschland ist und darüber der Twitter-Hashtag #merkelschweigt zum Trend wurde. Dann hat die Kanzlerin ihr Schweigen endlich gebrochen:

"Ich glaube, in der augenblicklichen Situation ist es offensichtlich, dass die auf dem Papier stehende europäische Asylpolitik nicht funktioniert."

Angela Merkel am 3. September 2015

Laut geltendem Asylrecht hätte Deutschland die meisten Angekommenen prompt wieder an die Außengrenzen der EU zurückgeschickt. Dass Merkel diese spontan revidiert, bringt der deutschen Bundesregierung viel Lob ein. Sogar aus Italien und Griechenland gibt es dafür warme Worte.

"Offene Türen und Applaus für die Flüchtlinge"

Corriere della Sera

"[Die] Wiederentdeckung europäischer Werte. (...) Die Gesichter erleuchtet vom Lächeln, gebadet in Freudentränen."  
La Repubblica

"Kanzlerin Merkel wird gefeiert für ihre moralische Haltung und Führungsstärke." New York Times

Quelle: <http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/politik-gesellschaft/refugees-welcome-merkel-deutschlandbild-100.html>

00000

### **“Menschen in Deutschland nicht vernachlässigen“**

Auf dem Parteitag des SPD-Bezirks Hannover spricht Sigmar Gabriel Dinge aus, die nicht jeder Sozialdemokrat hören möchte.

... „Deutlich warnt Gabriel in Hildesheim auch die eigenen Leute, die Flüchtlingsfrage nicht zu schwärmerisch zu betrachten. „Das schlimmste, was wir jetzt tun können, ist, den Flüchtlingen zu helfen und die Leute in Deutschland zu vernachlässigen.“

HAZ.14. 9. 2015

00000

... **der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge tritt zurück**; der Chef der Bundesanstalt für Arbeit wird im Gegenzug zum Flüchtlingskoordinator ernannt. So fällt keinem auf, dass der eigentlich zuständige **Innenminister Thomas de Maizière** die Erwartungen - auch die der **Kanzlerin** - derzeit nicht erfüllt. Er beobachtet, er kommentiert, er tritt an den Krisenherden auf und wieder ab. Nur Führen tut er nicht. De Maizière ist Komparse in einem Stück, in dem er eigentlich Regie führen sollte.

HBMB 19.09.2015

00000

### **Land prüft Enteignungen zur Unterbringung der Flüchtlinge**

Es geht um leer stehende Häuser und Wohnungen, die niemand nutzt

Und im Leitartikel „**Wer hilft den Helfern?**“ von Jörg Kalmeyer heißt es:

... „Die viel beschworene Bürgergesellschaft war der Politik in der Flüchtlingskrise bisher immer einen Schritt voraus. Viele Deutsche, so scheint es, haben die Notwendigkeiten, die von der Fluchtwelle ausgehen, früher erkannt und vor allem akzeptiert als die Verantwortlichen in den Parlamenten und Behörden.“ ...

HAZ 21. 9. 2015

00000

### **Um die 10 Milliarden Kosten zu stemmen Vorschlag von Biedenkopf: Kommt jetzt ein Soli für Flüchtlinge?**

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf fordert einen neuen Solidaritätszuschlag – und zwar, um die Kosten der Flüchtlingshilfe zu stemmen. Brüderle, Stegner, Bartsch: FOCUS Online hat bei Politikern nachgefragt, was sie von der Idee des CDU-Politikers halten. Vor allem bei seinen eigenen Parteikollegen stößt der Vorschlag auf Ablehnung.

Der Flüchtlingsstrom stellt Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Die Experten des Münchner Ifo Instituts rechnen damit, dass dem Staat durch den Zuzug Mehrkosten von zehn Milliarden Euro entstehen. ...

Montag, 21.09.2015, 19:54 · von FOCUS-Online-Redakteur [Joseph Hausner](#)

00000

### **Europa verteilt Flüchtlinge neu**

Innenminister einigen sich auf Quoten - gegen Widerstände von vier Ländern

HAZ vom 23. 09. 2015

00000

### **Weil verlangt 6 Milliarden für Flüchtlinge**

Hannover. Vor dem anstehenden Flüchtlingsgipfel in Berlin hat Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) deutlich mehr Unterstützung vom Bund gefordert.

„Wir brauchen eine pauschale Kostenerstattung pro Flüchtling“, sagte Weil der HAZ.

Insgesamt bräuchten die Länder deutlich mehr Geld: „Mindestens 6 Milliarden Euro“

müssten es schon sein, sagte Weil. ...

HAZ vom 23. 9. 2015

00000

### **Kommunen bekommen mehr Geld für Flüchtlinge**

Betreuung kostet 10 000 Euro pro Person und Jahr / Niedersachsen plant 25 000 Notunterkünfte bis 2016 / Vor dem Treffen im Kanzleramt

HAZ vom 23. 9 2015

00000

### **Auf der lukrativen Seite der Not**

Mehr Asylbewerber, höhere Preise? Viele Unternehmen machen mit der Krise der Flüchtlinge und der Kommunen das Geschäft ihres Lebens HAZ 24. 9. 2015

00000

### **EU-Kollegen attackieren Merkel**

„Berlin trägt dazu bei, dass das System kollabiert ist“: EU-Kommissar Avramopoulos ... Aber wie stoppt man den Flüchtlingsstrom aus den Lagern in der Türkei, Jordanien und dem Libanon? Dort leben nach Schätzung der UN inzwischen rund fünf Millionen Flüchtlinge -

„unter unvorstellbaren Bedingungen“ ...

HAZ 24. 9. 2015

00000

### **Putin will Syriens Diktator Assad „retten“**

Kremelchef rechtfertigt russischen Militäreinsatz

HAZ 26. 9. 2015

00000

### **„Wir stoßen an Grenzen des Möglichen“**

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann über die Flüchtlingshilfe – und den schwersten Job  
in der Regierung  
HAZ 26. 9. 2015

00000

Vor und hinter den Kulissen der **Union** wird ein **erbitterter Streit** um die **Flüchtlingspolitik der Kanzlerin** geführt. CSU-Chef Horst Seehofer nennt die wiederholten Willkommensgesten der Kanzlerin einen „Fehler, der uns noch lange beschäftigen wird.“ Indirekt macht er sie für den weiter anschwellenden Flüchtlingsstrom nach Deutschland **verantwortlich**.

Nun ist der politische Kopf der „FAZ“, der allseits geschätzte Kollege Volker Zastrow, der Kanzlerin am Wochenende mit einem wuchtigen Artikel beigesprungen. Er setzt **Merkels Symbolik** auf eine Stufe mit dem **Kniefall des SPD-Kanzlers Willy Brandt** im Warschauer Ghetto. Doch dieser historische Vergleich hinkt nicht nur, er lahmt. Dazu drei Anmerkungen:

Erstens: Der Kniefall symbolisierte den **Schlusspunkt unter der Schuldfrage** des Weltkrieges und der NS-Herrschaft. Merkels Geste dagegen ist ein Eröffnungsspielzug im **globalen Flüchtlingspoker**.

Zweitens: Brandts Symbol war Teil einer **Entspannungspolitik**, die sich zu diesem Zeitpunkt längst in der Umsetzung befand. Die Rede „Wandel durch Annäherung“ war sieben Jahre alt, der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag lag nahezu unterschrittsreif vor. Politik und Pose passten zueinander. Merkel dagegen verfügt bis heute über **keinen Plan**, wie sich Millionen von Zuwanderer in das deutsche Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftssystem **integrieren** lassen. Brandt lieferte. Sie dagegen übernimmt eine Verantwortung, die sie womöglich nicht tragen können.

Drittens: Brandt besaß für sein Tun eine **politische Legitimation**. Für die Idee einer Ost-West-Entspannungspolitik hatte er Wahlkämpfe - erst in Berlin, dann in Bonn - geführt und gewonnen. **Merkels Willkommensgesten** hingegen bedeuten für das Land eine **historische Wende** in der Einwanderungspolitik, über die sie mit niemandem - nicht in Europa, nicht in der Führung der Union, nicht im Bürgertum - gesprochen hat. Brandt betrieb Politik mit Volk, sie ohne.

Fazit: Das hier Gesagte spricht nicht gegen die mitfühlenden Gesten der Kanzlerin. Aber es spricht gegen deren historische Überhöhung. Vision und Illusion sind nun mal keine Geschwister.

Aus:

HBMB 28 9. 2015

00000

... „**Wir haben die Ehre Europas gerettet**“ Finanzminister Wolfgang Scheuble über Mut in der Flüchtlingskrise, ... Interview

**Wann wird aus dem Solidaritätszuschlag für den Aufbau Ost ein Solidaritätszuschlag für die Integration der Flüchtlinge? Wenn die „schwarze Null“ in Gefahr ist?** Die größte Aufgabe der Politik ist jetzt die Bewältigung der Flüchtlingsfrage. Das hat absolute Priorität. Wir wollen das hinbekommen, wenn möglich ohne neue Schulden. Die schwarze Null ist doch kein Fetisch. Der Solidaritätszuschlag war bezogen auf die gemeinsame Verantwortung aller Deut-



schen, die Lasten der Teilung zu überwinden. Wenn uns die Steuereinnahmen eines Tages für die Bewältigung unserer Aufgaben aus welchen Gründen auch immer nicht reichen sollten, müssten wir neu überlegen. Aber es gibt überhaupt keinen Grund, jetzt über Steuererhöhungen nachzudenken. ...

HAZ 1. 10. 2015

00000

**1,5 Millionen Flüchtlinge? Neue Zahlen beunruhigen die Politik** / Bundesregierung hält sich bedeckt / GEW: 25 000 Lehrer zusätzlich nötig

HAZ 6. 10. 2015

00000

**„Willkommensklasse“ - und dann?** / Auf die Schulen kommt jetzt Großes zu: sie müssen Hunderttausende Flüchtlingskinder integrieren. Wie soll das gehen?

HAZ 6. 10. 2015

00000

**Platz für Flüchtlinge – und eine Zukunft mit „Flugdach“** / Dem Maritim-Hotel am Neuen Rathaus stehen wechselvolle Zeiten bevor: Die Stadt will dort schon in einigen Wochen bis zu 500 Asylbewerber unterbringen. Frühestens in 18 Monaten beginnt dann der Umbau des Hotels - geplant sind eine Fassade mit viel Glas und eine Sky-Lounge unterm Wellendach.

HAZ 6.10. 2015

00000

### **Die Grenzen der Belastung**

In Friedland wächst der Unmut über die Überbelegung des Lagers

„Es sind einfach zu viele.“

HAZ 10. 10. 2015

00000

### **Stadt kauf Villa für Flüchtlinge**

1,6 Millionen Euro Kaufpreis für Haus in Bemerode – mit Platz für 16 minderjährige Flüchtlinge / Politiker: „Kosten in keinem Verhältnis“

HAZ 10.10. 2015

00000

**Merkels wichtigster Helfer ist Seehofer** / ... Angela Merkel wird zwar im In- und Ausland bejubelt wegen ihres beeindruckend kämpferischen Einsatzes für eine riskante Politik zur Veränderung Deutschlands. Doch in der Union machen da viele Mitglieder emotional nicht mit. Gut für die Union, dass es Seehofer gibt. Die CDU-Chefin spürt: Leisten kann sie sich ihre mutige politische Linie nur deshalb, weil auf die CSU Verlass ist. ...

HAZ 10.10.2015

00000

### **Zerreißt die Flüchtlingskrise das Land?**

Bayern will gegen Merkel Klage einreichen / Lager in Niedersachsen sind vielfach überfüllt / Celle hängt Grundgesetz auf Arabisch in Unterkünften auf.

HAZ 10./11. 10. 2015

00000

### **In den Laboratorien des Miteinanders**

„Alle Macht den Städten?“ Die Hannah Arendt-Tage reflektieren Chancen der Urbanität –  
und die Not der Flüchtlinge

HAZ 12. 10. 2015

00000

### **Flüchtlinge müssen auch den Winter über im Zelt campieren**

Unterkünfte sollen gegen kalte Temperaturen nachgerüstet werden

„Müssen Standards ständig weiter abgesenken“

HAZ 12. 10. 2015

00000

### **SPD sucht ihre Linie in der Asylkrise**

Sigmar Gabriel will seine Partei in die Mitte rücken – und dabei jene mitnehmen, die „Angst  
vor Migranten“ haben

HAZ 12. 10. 2015

00000

**Flüchtlinge 1:** Angesichts der dramatischen **weltweiten Wanderungsbewegungen** - über 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht - will die internationale Gemeinschaft Milliarden investieren. Die Vereinten Nationen, die Weltbank und die Islamische Entwicklungsbank planen die Ausgabe von "**Flüchtlingsanleihen**", mit denen in den Herkunftsregionen verhindert werden soll, dass sich weitere Millionen in Bewegung setzen. Im Interview mit unserer Zeitung erläutert **David Lipton**, Vize-Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Folgen der Völkerwanderung für die Weltwirtschaft.

**Flüchtlinge 2:** In der Union brodelt es nicht nur, es kocht. **CSU-Chef Horst Seehofer** machte am Wochenende erneut deutlich, dass er von der Regierungschefin ein klares Wort zur nur **begrenzten Aufnahmefähigkeit** Deutschlands erwarte. Der CSU-Vorsitzende ist dafür nicht zu tadeln, er betätigt sich lediglich als Sendbote der Wirklichkeit. Die Kanzlerin dagegen reagiert mit einer Sturheit, als habe man ihr die gesamte **Mecklenburgische Seenplatte** vor die Stirn genagelt. Merkels gefährlichster Gegner ist derzeit nicht Seehofer, sondern **Merkel**.

HBMB 12. 10.2015

00000

### **Orientierungshilfe für die Helfer**

Land schaltet weiteres Portal für ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit frei /  
Ehrenamtliche Helfer erwarten eine professionelle Begleitung

HAZ 13. 10. 2015

00000

**Finanzminister Schäuble** hat eine Diskussion über die richtige Höhe der **Flüchtlingsgelder** eröffnet. Gleichzeitig hält **Unionsfraktionschef Kauder** die Errichtung von Stacheldraht-gesicherten **Transitzonen** für begrüßenswert. So schnell kann sich in Berlin der Wind drehen:

Die Entscheidung des norwegischen Komitees, den Friedensnobelpreis nicht an **Angela Merkel** auszuliefern, hat die Kanzlerpartei zurück auf den Boden der Tatsachen geholt. Merkel muss die **Wahlen** jetzt wieder in Deutschland gewinnen; die Flucht nach Oslo bleibt ihr verwehrt.

HBMB 14.10.2015

00000

### **Syrer protestieren gegen Unterbringung**

Flüchtlinge weigern sich zunächst, Räume in Turnhalle zu beziehen –  
Wurden ihnen Wohnungen versprochen?

LZ / HAZ 14. 10. 2015

00000

### **An der Bunsenstraße soll modular für Flüchtlinge gebaut werden**

Anrechnung der Luttmerser Flüchtlinge entspannt die Situation ...

### **Sportvereine sorgen sich um Hallensituation**

Verhandlungen zur Förderung stehen an.

Neustädter Zeitung 14. 10. 2015

00000

... ein sicherer Kandidat für den „Satz des Jahres“ ist: „Wir schaffen das“ (Angela Merkel). Ihre Gegner variieren diese Ankündigung zur Flüchtlingsfrage von Tag zu Tag, und die Kanzlerin selbst fügt inzwischen zwei Worte an: „**Wir schaffen das nicht allein**“. So jedenfalls erklärte sie den Stand der Dinge am Mittwochabend bei ihrem Auftritt vor **1000 ost-deutschen CDU-Mitgliedern** in Schkeuditz, der Flughafenstadt vor den Toren von Leipzig.

Merkel will sich bei den heutigen Beratungen der Staats- und Regierungschefs der EU für eine **faire Aufgabenteilung** in Europa einsetzen. In Schkeuditz antwortete sie den Kritikern im Saal, die von „nationaler Katastrophe“ und „Versagen“ reden: „Ich kann keinen Zaun versprechen, durch den kein Flüchtling mehr kommt.“ Das **Großthema Asyl** strapaziert die Union so sehr wie die Genossen von der SPD: Dort trat **Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper** jetzt aus der Partei aus. Er fühlt sich mit seinen Warnungen vor den Belastungen im Land und in den Kommunen von der **SPD-Landesleitung** nicht ernst genommen.

HBMB 15. 10. 2015

00000

### **Land zwingt Kommunen zur Aufnahme von Flüchtlingen**

4000 Menschen werden jetzt direkt verteilt / Pistorius: „Das ist die letzte Option“

HAZ 15. 10. 2015

00000

### **Gezielte Hilfe für Flüchtlingshelfer**

Früherer Fachbereichsleiter-Chef Sbresny leitet neue Servicestelle der Stadt

HAZ 15. 10. 2015

00000

### **Zahlt Stadt überhöhte Mieten?**

Verwaltung sucht Flächen für Flüchtlinge – Vermieter kündigt Alleinerziehenden Wohnung.

LZ / HAZ 15. 10. 2015

00000

**Wohin steuert Bundeskanzlerin Angela Merkel? Die Flüchtlingspolitik beschäftigt die HAZ-Leser / Drei Leserbriefe dazu aus der Ausgabe vom 15. 10. 2015**

TA / Flüchtlinge, Hilfe - 51 - Hilflosigkeit, Verfassung

„Wir schaffen das“: Bundeskanzlerin Merkel gibt in der Flüchtlingskrise die Linie vor.

### **Demokratische Rechte nicht nehmen lassen**

Zum Artikel „Merkels wichtigster Helfer ist Seehofer“ vom 10. Oktober:

Die aktuelle Bundesregierung, allen voran Angela Merkel, pflügt durch Entdemokratisierung, Willkür und Verantwortungslosigkeit den Boden für Destabilisierung, Chaos und Extremismus. Von wo der Extremismus dann kommt, wird sekundär sein. Wer mit Maß und Verantwortung hilft, der tut Gutes und handelt moralisch, wer ein Schiff so gewissenlos und verantwortungslos überlädt, dass das gesamte Schiff sinkt, handelt zerstörerisch und verbrecherisch.

Solche verantwortungslosen Menschen haben es nicht verdient, hohe Diäten zu bekommen, die von der Arbeit der steuerzahlenden Bevölkerung finanziert werden. Sie sind laut Eid verpflichtet, dem Wohle der gesamten Gemeinschaft zu dienen und nicht das Chaos zu schüren und das Schiff aktiv gestaltend zu versenken.

Ein Helfer, der vor lauter Helfersucht und Überforderung sich selber und andere in Not und Elend stürzt oder gar umbringt, ist ein gefährlicher Narr, kein Samariter. Seine Absicht mag edel sein, das Ergebnis katastrophal. Selbstüberschätzung und moralischer Größenwahn ist der Beginn jeglicher Zerstörung. Wäre es nicht an der Zeit, dass die Bürger dieses Landes aus ihrer Geschichte lernen und sich nicht im selbstherrlichen Alleingang zum Messias der Welt erklären? Oder sind viel zu viele Deutsche noch so in Schuld und Selbsthass verstrickt, dass sie aus dieser untherapierten Seelennot heraus billigend in Kauf nehmen, Chaos und Zerstörung durch Überforderung zu ernten? Wie weit muss das Schuldgefühl gehen?

Es kann nicht nur ein Problem der Bundeskanzlerin sein. Anderenfalls müssten in einer parlamentarischen Demokratie auch mal andere aufstehen und eine Kurskorrektur vornehmen. Hat ein einzelner Mensch das Recht, selbstherrlich Entscheidungen solch kolossaler Tragweite teilweise Gesetze brechend zu treffen, ohne jegliche Korrektur? Wie kann es sein, dass ein Volk, das ständig von demokratischen Rechten spricht, dermaßen leichtsinnig sich diese aus der Hand wegnehmen lässt? Ich verstehe es nicht.

Hannover Alfredo Ihl Dausend

### **Es gibt viel zu verbessern – aber wir werden es schaffen**

Der Bayerische Löwe brüllt? Wohl eher nicht, es ist nur noch ein verschämtes Hüstel zu vernehmen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer wandelt auf den Spuren von Franz Josef Strauß, ohne dessen Cleverness zu besitzen!

Merkels Satz – Wir schaffen das! – wird sich Seehofer, wie viele interne und externe Kritiker auch, sehr bald zu eigen zur Asylpolitik Merkels gibt. Merkel ist ganz pragmatisch und sagt, wir werfen einem Ertrinkenden erst einen Rettungsring zu und danach lehren wir ihn das Schwimmen.

Bayern wird seine Grenze, etwa 800 Kilometer, nicht allein abriegeln können; und der Bundesgrenzschutz darf es nur auf Befehl der Bundesregierung. Die aber ist nicht so bescheuert, dass sie etwas anordnet, was nicht den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Jeder, der wie Seehofer meint, das Verfassungsgericht anrufen zu müssen, sollte sich mal schlau machen, wie lange Verfahren, auch beschleunigte, vor dem BVG dauern – vermutlich sind dann viele Asylanten wieder auf der Heimreise. Nein, Deutschland hat nicht die Absicht, eine neue Mauer zu errichten. Um das zu kapierten, braucht man nur geringe Kenntnisse der Geografie ...

Natürlich gibt es auf allen Ebenen vieles zu verbessern, und die spontane Hilfe der Bevölkerung wird nicht ewig weiterlaufen können – aber eines ist sicher: Wir werden es schaffen, wir werden es schwer haben, wir werden auch vieles falsch machen, aber wir werden es schaffen, da bin ich sicher. Wir haben schon viel schwierigere Probleme gelöst. Aber wir werden es auch schaffen, den EU-Ländern, die sich jetzt in die Büsche schlagen, irgendwann die Rechnung zu präsentieren, da sollte sich keiner einer Illusion hingeben. Die Rechnung kommt, wir legen sie nur aus!

Langenhagen Michael Mehler

### **Den Kernaufgaben widmen**

Zum Artikel „Zerreißt die Flüchtlingskrise das Land?“ vom 10. Oktober:

Mit großem Erstaunen habe ich die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel im ARD-Interview bei Anne

Will aufgenommen, man könne die Grenzen nicht schließen – das heißt wohl, man könne die Grenzen rechtlich und praktisch nicht schließen. Dazu möchte ich der Kanzlerin ins Bewusstsein rufen, dass die Sicherung von Staatsgrenzen seit alters zu den wesentlichen Kernaufgaben einer Staatsführung gehört. Staatsgebiet mit seinem Schutz ist ein Wesenselement des Staates. Mit ihrem Amtseid hat sie geschworen, dass sie ihre „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen ...“ wird. Zu diesen Amtspflichten gehört ganz wesentlich der verfassungstreue und gesetzmäßige Schutz mit wirksamer Kontrolle unserer Grenzen.

Wenn sie aus wohlerwogenen Gründen politisch für oder gegen den rechtlich und tatsächlich möglichen Schutz der Grenzen entscheidet, trägt sie dafür die volle politische Verantwortung: Dies darf aber nicht verwischt werden durch die unzutreffende Äußerung, man könne ja die Grenzen nicht schließen. Dies ist übrigens ein Offenbarungseid, der auch die Menschen trifft, die bei Bundespolizei oder Bundeswehr ihren Dienst leisten.

Hablech-Bu. Prof. Dr. Günter Herrmann

00000

### „Das ist auf Dauer nicht zu verkraften“

Flüchtlingspolitik: Niedersachsens Bürgermeister und Landräte schlagen Alarm / Bund verschärft das Asylrecht

„Abschottung ist eine Illusion“: In den vergangenen Wochen sind Tausende Flüchtlinge in Niedersachsen angekommen – wie hier auf der Durchreise in Lehrte.

Hannover/Berlin. Viele Bürgermeister und Landräte in Niedersachsen fühlen sich in der Flüchtlingspolitik im Stich gelassen. Kurzfristig müssen die Kommunen 4000 Asylsuchende unterbringen: Vom heutigen Freitag an werden pro Tag 1000 Flüchtlinge auf 20 Kreise und kreisfreie Städte verteilt; Hannover ist nicht dabei. Immer mehr Kommunen sehen sich am Ende ihrer Kräfte.

„Was wir jetzt erleben, ist in den Kommunen auf Dauer nicht verkraftbar“, sagt Sven Ambrosy, SPD-Landrat des Kreises Friesland. HAZ 16.10.2015

00000

Die türkischen Medien waren in Siegerlaune: **Merkel** sitze am kürzeren Hebel, komme als Bittstellerin in ihr Land, die **Europäische Union** sei auf die **Türkei** angewiesen. Richtig ist: **Präsident Erdogan** und **Ministerpräsident Davutoglu** haben es in der Hand, den Flüchtlingszustrom an der EU-Südflanke zu drosseln. Die Kanzlerin präsentierte sich bei ihrem Türkei-Besuch am Sonntagabend entsprechend geschmeidig: „Die Türkei möchte zusätzliches Geld, und das verstehe ich auch“, sagte sie nach dem Treffen mit Davutoglu. Heute heißt das **Flüchtlingspolitik** – gestern hieß das noch Scheckbuchdiplomatie

HBMB 19. 10. 2015

00000

**Weniger Geld für Schulen und Krippen? Finanzminister kündigt harte Einschnitte an.** Flüchtlingskrise: Ausgaben verdoppeln sich 2016 auf eine Milliarde Euro / Schneider: „Alles auf den Prüfstand“

000

### „Der Hass bricht sich Bahn“

TA / Flüchtlinge, Hilfe - 53 - Hilflosigkeit, Verfassung

44-Jähriger verletzt OB-Kandidaten in Köln auf offener Straße schwer – wegen ihrer liberalen Flüchtlingspolitik

000

### **Land will Grippewelle unter Flüchtlingen verhindern**

„Impfungen in Unterkünften können jetzt beginnen“ / Weitere 450 Neuankömmlinge in Niedersachsen / Tödlicher Streit unter Somaliern

000

### **„Wann ist die Turnhalle wieder frei, Herr Minister?“**

Innenminister Boris Pistorius stellt sich in einer Live-Sendung Zuschauerfragen und warnt vor Schönfärberei.

000

### **Es geht ein Riss durch Dresden.**

In keiner Stadt haben die Islamfeinde von Pegida mehr Zulauf als hier. Dresden wird von vielen Außenstehenden als Hochburg der Rechtsextremen bezeichnet. Pegida wird kommende Woche ein Jahr alt. Aber stimmt das Urteil über Dresden? Die Stadt hat zwei Gesichter, ein freundliches und ein hässliches.

000

### **Die Kanzlerin verspricht Erdogan Geld und Visa.**

Angela Merkel hofft in der Flüchtlingskrise auf Hilfe des umstrittenen türkischen Präsidenten – und kommt ihm dazu weit entgegen

HAZ 19. 10. 2015

00000

### **Erstaufnahme von Flüchtlingen bald in Garbsen**

In Garbsen soll ab November eine Sammelunterkunft zur Erstaufnahme von Flüchtlingen in Niedersachsen entstehen. ...

000

### **Hassmails auch an Politiker in Niedersachsen**

Einsatz für Flüchtlinge führt zu massiven Bedrohungen

000

### **Mini-Job statt Ruhestand**

Sie arbeiten als Hausmeister, als Pflegekraft oder helfen am Büfett aus - immer mehr Rentner in Deutschland arbeiten für kleines Geld in Mini-Jobs. Die einen, weil sie finanziell sonst nicht über die Runden kommen, die anderen, weil ihnen Beschäftigung guttut. Sozialverbände warnen: Es sei ein Zeichen von Altersarmut, wenn mittlerweile 900000 Rentner geringfügig beschäftigt seien.

000

### **CDU-Politiker fordern Zaun um Deutschland**

Parlamentarier-Gruppe erwägt Abkehr von offenen Grenzen – und stößt damit auf Widerstand der Kanzlerin.

000

### **Beschimpft, bedroht, verfolgt**

Das Klima wird rauer: Immer öfter werden Bürgermeister und Landräte von Gegnern massiv attackiert.

000

## Gewaltsame Zusammenstöße beim Pegida-Jahrestag in Dresden

HAZ 20. 10. 2015

00000

### **HELSTORF. Damit haben die Neuankömmlinge wohl nicht gerechnet:**

Als Willkommensgruß für die Flüchtlinge in ihrer Region hat ein Netzwerk aus Ehrenamtlichen einen gemeinsamen Nachmittag organisiert. Rund 60 Flüchtlinge und Ehrenamtliche aus den Dörfern zwischen Helstorf und Niedernstöcken kamen im Helstorfer Gemeindehaus bei Kaffee, Kuchen und anderen Leckereien zum Schwatzen und gegenseitigen Kennenlernen zusammen. Den ganzen Nachmittag wurden eifrig Fotos hin- und hergereicht und von der jeweiligen Heimat erzählt. Bilder aus Esperke oder Luttmersen zeigten die einen, die anderen Aufnahmen aus Dörfern und Städten in Syrien oder Afghanistan. ...

LZ/HAZ 20.10. 2015

00000

... in Dresden und anderswo stehen sich Befürworter und Gegner der **Merkelschen Flüchtlingspolitik** unversöhnlich gegenüber. „Wir werden siegen“, rief gestern Abend der **Pegida-Anführer Lutz Bachmann**. „Wir müssen die Stadt zurückerobern“, erwiderte **Martin Duldig**, der sächsische Vize-Ministerpräsident der SPD. Dabei ist es keine gute Idee, jene Zustände nationaler Zerrissenheit nachzuspielen, deretwegen Millionen Menschen sich auf der Flucht befinden. Wir sollten anerkennen, dass derzeit beides zu Deutschland gehört: Das **große Mitgefühl** mit den Flüchtlingen und die nicht minder **große Sorge**, die Neuankömmlinge könnten uns überfordern.

HBMB 20.10. 2015

00000

...die **Flüchtlingspolitik** von Angela Merkel hat zu einer deutlichen **Erosion** ihrer Zustimmungswerte geführt. Laut ARD-"Deutschlandtrend" hat sich seit Januar jeder vierte Merkel-Unterstützer von ihr abgewandt. Nur noch 54 nach damals 71 Prozent sagen, sie seien zufrieden mit ihrer Arbeit. Machtpolitisch ist das ein schlechtes Geschäft: Die Kanzlerin tauscht **Wähler gegen Flüchtlinge**.

Auch in der deutschen Wirtschaft gibt es einen **Klima-Sturz**. Im Handelsblatt Business Monitor, der Exklusivbefragung von Führungskräften, wird insbesondere der Verzicht auf das Nennen von Obergrenzen für die Flüchtlingsaufnahme als **wirklichkeitsfremd** empfunden.

73 Prozent der befragten **Führungskräfte** gehen davon aus, dass allenfalls rund **500.000 Flüchtlinge** pro Jahr verkraftbar sind und nicht - wie für dieses Jahr angekündigt - rund eine Million. 79 Prozent fordern die konsequente Abschiebung von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsländern. Die Botschaft ist **radikal realistisch**: Es geht der Wirtschaft nicht um das Ob, sondern um das Wie.

HBMB 21.10. 2015

00000

**Niedersachsen bereitet sich auf Tausende Abschiebungen vor**  
Härterer Kurs gegenüber abgelehnten Asylbewerbern / „Kein Spielraum mehr“.

HAZ 22.10. 2015

00000

### **Notstand auf dem Balkan – wer hilft?**

Rekord 12 600 Flüchtlinge in 24 Stunden in Slovenien / Merkel schlägt europäischen Grenzschutz vor.

### **Die Grünen fügen sich der Wirklichkeit**

Die Ankündigung konsequentere Abschiebungen haben die meisten erwartet / Piel: „Deshalb unser Nein zum Bundesrat“.

HAZ 23. 10. 2015

00000

... auf den **Flüchtlingsrouten** quer durch Slowenien, Ungarn und Österreich herrscht mehr Gedränge als an den katholischen Wallfahrtsorten Santiago de Compostela und Lourdes. Die **dramatischen Fernsehbilder** haben die politischen Parteien und die Bürger einander näher gebracht; beide sind in **Ratlosigkeit** vereint.

HBMB 23.10. 2015

00000

### **Flüchtlinge stürmten erneut die Grenze**

SPIELFELD. Tausende Asylsuchende befanden sich auch am Donnerstag am Grenzübergang Spielfeld. Die Absperrung der Grenze wurde erneut durchbrochen, die Polizei wird nun aufgestockt.

OÖ Nachrichten 23. 10. 2015

00000

### **Verwüstung / Wie der Klimawandel Konflikte anheizt von Agnès Sinai**

(Die Einleitung TA)

Zwischen 2006 und 2011 verzeichnete Syrien die längste Dürreperiode und die größten Ernteverluste seit den frühesten Zivilisationen im Fruchtbaren Halbmond, jenem Winterregengebiet, das sich von Israel bis in den Südwesten des Iran erstreckt und in dem die Menschen vor mehreren Tausend Jahren damit anfangen, Ackerbau und Viehzucht zu betreiben.

Von den 22 Millionen Einwohnern, die Syrien 2009 hatte, waren fast anderthalb Millionen von der fortschreitenden Wüstenbildung betroffen. Die Folge war eine massive Landflucht von Bauern, Viehzüchtern und deren Familien. Der Exodus verschärfte die sozialen Spannungen, die durch den Zustrom irakischer Flüchtlinge nach der US-Invasion im Jahr 2003 entstanden waren. Jahrzehntlang hatte das Baath-Regime in Damaskus die natürlichen Ressourcen des Landes rücksichtslos ausgebeutet, den wasserintensiven Anbau von Weizen und Baumwolle subventioniert und ineffiziente Bewässerungsmethoden gefördert. Hinzu kamen Überweidung und Bevölkerungswachstum. Aus all diesen Gründen sind zwischen 2002 und 2008 die Grundwasserreserven um die Hälfte zurückgegangen. ...

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Agnès Sinai ist Journalistin.

Le Monde diplomatique vom 10.09.2015, Agnès Sinai

Übermittelt per grüner E-Mail-Verteiler von Christiane Hussels



Der letzte Beitrag fällt hier aus dem Rahmen des Themas „Wirkungen der Flüchtlinge auf und in Deutschland, er verweist aber auf eine der Ursachen der Fluchtbewegungen. Die Geschichte ist natürlich nicht mit den Meldungen vom heutigen Tage zu Ende. Wenn man die deutsche Geschichte des vorigen Jahrhunderts als Orientierungsgröße nimmt, dann haben wir nichts Gutes zu erwarten. Auf mich machen unsere „Staatsfrauen“ und „Staatsmänner“ den Eindruck, als seien sie blind gegenüber der Gefahr eines Bürgerkrieges. Der Bürgerkrieg bei uns und die Kriege zwischen den Völkern sind meiner Einsicht nach nur durch eine tiefgreifende Verfassungs- und Wirtschaftsreform bei uns und auch in den notleidenden Ländern zu vermeiden. Aber das Geld für eine zusätzliche Rüstung und für mehr Gefängnisse und Freikäufe vom Flüchtlingsdruck – Maßnahmen, die am Ende alle nicht helfen werden – wird leichter vom Steuerzahler erpresst bzw. vom Anleger mit dem Versprechen einer hohen Rendite angelockt, als die Mobilisierung von Intelligenz und Gestaltungswillen für die Not wendende Reformen zu bewirken.

## 12. Untergang oder Aufstieg des Abend- und Morgenlandes?

Buchtitel wie „Der Untergang des Abendlandes“<sup>19</sup> von Oswald Spengler, 1918, bringt die Neigung der Deutschen und der Europäer wohl besser zum Ausdruck als der Titel „Das Grundgesetz vom Aufstieg“ von Peter Kafka, 1989 und „Der Aufstieg des Abendlandes“, eine „Vorlesung gehalten zu Pfingsten 1923 in Basel auf dem 1. Internationalen Freiland - Freigeld - Kongreß von Silvio Gesell.“ Dabei ist Spengler gar nicht zu kritisieren, er hat vermutlich das beschrieben, was sich seinem geistigen Auge offenbarte. Spengler wird sein Buch während des Ersten Weltkrieges geschrieben haben und da war der Untergang greifbar vor der Tür. Es wird aber wohl nie eine so gründliche Gesellschaftsanalyse geben, die einem das eigene Denken erspart. Wenn ich selber zitiere, dann kann das ja in drei Formen geschehen: a) Ich zitiere, weil mir die Aussage einsichtig oder glaubhaft ist. b) Ich füge ein Zitat nur nachrichtlich ein. c) Ich zitiere und widerspreche der Aussage im Zitat. Aber auch beim Zitieren zeigt sich, dass wir noch lange nicht eine freie Gesellschaft sind. Für das Lob oder den Tadel eines Textes ist wichtiger, wer zitiert wird, als das, was zitiert wird.

---

<sup>19</sup> Um nicht den Belesenen vorzutäuschen, gestehe ich, dass ich nur mehrere Rezensionen zu dem Titel gelesen habe.

In meinem Text 140.0 „> Bildet Kartelle!< Ein Zusammendenken von ökonomischen Zuständen und Flüchtlingselend“ habe ich Auszüge aus Werken von Silvio Gesell und Peter Kafka eingefügt. Ich gebe diese hier auch wieder und ergänze sie jeweils. Zuerst ein Auszug aus dem Buch des verstorbenen Astrophysiker Peter Kafka „**Das Grundgesetz vom Aufstieg** / Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt“, 1989. Es sind Aussagen, die mir unmittelbar einsichtig sind.

Sollte die Wahrscheinlichkeitsverteilung zwischen Aufstieg und Niedergang nicht etwas mit der Änderungsgeschwindigkeit zu tun haben - also mit der Zeit, die fürs Abtasten benachbarter Möglichkeiten und für die Selektion von Wertvollerem zur Verfügung steht? Was geschieht denn, wenn die Anführer der Evolution ihre ganze Welt innerhalb ihrer eigenen Lebensspanne bis zur Unkenntlichkeit verändern? Dann entartet der Evolutionsprozeß in Zerstörung! Das Verfahren von »Versuch und Irrtum« funktioniert nicht mehr, weil wesentliche Zusammenhänge unberücksichtigt bleiben. Ein vermeintlicher Erfolg hat sich schon global ausgebreitet, bevor er als Irrtum erkannt wird. Nicht die lebensfähige Komplexität des Ganzen hat dann zugenommen, sondern nur die Kompliziertheit von Bruchstücken. Nun also schnell die Fehler korrigieren? Natürlich überall auf die gleiche Art, die als beste erkannt wurde? Wie dumm: Es war wieder nicht das Beste! (»Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum.«) Aber nun ist die Vielfalt erreichbarer Möglichkeiten schon eingeschränkt. Man braucht gar nicht mehr so viel zu probieren und kann sich daher noch schneller aufs weitere Fortschreiten einigen. Nur ist der Fortschritt kein Aufstieg mehr. Damit *Aufstieg* das Wahrscheinlichere wäre, müßten offenbar zwei Grundvoraussetzungen eingehalten werden, die in der bisherigen Geschichte der Evolution stets garantiert waren. Meist nenne ich sie schlagwortartig »Vielfalt und Gemächlichkeit«. Es ist uns gelungen, diese durch »Einfalt und Eile« zu ersetzen. Und das bedeutet Niedergang, ja Absturz im Raum der Möglichkeiten. (S. 12)

Hier weitere Auszüge aus dem Kapitel 3, **Selbstheilung durch Emanzipation** / Das Werden der Freiheit:

... Diese »Willkür der Evolution« zeigt sich in der Entwicklungsgeschichte der immer höheren lebendigen Gestalten noch viel deutlicher. Schließlich führt sie mit der Entwicklung des Großhirns zur Evolution der Idee von Freiheit: »Das größte Wunderding ist doch der Mensch allein. Er kann, ganz wie er's will, Gott oder Teufel sein« (Angelus Silesius).

Ist es vorstellbar, daß sich der Teufel durchsetzt? Daß sich die Entwicklung des Großhirns als Fehlentwicklung erweist? Der ganze seelisch-geistige Aufstieg eine Naturkatastrophe? In seinen Wirkungen für das irdische Leben letztlich verheerender als der Einschlag eines tausend Kubikkilometer großen Asteroiden? Nun aber nicht durch einen großen »äußeren« Zufall, dessen »Ursachen« in einem uralten Netz vieler kleiner Zufälle beim Zustandekommen der Bahnen von Himmelskörpern lägen. Nein - es waren die »inneren« Zufälle bei der Mutation und Selektion während der letzten Millio-

nen Jahre, die dem Menschen die Eigenschaft des Teufels »anentwickelt« haben. Der »Diabolus« ist, wie Sie sicher wissen, der »Durcheinanderwerfer«. Den ganzen Schatz, den Milliarden Jahre der Evolution hinterlassen haben, die unendlich raffiniert organisierte Biosphäre, rafft er an sich, stopft sich Mund und Taschen voll, baut sich die Welt neu zu seiner Unterhaltung, wirft wieder von sich und trampelt nieder, was ihm nicht so wertvoll erscheint oder was verbraucht ist. In wenigen Generationen schafft er es, so viel durcheinanderzuwerfen, daß die komplexe Ordnung ins Chaos abzustürzen beginnt. ... (S.83 f.)

Sie sehen: Das Wort Verantwortung ist aufgetaucht. Also aufgepaßt! Es will sich ihr jemand entziehen! Doch das wird nicht mehr gelingen. Als der Mensch begann, die Frage nach seiner Freiheit zu stellen, da wuchs sie in ihm. Das brachte ebenso viel Schmerz wie Glück. Noch die griechische Tragödie drückt die Geburtswehen aus: Die Götter lassen ja die Verstrickung des ahnungslosen Helden nicht nur zu, sie fördern sie sogar, geradezu heimtückisch - und dennoch wird Schuld anerkannt und Strafe angenommen.

Das mythische, theologische und philosophische Denken aller Kulturen dreht sich um die Frage der Freiheit. Und, wie Sie gesehen haben: Auch der Wissenschaftler kann sie in seinem »Raum der Möglichkeiten« unterbringen. Fragt immer noch jemand »Wie ist das möglich?«, so kennen Sie meine Antwort: Dumme Frage - angesichts einer offensichtlichen Entdeckung! Freiheit ist der Name für das Ertasten und Auswählen von Möglichkeiten in dem Evolutionsprozeß im menschlichen Gehirn, den wir *Denken* nennen. Sie wird zum wichtigsten Mittel der Selbstorganisation auf der jüngsten Stufe der Evolution.

Daß diese Entdeckung die ganze evolutionäre Schöpfung gefährdet, haben die Mythen sogleich erkannt. Diese sind die Erfahrungsberichte von der Entdeckungsreise. Sie schildern die Gefahr, daß der Mensch »aufgeblasen« wird und anfängt, voreilig alles durcheinanderzuwerfen. So entwickeln sich von Anfang an mit der Freiheit auch kulturelle Schranken, wie das Gewissen und das Gesetz. Sonst hätte sich ja der ganze Versuch schon früher als Irrtum erweisen müssen. ... (S. 95.f.)

Die Natur ist nicht der Feind. Sie war es vermutlich ursprünglich noch weniger, wie die Erinnerung ans Paradies zeigt. Man kann gut mit ihr leben. Der Übergang vom Jagen und Sammeln zum Ackerbau und zur Stadtkultur mag zwar auch durch das Bevölkerungswachstum mitbedingt sein, aber nicht durch Not. Der Feind, der Not und Leid bringt, ist fast immer der andere Mensch. Die Ausbeutung des allerletzten Endes der »Nahrungskette«, also des Menschen, verspricht naturgemäß den größten Profit - ein Maximum an Gewinn pro Zeiteinheit. Deshalb streben sowohl der einzelne als auch die Gruppen nach Macht über andere einzelne und Gruppen. Wie in jedem dissipativen System ermöglichen Arbeitsteilung und Hierarchiebildung anfangs noch höhere Komplexität. Als Irrtum erweist sich dies zum einen dort, wo die »komplexesten Untersysteme«, die Einzelmenschen, da-

durch Schaden an ihrer eigenen Komplexität nehmen, und zum anderen dort, wo »große Gestalten«, wie die »Supermächte« oder das »Weltwirtschaftssystem«, an der Endlichkeit der Erde anstoßen und die Evolutionsfähigkeit mangels Vielfalt aufhört.

Zunächst findet diese unvermeidliche Form der evolutionären Selbstorganisation in Horden statt, dann in Stämmen, dann in Staaten. Die hierarchische Organisation der Ausbeutung war das Schicksal der Menschen über die letzten zehntausend Jahre. Nicht nur nach außen, in all dem Schlachten, von dem die Heldenlieder singen, sondern auch nach innen. Überall gibt es Könige und Herren, Diener und Sklaven. Wir müssen nicht über die Zählebigkeit des indischen Kastensystems die Nase rümpfen. Noch drei Generationen vor uns ließ man hierzulande Kinder armer Leute jahrein, jahraus zwölf Stunden täglich und mehr in engen Bergwerksstollen oder Kaminen herumkriechen und sie dabei gerade nicht verhungern. Die längst entwickelten Ideen von Menschenrechten und Menschenwürde hinderten auch damals nicht einmal Pfarrer oder Universitätsprofessoren daran, dies alles in der Ordnung zu finden. Die Sozialreformer, die dagegen ihre Stimmen zu erheben begannen, wurden zu Feinden Gottes, des Staates und der Vernunft erklärt.

Wir sind ja noch immer mitten in diesem Prozeß. Eben erst hat das deutsche Volk mit aller Kraft den Versuch unterstützt, die Juden auszurotten, die östlichen Nachbarn zu versklaven und die Weltherrschaft zu erringen. Wer es nicht selbst miterlebt hat, kann es kaum glauben. Es klingt ihm wie ein uraltes Märchen. Und doch beginnen schon wieder die gleichen Mechanismen zu wühlen und sogar zu wählen... Aber auch an anderen Stellen der Welt laufen ständig ähnliche Prozesse ab - wenn auch meist nicht derart »gut organisiert«. **Die Idee, daß ein Volk das Recht habe, ein Reich zu errichten und anderen darin lebenden Völkern seinen Willen aufzuzwingen, ist noch längst nicht überwunden. Ja, weil fast alle größeren Völker dies noch immer tun, gilt es als »Völkerrecht«, möglichst wegzuschauen und sich nicht »in die inneren Angelegenheiten einzumischen«, wenn ein Volk seine Juden oder seine Araber, seine Türken oder Armenier oder Kurden, oder auch einfach nur seine »Abweichler« entrechtet, versklavt oder ausrottet... Es ist, als erlaube das Familienrecht dem Vater, seine Kinder zu versklaven oder totzuschlagen und jeden Hilfeversuch eines Nachbarn oder der Gemeinschaft als »Einmischung in seine inneren Angelegenheiten« abzuwehren. Daß solche Bräuche überwunden werden konnten, macht Hoffnung. Die perverse Konstruktion eines Völkerrechts als Schutzzone der Freiheit von Unterdrückern oder gar Mörder- und Ausbeuterbanden muß einer der nächsten Angriffspunkte werden. (S. 97)**

(Hervorhebung mit Fettdruck durch TA.)

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass es mir mit der Auswahl der Zitate um die Voraussetzungen einer friedlichen Entwicklung (Evolution) geht. Es ist eben die Selbstorganisation in der Vielfalt und Gemächlichkeit, die nicht nur durch das zentralistische Denken in Deutsch-

land und Europa gestört oder gar verhindert wird, sondern auch durch das ständige Durcheinanderwerfen von Menschen und Entwicklungsprozessen. Die Narben der Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen nach Westdeutschland sind noch spürbar. Die Vereinigung der deutschen Republiken ist noch nicht wirklich geschafft. Die Einheit Europas besteht nur in den Köpfen der zentralistisch und interventionistisch programmierten Politikern. Und nun wird unsere Gesellschaft ohne Zustimmung ihrer Mitglieder den hohen Zahlen von Flüchtlingen ausgesetzt.<sup>20</sup> Und es wird zu wenig gefragt, unter welchen Bedingungen das gut gehen kann. Auch kann es nicht länger hingenommen werden, dass die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte praktisch durch das Völkerrecht ausgehebelt werden. Ein Staat, der diese Allgemeinen Menschenrechte missachtet oder die Menschen durch Hunger oder Krieg in die Flucht treibt, muss von den Staaten, die die Kosten in Folge tragen müssen oder von einer überstaatlichen Instanz wie die UNO, in Regress genommen werden, sonst sind die Allgemeinen Menschenrechte das Papier nicht wert, auf denen sie geschrieben wurden.<sup>21</sup> Dabei ist der Einsatz von Militär zur Durchsetzung der Menschenrechte und der Regressansprüche das schlechteste Mittel.

In dem genannten Text 140.0 habe ich die Ziffern 1 und 2 der Erklärung Gesells des Wortes Freiland wiedergegeben. Hier füge ich alle 9 Ziffern ein::

### **1. Der Sinn des Wortes Freiland.**

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche aufgegeben werden.

2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.

3. Der Begriff Freiland lässt keinerlei Einschränkungen zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht

---

<sup>20</sup> Ich verliere bei einer solchen Formulierung nicht die Perspektive aus der Sicht der Flüchtlinge aus dem Auge. Die Objektivität gebietet aber auch, das Problem nicht nur aus ihrer Sicht zu sehen.

<sup>21</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine\\_Erkl%C3%A4rung\\_der\\_Menschenrechte](https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine_Erkl%C3%A4rung_der_Menschenrechte)

<http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz.

4. Es folgt aus dieser Freiland-Erklärung auch ohne weiteres, daß die Ausdrücke "englische Kohle, deutsches Kali, amerikanisches Petroleum" usw. nur die Herkunft dieser Erzeugnisse bezeichnen sollen. Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die "englische Kohle", das "amerikanische Erdöl" und das "deutsche Kali".

5. Die Übergabe des Bodens an die Bebauer erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.

6. Das Pachtgeld fließt in die Staatskasse und wird restlos in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.

7. Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauer. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden.

8. Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff einzuengen suchen, werden geächtet, in Bann getan und für vogelfrei erklärt.

9. Die Ablösung der heutigen Privatbodenrente erfolgt auf dem Wege der vollen Entschädigung durch Ausgabe einer Entsprechenden Summe von Staatsschuldscheinen.

(Aus *Die Natürliche Wirtschaftsordnung* / Freiland, die ehrene Forderung des Friedens. Vortrag gehalten in Zürich am 5. Juli 1917/ Der Sinn des Wortes Freiland. In der Ausgabe von 1949 auf der Seite 92)

Mit dieser Begriffserklärung ist auch schon ein wesentlicher Grund für Kriege, Flucht und Vertreibung benannt. Aber die Wirklichkeit ist, dass die Leute, die viel von Freiheit und Frieden in den Parlamenten und der Öffentlichkeit reden, nicht viel von einer wirklichen Reform des die Grundrechte aushebelnden Bodenrechts halten, obwohl das Grundgesetz – mit dem abgelaufenen Verfallsdatum - das im Artikel 15 ausdrücklich erlaubt. Sie hoffen anscheinend, dass ihre Lippenbekenntnisse zum Frieden genügen und übersehen, dass gerade

wegen dieser Fehlhaltung ihre Kinder, Enkel oder Urenkel in die Situation kommen, in der sich die Kinder auf der Flucht aus Syrien befinden. Ob eine Bodenrechtsreform als Grundlage des Bürger- und Völkerfriedens genauso erfolgen muss, wie sie Gesell beschreibt oder ob die unvermeidbare Bodenrente auch auf steuerlichem Weg ökonomisch neutralisiert werden kann und ob diese dann als Ausgleichszahlungen pro Kopf ausgeschüttet wird, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Mehrheitsentscheidung.<sup>22 23</sup>

Bevor ich aus Gesells "Der Aufstieg des Abendlandes" zitiere noch ein anderer kurzer Text, der zeigt, dass Gesell die Ökonomie immer im Hinblick auf die Möglichkeit des Friedens und die Verhinderung des Krieges denkt. Gesell war auch einer der wenigen (oder gar der alleinige) Ökonom, der die Juden ausdrücklich in Schutz nahm, vermutlich, weil er es als ungerecht empfand die erkannten Systemfehler einer bestimmten Menschengruppe anzuhängen. Ungerecht empfand er auch, dass die USA zu seiner Zeit den Mongolen (damals vermutlich eine Sammelbezeichnung für Asiaten) die Zuwanderung verweigerten.<sup>24</sup>

### **Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)**

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: „Nie wieder Krieg!“, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen

---

22 Ausgleichszahlungen deshalb, weil hier die unterschiedliche Nutzung eines für alle Menschen gleichen Nutzungsrecht auf die Ressourcen dieser Erde ausgeglichen werden. Es handelt sich nicht um das heutzutage diskutierte Bedingungslose Grundeinkommen, obwohl es partiell die gleiche Wirkung hat.

23 Alternative Verwendung der Bodenrente siehe: <http://www.heise.de/tp/artikel/46/46285/1.html>

24 Werner Onken schreibt in der Einführung Bd. 17 auf der Seite 26: > Gegen jedwede Fremdenfeindlichkeit richtete sich Gesells Forderung, "... jede Einwanderungskontrolle zu beseitigen ... Die Gelben, die Weißen, die Schwarzen – alle sollen das gleiche Recht auf die Erde, auf den amerikanischen Kontinent haben, genau wie wir jedem Amerikaner Europa und die Mongolei zu Nutz und Freude zur Verfügung stellen wollen." (SGW Band 15, S. 201) <

gen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.<sup>25</sup>

(Silvio Gesell gesammelte Werke, Band 17, Seite 257)

Silvio Gesell war selbstverständlich auch ein Kind seiner Zeit, was sich auch in seinem philosophischen Denken ausdrückt und er hatte auch ein Publikum, auf dessen Denkfiguren er eingehen musste, wie heute keiner etwas zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sagen kann, ohne den Themen Umweltschutz und Klimawandel einen gebührenden Raum zu zollen - wenn er ernst genommen werden will.<sup>26</sup> Darwins Lehre über die Entstehung der Arten und die daraus abgeleitete Evolutionstheorie konnte er gar nicht vermeiden. So tauchen in seinen Texten auch Begriffe auf wie Zuchtwahl und Hochzucht. Das sind heute aufgrund des oft geisttötenden Anspruchs auf *political correctness* Tabuworte geworden, so wie die Bezeichnung Idiot nur noch als Schimpfwort gilt und nicht mehr als medizinische Bezeichnung für geistige Behinderungen. Das Wort *Hochzucht* ist inhaltlich aber nicht weit entfernt von dem Begriff *Aufzucht*, das nicht nur für das Vieh sondern auch für die Kinder angewendet wurde.<sup>27</sup> Wer Gesell aber gutwillig und nachdenklich liest, wird eher zu dem Schluss kommen, dass bei ihm *Hochzucht* eher ein pädagogischer Begriff ist als ein biologischer. Aber ganz stimmt das auch nicht, denn es herrscht schon bei ihm die Vorstellung, dass der Mensch in seinen Eigenschaften nicht nur ein Produkt eines Zufalles ist oder dem Wirken eines Gottes entspringt, sondern dass der Mensch für seine Entwicklung mitverantwortlich ist. Aber er ist entschieden dagegen, dem Staat oder einer Institution wie der Kirche hier ein Mitsprache- oder Eingriffsrecht zuzubilligen. Nicht einmal die Männer haben hier etwas zu sagen - manchmal habe ich den Eindruck, Gesell hielt die Männer seiner Zeit in der Mehrzahl für

---

25 Gesell spricht damit das "Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate" (Karl Marx) und / oder die "Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" (Keynes) an, die das nachfragende Volumen des Geldes durch Horten schrumpfen lässt und so eine Deflationskrise auslöst. Bei Keynes lautet der Begriff für Horten *Liquiditätsfalle*. Und die spielt in der Notenbankpolitik von heute eine große Rolle. Das Gegenmittel, das die Notenbanken heute anwenden, trägt in sich die große Gefahr einer neuen Superinflation. **Meldungen vom 23.10.2015:** HAZ: „EZB will im Zweifel mehr Geld drucken. ... Monatlich 60 Milliarden Euro sollen in Staatsanleihen und anderen Vermögenswerten investiert werden, insgesamt 1,1 Billionen Euro bis September 2016 – mindestens.“ HAZ: „Geldpolitik stößt an ihre Grenzen“ ...Auch noch mehr Geld wird an dieser Situation nichts ändern.“

HBMB: „EZB-Präsident Mario Draghi hat gestern angekündigt, seine Politik der wundersamen Geldvermehrung fortzusetzen. In der Sprache des Notenbankers klang das dann so: „Der EZB-Rat ist gewillt und in der Lage zu handeln, indem er alle Instrumente nutzt.“ Millionen Deutsche sollten diesen Satz als das begreifen, was er ist - ein Angriff auf den Wert ihrer Sparguthaben.

26 Das Irrige in einer Zeit entdecken immer erst die Nachgeborenen. Das gilt auch für unsere Irrtümer von heute, die wir selber noch nicht sehen.

27 Der Begriff *Aufzucht* ist dabei ein komplexer Begriff, der gar nicht so leicht zu ersetzen ist. Sicher enthält er auch Elemente von Disziplin und Ordnung, aber auch das seelische, geistige und körperliche Wohlergehen, also auch Bildung, Ernährung, Kleidung, Wohnung, Geselligkeit und Geborgenheit der Kinder.



Suffköpfe. Das Zuchtwahlrecht ist nach den Vorstellungen von Gesell ein *privates*, das den Frauen zusteht. Er geht davon aus, dass die Frauen - wenn sie wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Mann erlangt haben - und einfach ihren Neigungen und Trieben folgen, den besten Vater für ihre Kinder wählen. Sie soll dabei nicht an die enge Rolle einer Ehe gebunden sein und auch den Mann aus der Rolle des Ehemannes entlassen können. Und wenn sie dann bei der Umschau in der ganzen Welt <sup>28</sup> keinen Mann findet, der nach ihren Kriterien der Vaterrolle würdig ist, dann wäre auch die Wahl der Kinderlosigkeit ihr natürliches Recht. Das ist starker Toback für Konservative und Kirchenvertreter und kollidiert noch mehr mit dem Rollenverständnis der Frau der Muslime. Ich selbst empfinde, dass Gesell die Frauen und ihre Fähigkeiten als Gestalter nachfolgender Geschlechter in ihren Eigenschaften überhöht und in ihren Fähigkeiten überschätzt. Mich wundert aber, dass die Frauen von heute, die sich um ihre Emanzipation vom Mann bemühen, Gesell noch nicht als ihren Fürsprecher entdeckt haben. Wohl die Natur des Menschen hat - wie bei anderen Denkern der Ökonomie - einen Einfluss auf die Theoriebildung <sup>29</sup> von Gesell aber nicht diese schwache Form der Eugenetik. Dabei ist zu beachten, dass die Eugenik als Thema in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine weite Verbreitung hatte und von den Nazis missbraucht wurde.

Es folgen Auszüge aus: > **Der Aufstieg des Abendlandes** / Vorlesung gehalten zu Pfingsten 1923 in Basel auf dem 1. Internationalen Freiland-Freigeld-Kongress von Silvio Gesell < <sup>30</sup>

Vom Untergang des Abendlandes wird zur Zeit viel gesprochen in den Kreisen derer, denen das verflossene Jahrhundert mehr bedeutete als mühselige Fabrikarbeit, als Schwindsucht und Hoffnungslosigkeit. Bei den Nachkommen des Atlas aber, die die kapitalistische Welt auf ihren Schultern zu tragen haben, kann es keinen „*Untergang*“ bedeuten, wenn sie ermüdet zusammenbrechen, und zwar auch dann nicht, wenn die Last sie beim Sturz in den Abgrund reißen sollte. Für *Atlas* bedeutet Untergang die Erlösung: Und so spricht er nicht vom Untergang des Abendlandes, sondern von seiner Erlösung. Ich aber gedenke hier vom Aufstieg des Atlas zu sprechen.

Im Übrigen ist der Ausdruck „*Untergang*“ für das, was sich vorzubereiten scheint, nicht zutreffend. Der Brontosaurus ist untergegangen. Und auch das Mammut. Dem Büffel drohte der Untergang ebenfalls. Aber man entdeckte in letzter Stunde noch irgendwo ein Büffelpärchen und jetzt, nach

---

28 Das schließt alle Rassen / Ethnien ein.TA

29 Der Begriff "Theoriebildung" behagt mir nicht, denn Gesell ist eher der Beschreiber empirischer Beobachtungen. Daher muss man auch nicht glauben, was er sagt, sondern kann es denkend nachvollziehen, wenn einem eine Bindung an eine Ideologie nicht daran hindert. Im Grunde genügt es, Gesell als Stichwortgeber zu benutzen und der eigenen Wahrnehmung zu vertrauen.

30 Übernommen aus „Silvio Gesell Gesammelte Werke, Band 14“, ab Seite 200 von der Gesell-CD.

wenigen Jahren der Schonung, weiden wieder ganze Herden dieser Wiederkäuer. Sie warten nur auf einen neuen Krieg, um dann wieder die Oberherrschaft auf der Prärie zu gewinnen. Wenn also in dem uns Menschen prophezeiten *Untergang* ein einziges Liebespärchen sich aus der Sintflut rettet, dann werden, wenn diese Menschen eine bessere Unterhaltung kennen als Bürger- und Völkerkrieg, knapp 500 Jahre genügen, um die Welt wieder so zu bevölkern, wie sie heute ist. Und was bedeuten 5 Jahrhunderte für den, der sie im Grab an sich vorbeiziehen läßt?

Es kann sich also beim prophezeiten Untergang nicht um den Untergang der Menschheit handeln, sondern um etwas ganz anderes, und zwar um den Sturz und Untergang der heutigen „*Ordnung*“, um den Bruch staatlicher und gesellschaftlicher Formen. Das aber wird von denen, die sich *nicht* durch den äußeren Glanz unserer Kultur blenden lassen, nicht sehr tragisch empfunden werden. Für diese gibt es auch darum keinen Untergang, weil sie überhaupt den Aufgang noch nicht gesehen haben. Es war nichts da, was sie nicht alle Tage träumend und wachend in Grund und Boden verflucht hätten, sowohl im Hinblick auf das, was ist, wie auch auf das, was war. Sogar der Ausblick brachte vielen nur *Grausen*. Immerhin für alle, die es mitten im Genuß eines für sie doch erstrebenswerten Lebens trifft, ist auch solcher Untergang bitter, und wir, die wir jedem Menschen Leid und Schmerz so viel wie möglich ersparen möchten, haben volles Verständnis für die Niedergeschlagenheit aller, die starren Blicks den Untergang ihrer Welt erwarten, wobei uns obendrein noch der Ausdruck „*Untergang*“ zu milde erscheint, weil er bei weitem nicht das Maß von Leid deckt, das der gefürchtete Vorgang mitbringen würde, wenn er sich nicht noch abwenden ließe. Denn diesen Untergang dürfen wir uns nicht in der barmherzigen Form eines Einsturzes des Himmelsgewölbes, einer Hinrichtung, eines kurzen Prozesses vorstellen, auch nicht einmal in Gestalt einer allgemeinen Schießerei wie in Rußland, wie in der französischen Revolution, Nein, der Untergang, wie er sich hier vollziehen würde, bedeutet ein langsames Dahinsiechen, eine Ruhr, die sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte erstrecken kann, wie der Untergang des römischen Reiches, dessen Todeskampf, genau betrachtet, fast 1 1/2 Jahrtausende und zwar bis zur Renaissance anhielt. Eine Wiederholung des Unterganges, wie er sich in Babylon, in Ägypten, in Rom vollzog, bedeutet einen ununterbrochenen Bürgerkrieg, Hungerrevolten, Rückgang auf allen Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft, der Kunst, der Wissenschaft, bedeutet, daß unsere Enkel bereits als Analphabeten verständnislos die Trümmer unserer Werke betrachten, wobei sie wohl die Frage aufwerfen werden, ob die Telegraphenleitungen vielleicht als Viehzäune oder Wäscheleinen zu betrachten seien, wenn dann die Frauen überhaupt noch wissen, was Wäsche ist. Viele gibt es jetzt schon in D., die es nicht mehr wissen. Untergang bedeutet, daß Handel und Verkehr allmählich, aber unaufhaltsam einschlafen, daß die Meere wieder so einsam dahinfluten, unbefahren wie in den Jahrtausenden vor Kolumbus. Letzten Endes bedeutet Untergang die völlige Aufgabe der Arbeitsteilung, des Handels, des Verkehrs, die Rückkehr zur Urwirtschaft und damit zum tierischen Zustand, in dem sich zur Zeit noch der Gorilla befindet. ...

... Manche Tiere sollen in Folge eines Mangels an Anpassungsfähigkeit an

die sich verändernde Natur ausgestorben sein. Aber, daß beim Menschen nichts von solchen Erscheinungen zu beobachten ist, beweist doch gerade der Umstand, daß nach dem Untergang des Römerreiches derselbe Mensch wieder auf der Bildfläche erschien. Es handelte sich also nicht um einen organischen Vorgang. Nicht der Mensch, sondern sein Werk ging unter. Das Untergegangene war Menschenwerk. Und auch das möchte ich hier hervorheben: Die antiken Staaten gingen nicht unter, weil etwa der Mensch damals an lasterhafter Lebensführung zugrunde ging. Die Menschen mußten damals notgedrungen ein nach heutigen Begriffen sehr hygienisches Leben führen, weil sie noch frei waren von all dem, was heute als Grund der Degenerationserscheinungen angesehen wird. Es gab damals keine Fabrikarbeit, keine Großstädte, keinen Kartoffelfusel, keinen Absinth, keine Kohlenbergwerke. Es wurden also damals sehr wenige Idioten geboren. Und die, die geboren wurden, gelangten im freien Wettbewerb sicher nicht auf den kaiserlichen Thron. Es gab keine Hochöfen, keine chemischen Fabriken, keine chemischen Medikamente. Die Kunst der Ärzte war gering. Was nicht völlig gesund zur Welt kam, ging frühzeitig zugrunde. Die Sklaven erhielten sicher nicht soviel Taschengeld, daß sie sich hätten betrinken können. Der Sklave wurde als Wertobjekt gepflegt, wie man heute ein Rennpferd pflegt. Sie gediehen physisch sicher besser, als unsere sogenannten freien Arbeiter. Und einen besonderen Grund zur Haft hatten nur wenige. Hier kann also nicht der Grund des Unterganges der alten Welt liegen. Wenn auch vielleicht die Spitzen der Gesellschaft verdorrten, der Stamm, das Wurzelwerk, die breiten Massen der Sklaven und Bauern blieben gesund. Aber in einem Punkt besteht zwischen den heutigen Zuständen und denen im alten Rom völlige Übereinstimmung. Die gesellschaftliche Struktur war dieselbe im alten Rom, wie in der neuen Welt, Rentner und Arbeiter, Genießer und mühselig Beladene. Die herrschende Klasse, die die Ketten schmiedete und die beherrschte Klasse, die an den Ketten rüttelte. Genau wie bei uns. Und auch darin finden wir völlige Übereinstimmung, nämlich in der Ursache dieser Klassenspaltung des Volkes. Dasselbe Bodenrecht, das in Rom mit Waffengewalt und religiösem Hokusfokus gegen die ewig aufsässigen Massen der Entrechteten geschützt werden mußte, dasselbe Bodenrecht gilt noch heute überall in der Welt. Der Mensch wird heute wie damals als Grundbesitzer oder als hoffnungsloser Proletarier geboren. Und auch das Geldwesen des alten römischen Reiches, das die Zinswirtschaft bedingt, den Kapitalismus als Anhängsel hat, die Wirtschaftskrisen in Kauf nehmen muß, dasselbe Geldwesen, in völlig unveränderter Gestalt, das haben auch die modernen Kulturvölker. Die Übereinstimmung des heutigen und des alten babylonisch-griechisch-römischen Geldwesens ist so vollkommen, daß, wer heute römische Münzen aus dem Schutt der Städte ausgräbt, solche Münzen ohne weiteres gegen kursfähiges Geld, gegen Weltgeld ohne jeden Abzug wechseln kann. Unser Boden- und Geldrecht aber, das wir als altes römisches Recht erkennen, bildet die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung. Auf ihm spielt sich, man kann es dreist behaupten, das *Leben* ab. Es ist der Träger der Arbeitsteilung, der Industrie, des Verkehrs, des Handels. Es prägt allen gesellschaftlichen Einrichtungen, allen Sitten und Gebräuchen, der Ehe, dem Bau der Städte, der Architektur, den Mietskasernen, der nationalen und internationalen Politik, der Literatur, der Philosophie, der Religion, dem Streben der Jugend wie des Alters den

Stempel auf, und zwar den schmutzigen Stempel der Gewalt, des Hasses, der Roheit, der Verlogenheit, des Klassenstaates. Ihm passen wir alles an. Innerlich wie äußerlich sind wir zum Spiegelbild dieses Rechtes geworden. Es bildet die Gußform, innerhalb derer wir uns seit 6000 Jahren entwickeln. Und Krieg, Mord und Raub sind die Notausgänge dieser Form. Und alle Kriege, alle Empörungen und Revolutionen haben bisher nicht vermocht, diese Form zu sprengen. ...

... Die Propheten, die den Untergang ankündigten, prophezeiten also immer richtig. Alle pessimistischen Propheten haben immer richtig prophezeit. Jeremias behielt recht. Cassandra hatte immer recht, und auch Spengler wird recht behalten, wenn wir nicht tatkräftig in unser Geschick eingreifen. Worin die Propheten irrten, das war in der Erklärung der Erscheinung. Sie alle hielten Nebenerscheinungen für die Ursache. Genützt haben diese Prophezeiungen darum auch nichts, dagegen viel geschadet. Die falsche Deutung der Erscheinung veranlaßte uns, zu falschen Gegenmitteln zu greifen. Daher auch das Wort, daß das Studium der Geschichte nur das Eine beweist, daß der Mensch aus der Geschichte nie etwas gelernt hat. In der Regel liefen die Mittel der Propheten darauf hinaus, vom Menschen eine „Besserung“ seiner Natur zu fordern. Man stellte an ihn sogenannte „moralische“ Forderungen. Damit begann die Herrschaft der Pfuscher. Jeder hielt sich für berufen, dem Menschen Vorschriften zu machen. Der Staat, die Kirche, die Philosophen überschütteten die armen Menschen mit tausend Gesetzen. Du mußt, Du sollst. Dies ist erlaubt, das ist verboten. So entstand denn der unsichere Tropf, das linkische Wesen, dem man auf 1000 Schritte ansieht, daß er nicht sich selbst, sondern fremden Wesen gehorcht. Alle sind eingeschüchtert. Keiner handelt nach freiem Ermessen. Schließlich gehorchen sogar noch die Gesetzgeber selber den von den Propheten als Moral ausgegebenen Vorschriften. Jedes Tier, jeder Bär und Käfer besitzt die zu seiner Lebensführung, zur Sicherung seiner Art nötige Moral. Nur dem Menschen wird die Fähigkeit abgesprochen, zwischen Gut und Böse, das heißt, zwischen dem, was richtig und falsch ist, zu unterscheiden! Ihm muß das von Leuten gesagt werden, die vor Jahrtausenden unter gänzlich verschiedenen Verhältnissen lebten.

Jedoch das Schlimmste an der Sache ist, daß uns die falsche Deutung davon abhielt, weiter nach der Ursache der Erscheinung zu forschen. Was sollte man auch tun, wenn das römische Reich, wenn alle Reiche darum zugrunde gehen, weil der Mensch zu schlecht ist? So vieles sprach übrigens für die Richtigkeit dieser Deutung. Denn der Mensch steht in engster Wechselwirkung zu seinem Werk. Er verdirbt, wenn sein Werk verdirbt. Der Hunger, die Revolution, der Bürgerkrieg, die soziale Dyskratie, die Hoffnungslosigkeit, die Verzweiflung sind wahrhaftig keine geeigneten Mittel, um den Menschen zu veredeln. ...

...Von allen Völkern Europas hat wohl Deutschland am wenigsten unter der Inzucht zu leiden gehabt. Die Grenzen sind immer offen gewesen für die Rassen aller Länder. Deutschland war immer Zufluchtstätte für alle, die von anderen Ländern vertrieben wurden, so für die Juden aus Spanien, die Hugenotten aus Frankreich. Slaven, Mongolen, Zigeuner kamen immer scha-

renweise, und niemand hat sich mit Rassenfragen beschäftigt. Der Staat, die Kirche, die Wissenschaftler, die Presse verhielten sich in diesen Dingen stets passiv. Kurz, der Rassegedanke ist dem deutschen, wie übrigens fast allen Völkern, so gut wie fremd. Vielleicht ist in der *Liebe*, sofern sie nicht durch finanzielle Einflüsse pervertiert wird, der Rasseinstinkt schon mit einbegriffen. ...

... Somit stellt die optimistische Lebensauffassung, die uns an eine Höherentwicklung des Menschen glauben läßt, keine der Vernunft entspringende moralische Forderung, sie verlangt weder Gebote noch Verbote. Sie fordert nichts als Freiheit. Die Freiheit, nach freiem Ermessen zu handeln. Die Freiheit der Liebe. Die Freiheit der Ablehnung. Die Freiheit, die Fesseln zu lösen, die gemeinsames Leben schmiedet. Die Freiheit für die Frau, den Mann zu entlassen, den sie nicht oder nicht mehr liebt oder weniger liebt als den dahin fahrenden Zigeuner. Die Freiheit einer Neuwahl. Die Freiheit unter Millionen und Fall für Fall den Vater für ihr Kind zu wählen. Die Freiheit, die neuzeitlichen Verkehrsmittel zu benutzen, um ihren Wahlkreis zu erweitern. Die Freiheit also, in der ganzen Welt zu suchen, wie der Mann in der ganzen Welt nach Gold schürft. Aber auch die Freiheit, auf die Mutterschaft vollkommen zu verzichten, wenn die Frau nach einer Weltreise mit der Überzeugung heimkehrt, daß es kein solches Gold gibt, daß in dieser, vom Staat und der Kirche, vom Alkohol und 1000 Lastern gezüchteten zuchtlosen Gesellschaft kein einziges Exemplar mehr des homo sapiens zu finden ist, dessen Art sie zu verewigen wünscht. Die Freiheit also, den Mann auf den Aussterbeetat zu setzen. Also absolutes *Zuchtwahlrecht*. ...

... So sehen wir also, wie die Zukunft des Menschengeschlechts davon abhängt, daß die Frau wirtschaftlich befreit wird, daß ihr die Freiheit zurückgegeben wird, die sie in Urzeiten besaß. Die Freiheit des Mannes verlangt ebenfalls die Freiheit der Frau. Die Unfreiheit der Frau bedeutet die Sklaverei des Mannes und zwar die unwürdigste Sklaverei, die es gibt, nämlich die Sklaverei des Lasters. Der Mann geht an der Unfreiheit der Frau zugrunde. Die Freiheit des Mannes bedarf der Ergänzung durch die Freiheit der Frau, wenn sie die Früchte tragen soll, die wir mit vollem Recht von der Freiheit erwarten. ...

Wir haben mit den Überlegungen von Peter Kafka und Silvio zwei gedankliche Modelle um an die heutigen nationalen und internationalen Probleme heranzugehen. Mit dem Gebot der Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation ist in einem relativ geschütztem Raum und ohne immer neue zentralistische Eingriffe, wie die Überflutung mit fremden Menschen und Rücknahme von vorhandenen zentralistischen Strukturelementen - wie das jetzige Bildungssystem und die Anordnungen bestimmte Leuchtmittel zu verwenden – können wesentliche Voraussetzungen zu einem friedlichen Miteinander der Bürger und Völker geschaffen werden. Mit der Offenheit der Gesellschaften nach Gesell und der Überwindung jener ökonomischen Fehler, die die Marktwirtschaft zum Kapitalismus hin verfälschen, kann der Evoluti-

onsprozess in und zwischen den Völkern optimiert und stabilisiert werden. Die geschützte Einheit in Selbstorganisation – sei es eine Gruppe oder eine ganze Gesellschaft – nach Kafka und die Offenheit und Durchlässigkeit der Grenzen nach Gesell ist dann kein Widerspruch, wenn die Gesellschaften, die ihre Grenzen offen machen oder halten wollen, ökonomisch sich etwa auf der gleichen Entwicklungsstufe befinden und nicht vom einem Krieg betroffen sind. Das liegt daran, dass die Strapazierung der Offenheit durch die Reviergebundenheit der Menschen in der großen Mehrheit vermieden wird. Beide Autoren würden in der heutigen Situation ihre eigenen Antworten finden. Die geforderte Offenheit in einer Situation, wie wir sie gerade erleben, würde er sicher nicht bedingungslos fordern. Es gilt ja nicht nur die Not der einen zu sehen, sondern auch die Anforderungen an die Gerechtigkeit für die anderen, wenn diese zu sehr verletzt wird aus der Linderung der Not der einen leicht die gesteigerte Not für alle.

### 13. Die demokratische Ausgangslage der Pro- und Kontra-Haltung zur Flüchtlingsfrage

Wenn wir tatsächlich in einer realen und nicht nur in Schein-Demokratie leben, dann muss man auch alle möglichen politischen Zielsetzungen vortragen können, ohne gleich mit einem Strafverfahren bedroht zu werden. Das muss sogar auch für das Werben für die Abschaffung der Demokratie gelten. Eine Gesellschaft, die das nicht verkraftet, hat es nicht verdient, sich eine freie Gesellschaft zu nennen. Der Schutz einer freien und demokratischen Gesellschaftsform ist letztlich nicht mit dem "Verfassungsschutz", Verbote bestimmter Denkfiguren und Organisationen zu erreichen, sondern nur dadurch, dass die Spannungen und Widersprüche zwischen Idee und Wirklichkeit überwunden werden. Beispiel: Die liberale Regierung in Polen musste gerade eine Wahlniederlage einstecken, weil die konservative Opposition dem Wahlvolk versprach, die Flüchtlingsströme aus Polen fernzuhalten und sich um mehr Verteilungsgerechtigkeit zu kümmern, die von der liberalen Regierung vernachlässigt worden war. Die Mehrheit der Mitglieder der deutschen politischen Klasse sind in der einen oder anderen Form USA-hörig, nur da, wo sie den US-Bürgern unbedingt folgen sollten, nämlich in dem höheren Grad an Meinungsfreiheit, den die Nachkommen europäischer Siedler errungen haben, da kneifen unsere politischen Sonntags- und Fensterredner und der Geist ihrer Reden

riecht nach Fäulnis oder ist von Täuschung geprägt.

Eine der Meldungen, die mich per E-Mail und Link erreichten, hatte Folgendes zum Inhalt:

Weil Pfarrer Tscharnatke aus Ravensburg in seiner Predigt offen die Asylpolitik der Regierung anprangert soll er nun mit einer Strafanzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung zum Schweigen gebracht werden...

Pastor Tscharnatke erläutert in seiner Predigt vom 11. Oktober 2015, warum selbst die meisten Menschen, die aus Syrien nach Deutschland kommen, keine Kriegsflüchtlinge sind. Sie seien in syrischen und türkischen Lagern sicher aufgehoben, aber wegen der Armut und Perspektivlosigkeit nach Deutschland aufgebrochen. Deswegen sei es nicht wahrhaftig von der Deutschen Regierung, ihre Politik mit dem Asylrecht dieser Menschen als Kriegsflüchtlinge zu rechtfertigen.

Tscharnatke warnte auch vor einer Situation in Deutschland, die sich bald bewahrheiten könnte. Er sprach von der Flüchtlingskrise in Europa, als einer gewollten Entwicklung von Kräften, die hinter Angela Merkel stünden und von CIA-Chef Michael Hayden gesteuert würden. ...

<http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/pastor-angezeigt-fuer-forderung-nach-wahrhaftigkeit-in-der-asylpolitik-volksverhetzung-a1278076.html>

Pfarrer Stefan Weinert – so heißt es in dem Artikel – will eine Strafanzeige wegen Verdachts auf Volksverhetzung gegen seinen Kollegen auf den Weg bringen. Wenn der Verfassungsschutz wirklich die Verfassung schützen würde und könnte, würde sie den Pfarrer Weinert aufsuchen und ihm darauf aufmerksam machen, dass er gerade den Artikel 5 des GG – das Recht auf Meinungsfreiheit – sabotieren würde.

Zu Beiträgen über Gedanken- und Gesinnungspolizei unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27333> schreibt Prof. Rainer Mausfeld:

Eine der schlichtesten und wirksamsten Propagandatechniken ist ja gerade, die Grenzen zwischen ‚vernünftigen‘ und ‚unvernünftigen‘/‚unverantwortlichen‘ Positionen zu markieren. Mit dem Werkzeug der Massenmedien ist dies mühelos zu bewerkstelligen; doch auch sonst finden sich offensichtlich immer bereitwillige Trolle, „Hiwi’s“ etc., die mit zähem Eifer festzulegen suchen, welche Personen als ‚Schmuddelkinder‘ anzusehen sind, mit denen (oder auch deren Bekannten) man nicht spielen, also reden darf.

Die deutschen Linken haben ja seit je eine besondere Neigung, einen „Narzißmus der kleinen Differenzen“ (Freud) zu pflegen und einen Großteil ihrer Energie auf Ausgrenzungs- und Abgrenzungsarbeit zu verwenden – eine

recht erfolgreiche Selbst-Zersetzungsarbeit, die den Eliten ermöglicht, sich behaglich in einen Narzißmus der großen Differenzen zum Rest der Bevölkerung einzurichten.

Das Denunziantentum – vor allem in der Anonymität sozialer Netzwerke – scheint mir mittlerweile jedoch noch eine andere, neue Qualität zu haben. Hier scheint der Humus bereitet zu werden für eine Art von Astroturfing ([Wikipedia zu Astroturfing](#), A.M.), das darauf zielt, die eigentlich relevanten gesellschaftlich-politischen Sachfragen zu verdunkeln und zu vernebeln und soziale Bewegungen, die den Zentren der Macht gefährlich zu werden drohen, gleichsam von Innen zu vergiften und für die Öffentlichkeit zu diskreditieren. Das ist sicherlich die kostengünstigste und wirksamste Form der ‚Aufstandsbekämpfung‘. Es wäre daher überraschend, wenn solche Techniken, soziale Bewegungen durch systematische Infusion geeigneter Vorwurfsgifte gleichsam von Innen zu zersetzen, nicht systematisch verfeinert würden. – In jedem Fall erscheint mir dies ein sehr ernsthaftes Problem zu sein, von dem alle sozialen Bewegungen in Zukunft zunehmend bedroht sein werden.

Die Demokratie ist ohne Meinungsfreiheit eine ideologisch verkleisterte Diktatur. Und die Diktatur ist nicht an eine Einzelperson gebunden. Die Marxisten möchten mit der Diktatur des Proletariats gleich eine ganze Klasse zu Diktatoren machen. Wer also die Demokratie schützen will, verteidigt nicht nur seine eigene Meinung, sondern schützt auch die Meinung der anderen, auch dann, wenn sie ihm überhaupt nicht passen. Was ja nicht bedeutet, dass man sie auch teilt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es weder ehrenrührig für die unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen zu sein oder sich gegenteilig dafür einzusetzen, unter sich bleiben zu wollen. Zu einer bewilligten Meinungskundgebung eine parallele Kundgebung laufen zu lassen, die eine gegenteilige Meinung in die Öffentlichkeit transportiert, ist so lange nichts einzuwenden, wie die Gegenkundgebung nicht zur Unterdrückung Andersdenkender benutzt wird, besonders dann nicht, wenn Prügeleien etc. nur dazu dienen, den eigenen Frust abzubauen. (Das gilt in allen Richtungen!)

Selbstverständlich ist es vom demokratischen Standpunkt aus gesehen auch statthaft, sich für die dauerhafte Dominanz der christlichen Religion einzusetzen, wie vom Gegenteil, nämlich für die Möglichkeit der Verdrängung oder Schrumpfung der christlichen Religion durch andere Religionen wie den Islam. Genauso ehrenvoll und für den Bürgerfrieden wichtig, endlich eine strikte Trennung von Staat und Kirche zu vollziehen.

Unterdrückungen und Manipulationen von Meinungen sind eine Ursache von Spannungen in den Völkern, wenn diese sich dann noch durch Ungerechtigkeit und den ökonomischen Mangel anreichern, dann ist die Gefahr von Bürgerkriegen gegeben. Für den Erhalt der Mei-



nungsfreiheit und ihren produktiven Beitrag zur zielgerichteten Handlungsfähigkeit bleibt nur der Einsatz des konsequenten Wettbewerbs unter den Meinungen. Dieser Wettbewerb ist aber gestört, sowohl durch die Kapitalkonzentration, wie durch eine mangelnde Wettbewerbsordnung der Medien und auch durch Eingriffe des Staates in den Meinungsbildungsprozess.<sup>31</sup>

In der konkreten Auseinandersetzung wird den Gegnern der praktizierten Flüchtlingspolitik - soweit sie nicht gleich glaubhaft eine logistische Überforderung nachweisen - Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Neigung zum völkischen Denken und zum Nationalsozialismus nachgesagt und weil den Politiker und Kommentatoren nicht besseres einfällt, wird der Einsatz des Staates mit der ganzen Härte des Gesetzes gefordert. Diese Maulhelden fällt gar nicht auf, dass sie damit genauso gefühlsmäßig reagieren wie die Leute, die da einen Galgen in einer Demonstration mitführen. Und wenn tatsächlich unter den Demonstranten gegen die Flüchtlingspolitik und gegen die Islamisierung unserer Gesellschaft solche sind, die völkisches Gedankengut - ein Begriff, mit dem junge Leute nichts mehr anfangen können - vertreten, dann wird zweierlei übersehen:

---

31 Ein Freund hat ein E-Mail vom 25. 10. 2005 an mich weitergeleitet. Darin heißt es u.a.:

> **Streit um Wirtschaft in der Schule ... Was ist geschehen?** Es geht um einen Sammelband in der Reihe "Themen und Materialien" der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Der Band heißt "Ökonomie und Gesellschaft" und enthält zwölf von unterschiedlichen Autoren geschriebene "Bausteine für die schulische und außerschulische politische Bildung". Der Band wurde von der bpb in Auftrag gegeben und im Februar 2015 veröffentlicht.

Am 5. Juni 2015 bat Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), in einem Schreiben die bpb dringend darum, das Buch nicht weiter zu vertreiben. Die Publikation enthalte, so Clever, "ideologische" und "voreingenommene Anschuldigungen" hinsichtlich der Öffnung von Schulen für Unternehmen und des zunehmenden Lobbyismus an Schulen.

[...] Das Bundesinnenministerium als vorgesetzte Behörde der bpb hat umgehend und ohne Prüfung der Vorwürfe ein Vertriebsverbot ausgesprochen. [...] Zeitgleich wurde der wissenschaftliche Beirat der Bundeszentrale gebeten, sich des Vorgangs anzunehmen. Die Ergebnisse dieser Beratungen sind noch nicht bekannt. ... < <https://wap.igmetall.de/streit-um-wirtschaft-in-der-schule-11077.htm><http://www.bento.de/politik/lobbyisten-haben-ein-unterrichtsbuch-gestoppt-weil-es-ihnen-zu-kritisch-war-79703/>

Wenn die Existenz der Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung überhaupt gerechtfertigt werden können, dann nur, wenn sie unabhängig und frei von Zugriffsmöglichkeiten von Ministerien agieren und informieren können, den Ideenwettbewerb fördern und nicht durch unentgeltlich vertriebenes Material den Informationsmarkt stören. Im vorliegenden Fall sei zu bemerken - so der Freund - dass diejenigen, die sich über die Intervention der Arbeitgeberverbände beklagen bei Beschreibung von Alternativen zur gängigen Wirtschaftslehre selber selektiv vorgegangen seien also von ihrer Geisteshaltung nicht besser als die des Hauptgeschäftsführers seien. Hier ein weiterer Link zum Thema: <http://www.bento.de/politik/lobbyisten-haben-ein-unterrichtsbuch-gestoppt-weil-es-ihnen-zu-kritisch-war-79703/>

1. Nicht nur im rechten politischen Spektrum haben sich krude Vorstellungen erhalten, sondern auch im linken.
2. Dem Nationalsozialismus haben nicht völkisches Gedankengut zum Sieg verholfen, sondern die ökonomische Blindheit der Demokraten in den konservativen, den liberalen Parteien und der SPD.

Die falsche Begründung der NS-Herrschaft mit dem Vorhandensein von völkischem Gedankengut dient doch nur zur Einschränkung der Meinungsfreiheit und schützt nicht vor einem neuen Untergang unserer Republik. Nahum Goldmann schreibt in „Mein Leben / USA \* Europa \* Israel“, 1981:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete.

Und ich habe weiter oben Gesell in einem anderen Zusammenhang zitiert. Ich wiederhole hier:

Die Grenzen sind immer offen gewesen für die Rassen aller Länder. Deutschland war immer Zufluchtstätte für alle, die von anderen Ländern vertrieben wurden, so für die Juden aus Spanien, die Hugenotten aus Frankreich. Slaven, Mongolen, Zigeuner kamen immer scharenweise, und niemand hat sich mit Rassenfragen beschäftigt. (a.a.O.)

An anderer Stelle habe ich aus Quellen zitiert, die belegen, dass die eigentliche Ursache für die Deutsche Katastrophe, die unzähligen Menschen (Nicht-Deutsche und Deutsche) das Leben und Deutschland seine Ostprovinzen gekostet hat, das ökonomische Versagen der Demokraten und der Wirtschaftswissenschaftler war. Mit dem Gerede von der Gefahr durch völkische Gedankenspinnereien für die Demokratie, soll doch nur von dem heutigen Versagen der Demokraten und der Wirtschaftswissenschaft abgelenkt werden.

Weiter schreibt Nahum Goldmann in dem Kapitel „Beziehung zum jüdischen Volke“ über die Schwierigkeit das Wesen der Juden zu benennen. Und dann wörtlich:

Andere, glücklichere Völker, kennen dieses Problem kaum. Die geistigen Führer einiger nichtjüdischen Völker - vor allem der Deutschen,

worüber ich im ersten Band unter dem Titel »Juden und Deutsche« geschrieben habe - haben sich manchmal den Kopf über den Sinn der Existenz ihres Volkes und den Sinn ihrer eigenen individuellen Volkszugehörigkeit zerbrochen, aber die meisten »normalen« Völker empfinden eine selbstverständliche und naive Identität. Kein Franzose oder Engländer fragt sich immer wieder, warum er Franzose oder Engländer ist: die Tatsache der Existenz ihres Volkes in ihrem Lande ist ihnen eine gegebene Selbstverständlichkeit und selbstverständlich ist ihnen auch ihre Zugehörigkeit zu ihrem Volke. (a.a.O. S. 12)

Ein anderer Jude, der in die USA emigrierte und später nach Deutschland zurück kam, schrieb in seinen „Aussenpolitische(n) Grundsätze(n)“, 1963:

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat in direkt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen

zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. ... (S. 56. f. ohne Hervorhebungen)

Diese Hintergründe darf man nicht vergessen, wenn es um die Auseinandersetzungen um die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik geht. Die Deutschen – die nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Schuldfrage politisch weichgekocht wurden – hatten im Westen noch nicht zu sich selber gefunden, als die Gastarbeiter kamen. Sie hatten noch nicht zu sich selber gefunden, als die Vereinigung anstand, auch nicht als ihnen, ohne gefragt zu werden, der Euro übergestülpt wurde. Auch wurden die Deutschen in Ost und West in dem Vereinigungsprozess unterhalb der oberen Führungsetagen der Parteien - die sich aus der Staatskasse finanzieren als seien sie selber der Staat – von der Mitgestaltung ausgeschlossen und zwar aus Angst, dass sie andere Vorstellungen von der Vereinigung entwickeln könnten als die Parteien. Auch haben sich die vereinigten Deutschen in dem größeren *Haus Europa* noch nicht richtig eingerichtet und sich mit den anderen Völkern austariert. (Europa ist bisher nur eine Spielwiese geistig zentralistisch orientierter Eurokraten.) Und schon wird den Deutschen durch die Flüchtlingspolitik – die kein Naturereignis ist – die Selbstfindung erschwert. Egal, ob es Absicht ist oder nicht, der Eindruck, den die deutsche Politik macht, ist: Der Deutsche soll ein sich seiner Identität unsicherer und ein politisch leicht zu manipulierender Mensch bleiben.

Ist die Position der Mitglieder der Parlamente und Regierungen in unserem Lande denn besser als die als anrühig eingestufte außerparlamentarische Opposition? Das ist sie keinesfalls, denn wenn wir vom Demokratieprinzip und vom Grundgesetz ausgehen, wird die politische Gegenposition zu den „politischen Schmuddelkindern“ von Staatsbesetzern<sup>32</sup> vertreten. Das Grundgesetz wurde nicht vom deutschen Volk - der ideellen Basis der Demokratie – erarbeitet und beschlossen, auch nicht durch eine verfassungsgebende Versammlung, sondern vom Parlamentarischen Rat, deren Mitglieder von den Länderparlamenten gewählt wurden. Dieses Verfahren und auch der Verzicht auf einen Volksentscheid über das Grundgesetz wurde von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder gewählt, um die faktisch eingetretene Spaltung Deutschlands rechtlich zu sanktionieren. Das ganze Verfahren war mit Auseinandersetzungen und unter Aufsicht der westlichen Siegermächte verbunden. Das wa-

---

32 Begriff analog zu dem der Hausbesetzer gebildet.

ren ehrenwerte Motive, der damals handelnden politischen Vertretung Westdeutschlands. Weil sich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates über den demokratischen Mangel des Verfahrens im klaren waren, haben sie ja ein Grundgesetz und keine Verfassung beschlossen und in dem Artikel 146 dokumentiert.

In der ursprünglichen Fassung heißt es:

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

In der jetzigen Fassung heißt es:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

In der Präambel des GG vom 23. Mai 1949 steht, dass

„das deutsche Volk in den Ländern ... um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Der Artikel 23 lautet in der ursprünglichen Fassung:

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Da dem Parlamentarischen Rat im Allgemeinen eine gute Arbeit bescheinigt wird, kann man sich ihn doch nicht als von der Schizophrenie befallen vorstellen. Er wäre es aber, wenn die eine Vereinigung Deutschlands nach Artikel 23 den Artikel 146 außer Kraft setzen würde. Ich denke, wenn man die Protokolle des Parlamentarischen Rates liest, würde sich herausstellen, dass mit einem Beitritt nach Art. 23 an das Saarland gedacht wurde. Auch ein späterer Beitritt Österreichs wäre noch logisch. Aber die weitere Geltung des GG nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken ist der Verrat des GG durch die Parteien und Verfassungsorgane. Die neue Formulierung des GG-Artikel 146 ist ein fauler Kompromiss oder

der misslungene Versuch der Parteien, den Diebstahl des Verfassungsgebungsrechts der deutschen Gesellschaft zu stehlen. Außerdem hat die neue Formulierung überhaupt nur dann einen Sinn, wenn damit die Absicht der Wiedergewinnung der verlorenen Ostprovinzen kassiert werden soll.

Außerdem: Auch wenn die Stellung der Bundeskanzlerin nach Art.65 GG eine starke Stellung hat, überschreitet die Kanzlerin ihre Kompetenz, wenn sie am Parlament vorbei mit ihrer Flüchtlingspolitik die Bürger mit -zig Milliarden Euro an Kosten belastet. Und diese Kompetenzüberschreitung wird vom Parlament vermutlich auch noch sanktioniert, weil es in der heutigen Form nicht viel mehr ist als eine Legitimationsmaschine für die Exekutive. Mit einer Opposition die nicht viel mehr als eine Alibifunktion hat. Auf keinen Fall hat die Kanzlerin das Recht, unsere Republik umzuformen. Hier müsste das Volk befragt werden. Im Art. 20 (2) heißt es.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Ein Abstimmungsverfahren haben die Parteien mit der Begründung verhindert, dass sie die Demokratie schützen müssten. In Wirklichkeit ist das Motiv, die Angst vor Machtverlust und ein Stück Verfassungsverrat.

Es gibt ja das Märchen des Kaisers neue Kleider von Hans Christian Andersen, der letztlich nackt dasteht, weil eine selbst gestellte Falle ihm und seine Minister glauben machen, dass die betrügerischen Weber ihm tatsächlich einen wunderbaren Stoff gewebt und davon Kleider genäht haben. Weder der Kaiser noch die Minister mochten zugeben, dass sie keine Kleider sehen konnten, weil sie nicht für dumm gelten wollten. Und auch das Publikum bewunderte die nicht vorhandenen Kleider, weil es die Gunst des Kaisers nicht verlieren wollte. Irgendwann sagte ein Kind, der Kaiser ist ja nackt und alle Bewunderer wurden ermutigt, die Nacktheit des Kaisers zu sehen. Ich bin kein Kind mehr, sondern das, was man früher einen Greis nannte und darum werden meine Worte wohl nicht die Wirkung des Kindes im Märchen von „Des Kaisers neuen Kleider“ haben.

Wir haben in der Verfassungswirklichkeit drei Kaiser, die Legislative, die Exekutive und die Judikative. Alle Diener und Untertanen dieser Kaiser bewundern das gemeinsame Kleid dieser Kaiser, das gar nicht vorhanden ist. Und nun komme ich daher, weil ich riskiere als

dumm zu gelten und sage, unsere Kaiser sind nackt, wir haben überhaupt keine gültige Verfassung.

Wenn die Bundesregierung erklärt, sie sei durch das Asylrecht mit ihrer Politik der offenen Grenzen durch das Asylrecht gebunden, ist das auch wohl nicht richtig. In der Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 5/6/2009 setzt sich in einer Abhandlung Dr. Dr. Paul Tiedemann<sup>33</sup> mit dem Asylrecht ausführlich auseinander. Ich zitiere aus der Einleitung und aus dem Schlussteil ohne Hervorhebungen und Fußnoten:

## **Das konstitutionelle Asylrecht in Deutschland**

- Ein Nachruf -

Spätestens mit Inkrafttreten der SO genannten Qualifikationsrichtlinie und der damit verbundenen Vergemeinschaftung des materiellen Flüchtlingsrechts hat das verfassungsrechtliche Asylrecht (Art. 16a GG) in Deutschland jegliche Funktion verloren. Der Aufsatz zeichnet noch einmal die wechselvolle Geschichte des Grundrechts und sein Verhältnis zur Genfer Flüchtlingskonvention nach und plädiert dafür, die Auffassung aufzugeben, dass dem Asylgrundrecht ein vom Völker- und Gemeinschaftsrecht unabhängiger eigenständiger Regelungsgehalt zukomme. Die Ausdifferenzierung zwischen der Anerkennung der Asylberechtigung und der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft (§ 31 II AsylVfG) ist heute gänzlich dysfunktional und führt nur zu einer unnötigen Verkomplizierung des materiellen Flüchtlingsrechts. Dem sollte durch ein wesentlich verschlanktes Asylgesetz abgeholfen werden.

### 1. Wie das Asylrecht ins Grundgesetz kam

Der Konvent von Herrenchiemsee hatte in seinem Grundgesetzentwurf eine Asylregelung vorgesehen, die an den Vorbildern der hessischen und bayerischen Verfassung orientiert war. Im Redaktionsausschuss des Parlamentarischen Rates wurde dann aber eine andere Formulierung gefunden:

»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts«. Auf wessen Idee das zurückzuführen ist, lässt sich aus den Materialien nicht eindeutig klären. Jedenfalls wurde der Vorschlag im Ausschuss für Grundsatzfragen von den Abgeordneten Georg August Zinn und Hermann von Mangoldt vertreten und verteidigt. Der Zusatz »im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts« sollte sicherstellen, dass mit der verfassungsrechtlichen Verbürgung des Asylrechts keine staatliche Verpflichtung geschaffen werden sollte, die über das hinausging, was sich aus den allgemeinen Regeln des Völkerrechts ergab. Das wird durch eine Erklärung bestätigt, die der Abgeordnete Hermann von Mangoldt dazu abgab: »Wir sind eine schwache Nation, und ohne die Mittel, um weitergehenden Schutz zu gewähren, können wir nicht etwas tun, wofür wir selbst nicht die entsprechenden Mittel zur Hand haben, um es zu gewährleisten.« Der Vorbehalt des allgemeinen Völkerrechts sollte auch

<sup>33</sup> Der Autor ist Richter am VG Frankfurt am Main und Lehrbeauftragter an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

sicherstellen, dass der Staat keine besonderen Fürsorgepflichten für politische Flüchtlinge übernehmen muss. ...

... Das gegenwärtige AsylVfG täuscht die Existenz von zwei möglichen Status für ausländische Flüchtlinge vor, nämlich den Status des Asylberechtigten (nach Art. 16a (GG) und den Status des Flüchtlings (nach GFK). Das BAMF ist nach § 31 II Asyl VfG gehalten, ein Entscheidungsprogramm abzuarbeiten, in dem beide Status geprüft und ggf. verliehen werden. Das Asyl VfG enthält weiterhin zahlreiche Regelungen, die nur auf die Prüfung des Asylstatus anwendbar sind, nicht aber auf den der Flüchtlingseigenschaft (§§ 26a, 27, 28, 29a AsylVfG). Insgesamt erfährt das materielle Flüchtlingsrecht in Deutschland durch die beschriebene Zweigleisigkeit einen Grad an Komplexität und - zumindest für den Laien – Undurchschaubarkeit, der sachlich in keiner Weise gerechtfertigt ist.

Denn so wenig Abendstern und Morgenstern zwei verschiedene Planeten sind, so wenig stellen Flüchtlingseigenschaft und Asylberechtigung zwei verschiedene rechtliche Status dar. Ein rechtlicher Status ist identisch mit den Rechten und Pflichten, die in ihm gebündelt werden. Ob ein identischer oder zwei verschiedene rechtliche Status vorliegen, entscheidet sich somit weder am Namen noch an unterschiedlichen Voraussetzungen, sondern allein am Inhalt. Ist das Bündel von Rechten und Pflichten, das mit einem Status A verbunden ist, exakt dasselbe wie dasjenige, das mit dem Status B verbunden ist, so handelt es sich nicht um zwei verschiedene, sondern um ein und denselben Status. Das Entscheidungsprogramm, das das BAMF nach § 31 II AsylVfG abzuarbeiten hat, ist deshalb in etwa genau so sinnvoll, wie wenn man dem Standesbeamten aufgäbe, ein Paar nicht nur für verheiratet, sondern auch noch für vermählt zu erklären.

Ein derartig verwirrendes Wortgeklingel ist im Hinblick auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit nicht unproblematisch. Denn das Rechtsstaatsprinzip verlangt Klarheit und Verständlichkeit rechtlicher Normen. Diesem Gebot muss umso mehr entsprochen werden, je weniger von den Rechtsbetroffenen eine besondere Sach- und Rechtskunde erwartet werden kann. Ausgerechnet Ausländern gegenüber ein Rechtssystem in Stellung zu bringen, das auch einem gebildeten Mitbürger deutscher Volkszugehörigkeit nicht vermittelt werden kann und sich nur noch aus der verwickelten Geschichte des Asylrechts in Deutschland verstehen lässt, ist mit den Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips nicht vereinbar. ... <sup>34 35</sup>

---

34 Aus der Fußnote 21 ist zu erfahren, dass sich sämtliche Mitglieder des Völkerbundes tatsächlich weigerten, jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufzunehmen.

35 Ich habe das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (GFK) gelesen. Wenn das eine Grundlage für die nationale Gesetzgebung ist, wundert mich die Kompliziertheit der Anerkennungsverfahren und die Zahl der Gerichtsverfahren überhaupt nicht mehr. Heute wurde im Fernsehen von folgendem Fall berichtet:  
> **Asylverfahren vor Gericht Justiz an der Belastungsgrenze** von Günther Neufeldt 27. 10. 2015

Die Verwaltungsgerichte müssen sich mit immer mehr Asylstreitigkeiten befassen: die Zahl der Fälle wächst weitaus schneller als die der Richter. Dabei wirken sich die hohen Flüchtlingszahlen des Sommers bei der Justiz noch gar nicht aus. Der Bund Deutscher Verwaltungsrichter fordert 600 zusätzliche Stellen.

Die Folgen sind nicht nur teuer für den Steuerzahler, sondern auch bedrückend für die Betroffenen: Der 24-jährige Osman flüchtete vor sechs Jahren vor islamistischen Milizen in Somalia, kam 2012 in Deutschland an. Seitdem teilt er sich mit drei ständig wechselnden Mitbewohnern ein Zimmer in einer Unterkunft für Asylbewerber.



Im Magazin *FOCUS* Nr. 43/15 vom 17. Oktober 2015 ist die nachfolgend benannte Stellungnahme zu lesen. Ich zitiere die einzelnen Punkte ohne ihre Erläuterung:

**Asylrecht kennt Obergrenze**

Führende Politiker argumentieren, sie müssten wegen des Grundgesetzes alle Flüchtlinge ins Land lassen.

**Das Gegenteil ist richtig, erklärt Verfassungsrechtler Rupert Scholz.**<sup>36</sup>

- 01 Asyl begründet keinen Anspruch auf Einwanderung
- 02 Jeder EU-Staat hat das Recht zur Grenzkontrollen
- 03 Der Staat muss nationale Identität schützen
- 04 Das Asylrecht steht nicht über anderen Grundrechten
- 05 Das Asylrecht kennt verfassungsrechtliche Schranken
- 06 Der Bundestag kann Asyl-Obergrenzen einziehen
- 07 Wer Regeln bricht, hat keinen Anspruch auf Asyl
- 08 Familiennachzug lässt sich rechtlich stoppen
- 09 Deutschland kann Flüchtlinge zurückschicken<sup>37</sup>
- 10 Die geplanten Transitzone sind mit der Verfassung vereinbar

Man kann also sehen – wenn man die Augen und Ohren aufmacht -, dass sich unsere Regierung auch dann außerhalb der Verfassung bewegt, wenn man das Grundgesetz ohne Gültigkeitsdatum gelten lässt. Also, wenn die Demonstranten gegen die Asylpolitik kriminalisiert werden, dann sollte nicht vergessen werden, die Regierungsmitglieder in die gleiche Kategorie von Menschen einzusortieren. Diese Aussage soll nicht verstanden werden als ein Aufruf, die Regierungsmitglieder zu schmähen (Ich möchte in keiner Haut eines Regierungsmitgliedes stecken.), sondern nur die Fronten in der Auseinandersetzung klarer beschreiben.

---

Drei Jahre ohne irgendeine sinnvolle Beschäftigung liegen hinter ihm. Arbeiten darf er nicht; Deutschunterricht erhält er erst seit zwei Monaten. Da er einmal eine befristete Aufenthaltsgenehmigung in Italien hatte, streiten Juristen darüber, ob Deutschland oder Italien seinen Asylantrag prüfen muss. Sechsmal schon haben sich Gerichte mit seinem Fall beschäftigt; dreimal hat das Bundesamt neu entschieden – und noch immer ist Osmans Schicksal ungewiss. ... <

<http://www.heute.de/asyilverfahren-vor-gericht-justiz-an-der-belastungsgrenze-40715998.html>

<sup>36</sup> Verfassungsrechtler Rupert Scholz, 78, war Staatsrechtsprofessor in Berlin und München sowie Bundesverteidigungsminister in Bonn. Er ist Mitherausgeber des wichtigsten juristischen Kommentars zum Grundgesetz (Maunz/ Dürig/Herzog/Scholz)

<sup>37</sup> Hier steht auch: Kein Asylbewerber hat ein Recht auf Auswahl des Asylstaats oder auf Freizügigkeit. Wenn ein Asylbewerber aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union nach Deutschland kommt, ist er nach dem Vertragswerk von Dublin in den jeweils anderen Mitgliedsstaat zurückzuführen. Diese Grundsätze von Dublin sind von verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den vergangenen Monaten massiv verletzt worden [Italien, Österreich, Griechenland]. Auch Deutschland hat mit seiner Entscheidung, Flüchtlinge insbesondere aus Ungarn direkt aufzunehmen, gegen die Grundsätze von Dublin verstoßen.

## 14. Die mangelnde Ehrlichkeit über die Ursachen und Wirkungen der Flüchtlingsströme

Leider müssen sich auch die Bürger in demokratischen Staaten immer mehr darauf einstellen, dass sie von ihrer politischen Vertretung (auch in den höchsten Ämtern) manipuliert und belogen werden. Ich denke, dass wir die Ursachen nicht in Charaktermängeln der Menschen zu suchen haben, die die politische Klasse bilden, sondern darin, dass die Politik das Maß und die Orientierung verloren hat. Die Aufgaben und Grenzen des Staates sind nicht mehr klar und auch sind die Bürger insgesamt sich nicht mehr klar darüber, in welchem der Ordnungsrahmen wir unsere Gesellschaft gestalten wollen. Auch herrschen nur verschwommene Vorstellungen darüber, wie wir für alle gedeihlich kulturell und ökonomisch mit den anderen Gesellschaften dieser Welt kommunizieren wollen. Weiter werden die ökonomischen Konfliktfelder, die Armut und Reichtum und daraus resultierend Terrorismus, Krieg und Flucht produzieren, nicht wirklich offengelegt und bearbeitet. (Aber zum Mars möchten auch wir bald fliegen.) Die Wirkung ist, dass die Politik nur noch eine Serie von systemlosen Eingriffen in den Gesellschaftskörper ist, bei der die Widersprüche und der Unsinn verbal aus der Welt geschaffen werden muss, was aber nicht wirklich gelingen kann. Das Ergebnis ist dann (Selbst-)Täuschung und eine Kette von Notlügen, Vertrauensverlust und letztlich Bürgerkriege, die nicht immer durch Anzettelung von Völkerkriegen vermieden werden können.

Was brauchen wir noch Politik und Wissenschaft, wenn bedrohliche Entwicklungen, die mit dem „gesunden Menschenverstand“ voraussehbar waren und sind, nicht von den zuständigen Institutionen unserer Gesellschaft thematisiert und entgegengewirkt wird. Die Gegenwirkung sollte natürlich nicht sein, hohe Zäune zu bauen und das Militär in Bewegung setzen, sondern die Ursachen ohne Rücksicht darauf, ob sie Privilegien mächtiger Personen oder Institutionen tangieren, zu lokalisieren und unter der Beachtung der Grundrechte der Menschen zu beseitigen.

Damit das Konfliktpotenzial, das der Flüchtlingsstrom in sich birgt, nicht unnötig wächst, sollten sich Bürgergruppen bilden und versuchen, möglichst alle gedanklichen Modelle, die für die aktuelle Auslösung des Flüchtlingsstroms zusammzutragen und auszuwerten. Von unserer Regierung können wir zur Zeit diese Klärung nicht erwarten. Im Netz werden die

verschiedensten Deutungen angeboten. Wer sich über Verschwörungstheorien beklagt, sollte ehrliche Aufklärung dagegensetzen. In Weimarer Republik kamen in der Phase der Selbstzerstörung die Juden als Urheber doch nur deshalb in den Verdacht, weil sich die Aufklärung über die Fehler im Geldsystem kein Gehör verschaffen konnten und die Juden aus historischen Gründen überproportional mit dem Geldgeschäft verknüpft waren. Gegen irrationale Reaktionen schützt am besten Aufklärung, aber in einer Form, die nicht besserwisserisch dafür aber ehrlich und nicht kränkend ist.

Weiter oben hatte ich ein paar von den Internetbeiträgen zum Thema *Flüchtlinge* benannt, die ich gelesen habe. Dazu gehörte ein fiktiver Brief von Albrecht Müller – der als ehemaliger Leiter der Planungsabteilung Bundeskanzleramt ausgewiesen wird – an die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin. Der Brief wurde unter dem Titel **„Könnte es sein, dass die Flüchtlinge und wir die Opfer einer PR-Strategie der CDU-Vorsitzenden/Bundeskanzlerin geworden sind?“** veröffentlicht. Darin wird der Flüchtlingsstrom als ein PR-Strategie beschrieben, um von den Problemen mit Griechenland abzulenken, die Deutschland in keinem guten Licht erscheinen lassen. Der Text ist hier zu finden:

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27568>

Ich halte diese These für unwahrscheinlich, weil der Flüchtlingsstrom zwar von Griechenland als Schuldner abgelenkt hat, die Haltung der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage aber neuen Unmut von anderen EU-Staaten auf Deutschland gezogen hat. Ich hatte am Beginn des starken Stroms von Flüchtlingen eher den Eindruck, dass er Willkommen geheißen wurde, weil er die lästige Einwanderungsdebatte erspart. Auch an dem tatsächlichen oder nur vermuteten Motiv „Umgestaltung Deutschlands“ ohne Mandat durch die Bundeskanzlerin klingt plausibel. Vermutungen über die Auslöser gibt es viele: Die Bundesregierung, die Amerikaner, die Engländer, die Russen, die Ölstaaten (um Europa zu islamisieren) usw. Vielleicht war es nur der Zeitpunkt, wo von dem weidenden „Vieh“ ein Rind den Zaun der abgegrasten Weide durchbricht und die ganze Herde nach und nach folgt. Für den gedeihlichen Umgang mit dem Problem ist es aber wichtig, Klarheit über die Abläufe zu bekommen. Woher haben die Armutsflüchtlinge und die Kriegsflüchtlinge das Geld für die Schlepper und die Handys? Was wussten die deutschen Geheimdienste von den sich anbahnenden Flüchtlingsströmen. Es kann doch nicht sein, dass in einer Situation, wo fast jede politische Nebensächlichkeit registriert wird, unsere Regierung völlig ahnungslos von dem Geschehen überrascht wurde. Welche Staaten und welches Großunternehmen haben hier welche Interessen

im Spiel und wie agieren sie auf offener Bühne und hinter den Kulissen? Wer ist bemüht das Volk dumm zu halten?

Die Wirtschaftswoche hat einem Artikel von Frank Doll und Gerald Cesar vom 12. September 2015 eine treffende Überschrift gegeben:

„**Waffen für Nahost, Flüchtlinge für Deutschland**“ Hier ein paar Auszüge:

**Die Flüchtlingskrise ist die Quittung für Europas Gleichgültigkeit. Deutschland zahlt den Preis für seine Naivität und Leisetreteri. ...**

... In Berlin und Brüssel glaubt man zwar noch an ein temporäres Problem, aber das Flüchtlingsproblem wird sich in den nächsten Jahren eher noch verschärfen. Heute sind es die Flüchtlinge aus Syrien, morgen die aus Libyen und übermorgen jene aus Schwarzafrika. Südlich der Sahara werden in 20 Jahren vermutlich 900 Millionen mehr Menschen leben und nach Arbeit und einer Zukunft suchen. Findet sich für den afrikanischen Kontinent keine tragfähige Lösung, ist kein Ende des Flüchtlingsstroms nach Europa in Sicht. ...

... Die Integration von Türken in Deutschland hat nur da einigermaßen geklappt, wo ausreichend industrielle Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Doch dieses Angebot wird es auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Zukunft nicht mehr geben. ...

...Von den 30,9 Millionen in der Studie berücksichtigten sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten seien 18,3 Millionen Arbeitsplätze in ihrer jetzigen Form von der fortschreitenden Technologisierung in Deutschland bedroht. ...

... Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise wird es für Berlin höchste Zeit, im Syrien-Konflikt Farbe zu bekennen und die Dinge beim Namen zu nennen. Der Krieg in Syrien ist eben nicht, wie in den meisten Medien behauptet, ein religiöser Krieg zwischen fanatisierten Sunniten und Schiiten, dem der zivilisierte Westen machtlos gegenübersteht.

Auch in Syrien geht es in erster Linie um Rohstoffe, vor allen Dingen um Erdgas. Die Flüchtlinge sind so gesehen ein „Kollateralschaden“ dieses Rohstoffkrieges. Wer das einmal verstanden hat, kommt einer Lösung des sich gerade wieder zuspitzenden Syrien-Konflikts und der Flüchtlingskrise vielleicht ein Stück näher. Wer Europa aus dem Nahen Osten mit Erdgas beliefern will, kommt an Syrien nicht vorbei. Das Land liegt wie ein Sperrriegel vor der Türkei und dem Mittelmeer. Große Erdgasvorräte in der Region besitzen der Iran und Katar.

Bewegung in das Spiel um Macht und Einfluss an den Energiemärkten des Nahen Ostens brachte 2009 die Entdeckung riesiger Erdgasfelder im östlichen Mittelmeer, als deren potenzielle Ausbeuter Zypern, Libanon, Israel und Syrien in Frage kommen. ...

... Assad hatte es sich endgültig mit den Golfstaaten verscherzt. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei begannen, den syrischen al-Qaida-Ableger Jabhat al-Nusra sowie die Kämpfer der Terrorgruppe ISIS zu finanzieren und mit Waffen auszustatten. Der Rest ist bekannt. ...

<http://www.wiwo.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-waffen-fuer-nahost-fluechtlinge-fuer-deutschland-/12310284-all.html>

Wer trägt die jetzt und später anfallenden Kosten der Flüchtlingsaufnahme? Die Benennung der Gemeinden, Länder und des Bundes ist falsch, weil diese das Geld für die Finanzierung der Kosten dem Bürger abpressen. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Einladung an die Flüchtlinge direkt in die Geldbörse der Bürger gegriffen.

### **Politologe: Zuwanderung auf Kosten der Steuerzahler ist objektiv ungerecht**

„Welche Sorgen drücken die deutsche Bevölkerung?“, wurde der Politik-Professor Werner Josef [Patzelt](#) in einem Interview mit dem ZDF gefragt. Die sieht Patzelt zum Beispiel bei den Bürgermeistern, die nicht mehr wüsst, wo sie die Geflüchteten unterbringen sollen. Nur wegen des guten Willens der Zivilgesellschaft ginge das Ganze noch gut, was aber auf die Dauer nicht anhalten würde. ...

...Patzelt kann Konflikte wegen ungerechter Lastenverteilung nachvollziehen. „Die ganz normalen Lohnsteuerzahler haben das Gefühl: Wir bezahlen das Ganze - und unser Geld wandert in die Taschen von Immobilienbesitzern, Hoteliers, Bauunternehmern, Caterern und Rechtsanwälten, die jetzt vom starken Flüchtlingszuzug profitieren. ...

Epoch Times, Samstag, 24. Oktober 2015 15:20

<http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/politologe-zuwanderung-auf-kosten-der-steuerzahler-ist-objektiv-ungerecht-asyllkrise-a1278627.html>

In einem Artikel von Jörg Köpke in der HAZ vom 17. Okt. 2015 unter dem Titel „Das Murren über Merkel wird lauter“ wird über eine CDU-Versammlung in Berlin Mitte u.a. berichtet:

„Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass im Winter einer der Flüchtlinge auf offener Straße mitten in Berlin erfriert“ sagt einer der etwa 20 Anwesenden. Ein anderer erregt sich: „Mutti Merkel ist die Regie aus der Hand gegelitten. Das werden wir bei der nächsten Wahl zu spüren bekommen.“ Ein älterer Herr hält dagegen.. Verdammt noch mal: Wir sind reich genug. Wir müssen das regeln. In der Bibel steht: Unser täglich Brot gib uns heute - und nicht nur: mein Brot.“ Und über allem schwebt ein berühmter Satz der Kanzlerin, ausgesprochen am 4. September: „Wir schaf-

fen das.“

Der ältere Herr, der meint, wir seien reich genug, um das zu packen, gehört sicher nicht zu den Rentnern, die im Ruhestand weiterarbeiten müssen, weil die Rente zum Leben nicht reicht. Und er gehört sicher auch nicht zu dem Kreis der 100 Tausend, die jährlich die Insolvenz beantragen. > Jeder vierte Deutsche spart nichts mehr / Sparkassen-Umfrage: Viele sorgen nicht für das Alter vor / bei Geldanlage spielt Sicherheit die größte Rolle < meldet die HAZ vom 28. 12. 2015. Ein Großteil dieses Viertels gehört vermutlich zu den Nicht-Sparern weil sie nichts zum Sparen haben. Die Einkommen und Vermögen sind auch in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt. Von dem Einkommen der Bürger wird rund die Hälfte für Steuern und Abgaben abgezogen. Aber was nicht beachtet wird, ist die Tatsache, dass von dem Nettoeinkommen 30 bis 40% für die Verzinsung des Kapitals draufgehen, die in den Preisen der Güter einkalkuliert sind, die mit dem Nettoeinkommen bezahlt werden.<sup>38</sup>

Mit der Öffnung der Grenzen hat die Bundeskanzlerin aber nicht nur eine Entscheidung über zusätzliche Einkommensteile der Bürger getroffen, sondern auch über einen Teil ihrer verfügbaren Lebenszeit und Kraft, denn sie verdienen ihr Geld nicht ohne Einsatz von beiden Komponenten. Sie sabotiert das grundgesetzlich geschützte Eigentum in jener Form, das aus Arbeit gebildet wird und daher unbedenklich ist und das als Basis der Gestaltungsfreiheit dient.

---

### **Kabarettistenmund tut Wahrheit kund.**

Statement von Christoph Siebert auf 3sat

Weil wir Angst haben vor dieser großen Zukunft, wollen wir lieber keine.

"Das Beste liegt hinter uns", das ist das Gefühl dieser Gesellschaft. "Das Beste kommt noch", wäre das Gefühl einer lebendigen Gesellschaft.

Deswegen ignorieren wir einfach die Realität. Nämlich dass 1% der Weltbevölkerung so viel besitzen wie die übrigen 99%.

Und diesem 1 % ist es in einer gigantischen Lügenkampagne gelungen, den 99 % zu erzählen, dass das, was im Sinne des 1 % ist, im Sinne aller ist - und wir glauben das.

Christoph Sieber („Hoffnungslos optimistisch“)

Die Kanzlerin greift auch direkt in das Arbeitsverhältnis der LehrerInnen ein, indem sie ihnen die Unterrichtung von Kindern aufbürdet, die nicht die Voraussetzungen dafür mitbrin-

---

38 Siehe: [http://www.humane-wirtschaft.de/pdf\\_z/creutz\\_zinsanteil-in-preisen.pdf](http://www.humane-wirtschaft.de/pdf_z/creutz_zinsanteil-in-preisen.pdf)

gen. Von einer zusätzlichen Entlohnung des Lehrpersonals wurde bisher nicht gesprochen. (Es geht hier nicht um die Bedürfnisse der Flüchtlingskinder aus deren Sicht, sondern um die Anforderungen an die Lehrerschaft und um eine mögliche Reduzierung der Bildungsvermittlung einheimischer Kinder durch politische Entscheidungen.) Es sei nur kurz daran erinnert, dass unsere Schulen keine Lernorte sind, wo Freiheit erlebbar ist und wo freie Lehrer die Schüler zur Freiheit befähigen, sondern quasi Vollzugsanstalten der Bildungspolitik. Wenn das nicht immer sichtbar ist, dann liegt das an der Tüchtigkeit der Lehrerschaft, die den Gefängnischarakter der Schulen vergessen lassen. Wir leben bildungspolitisch in einem kommunistischen Land.

In einem Essay im STERN Nr. 40 vom 24. 9. 2015 schreibt Walter Wüllenweber unter dem Titel „Mach´s noch einmal, Deutschland“:

... Die USA, Kanada oder Australien suchen sich ihre Zuwanderer so aus, dass sie sofort das Bruttoinlandsprodukt steigern. Aufgrund der geografischen und der politischen Lage ist das für Länder in Europa unmöglich. Deutschland muss die Menschen nehmen, die kommen. Und Geld, Zeit und Mühe investieren, damit die Zuwanderer - vor allem ihre Kinder - die fehlenden Arbeitskräfte ersetzen. Im Jahr 2030. Die Chancen stehen gut: Ein Drittel der Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche, ein weiteres Viertel ist unter 25 Jahre alt. Deutschland muss hoffen, dass gerade die Jungen bleiben, wenn sich die Lage in den Herkunftsländern einmal stabilisiert....

... Deutschland ist eines der wenigen Länder Europas, in dem rechtspopulistische Parteien in den vergangenen 20 Jahren keine Chance auf Mitgestaltung hatten. Und die Phase des Arbeitskräftemangels hat gerade erst begonnen. Noch bleibt genug Zeit, die Flüchtlinge zu integrieren und auszubilden. ...

Ob die Flüchtlinge jene Qualifikationen mitbringen, die auf dem Arbeitsmarkt gesucht werden, ist doch mehr als fraglich. Ich erinnere an die weiter oben zitierten Aussagen aus der *WirtschaftsWoche*, „*Waffen für Nahost, Flüchtlinge für Deutschland*“. Die mögliche Ausbildung der jungen Flüchtlinge wird sich aber auch nicht so einfach vollziehen lassen, wie man es sich wünschen kann. Ich zitiere dazu gleich aus dem FOCUS. Hier noch drei Anmerkungen:

1. Dass rechtspopulistische Parteien bei uns weiterhin keine Chance haben, ist bei der jetzigen Regierungspolitik stark zu bezweifeln.
2. Wichtig ist, endlich zu begreifen, dass alles, was wir via Staat Flüchtlingen an Gutes angedeihen lassen wollen, von den jetzt Aktiven im Arbeitsprozess erarbeitet werden muss. Dass, was anderen an Bildung ermöglicht wird, geht zu Lasten der Chancen

auf der eigenen Weiterbildung, jener, die die Lasten tragen müssen. Man erwartet von der aktiven Arbeitnehmerschaft und Unternehmern, dass sie die künftige Konkurrenz finanzieren und selber aufgrund mangelnder eigener Weiterbildung im Markt das Nachsehen haben.

3. Es wird immer wieder argumentiert, wir bräuchten eine Zuwanderung, um fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen. Ich sehe hier vor allem eine verkappte Strategie der Lohn-drückerei, die dazu dient, die Rendite zu Lasten des Arbeitseinkommens hochzuhalten.<sup>39</sup> Wenn ein Unternehmer die heimischen Märkte zu eng empfindet, soll er in die Entwicklung dieser Märkte investieren oder dort hingehen, wo er bessere Bedingungen für sich findet und so zur Entwicklung jener Länder beitragen, die heute den Druck auf unsere Grenzen ausüben. Es geht jedenfalls nicht an, mit einer Einwanderungspolitik die Arbeit (Damit sind auch die Unternehmer gemeint – sogar bei Marx.) zu Gunsten des Kapitals zu belasten. Außerdem ist es eine Anti-Entwicklungspolitik, wenn aus den unterentwickelten oder zerstörten Ländern die besten Leute abgeworben werden.

Und jetzt die Zitate aus dem Weckruf von Heiner Rindermann im FOCUS 43/2015:

Der Bildungsstandard der meisten Einwanderer aus Vorderasien und Afrika ist niedrig, ihre Fähigkeiten sind limitiert. Die Folgen werden bitter sein

#### **Ingenieure auf Realschulniveau**

... Selbst in einer Elitegruppe, Ingenieurstudenten aus den Golfstaaten, ist ein großer Unterschied erkennbar: Deren Kompetenzen liegen um zwei bis vier Schuljahre hinter denen vergleichbarer deutscher Ingenieurstudenten. Diese Ergebnismuster untermauert eine jüngst in Chemnitz durchgeführte Studie: Asylbewerber mit Universitätsstudium wiesen in mathematischen und figuralen Aufgaben einen Durchschnitts-IQ von 93 auf - ein Fähigkeitsniveau von einheimischen Realschülern.

Selbstverständlich bestehen für Migranten Entwicklungsmöglichkeiten, aber wie die Erfahrungen mit vergangenen europäischen Schülergenerationen zeigen, sind sie begrenzt. ...

... Migrantengruppen werden ihre Erfahrungen als Diskriminierung deuten. Um solche Unterschiede zu übersehen, tendieren Gesellschaften dazu, Informationen darüber zu reduzieren, Standards abzusenken und eine Auswahl nach objektiven Leistungstests zu vermeiden. In der Wirtschaft etablieren sich nicht ökonomische Prozesse wie etwa die Vergabe zu günstiger Kredite und Versicherungsprämien.

Eine Möglichkeit, um in den genannten Einwanderergruppen mit der nach-

<sup>39</sup> Hierzu Überlegungen in Kanada:

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/einwanderung-kanada-deutschland/komplettansicht>



vollziehbaren Frustration umzugehen, ist es, alternative Ziele anzustreben, etwa in Sport oder Musik, aber auch dysfunktionale wie Kriminalität oder die Fokussierung auf die Religion. ...

... Durch Migration steigt die oft positiv bewertete Diversität. Auf gesellschaftlicher Ebene hängt höhere Diversität aber mit mehr Einkommensungleichheit, Staatsfragilität, höheren Verbrechensraten und mit weniger Vertrauen zusammen.

Für viele mögen diese Effekte überraschend oder gar verstörend sein. Das liegt daran, dass Politik, Medien und sogar die Wissenschaft migrationsbezogene Ereignisse oft verzerrt darstellen. Entscheidungen wie die Politik der offenen Tore von Angela Merkel zeugen, wenn die Folgen bedacht werden, von wenig Verantwortung für die Gesellschaft. Doch da Nutzen und Risiken auf unterschiedliche Personen und lange Zeiträume verteilt sind, ernten Entscheidungsträger den Nutzen als medial-politischen Reputationsgewinn sofort, während die Gesellschaft die Kosten jahrzehnte- oder gar jahrhundertlang zu tragen hat, insbesondere die ärmeren Schichten einschließlich vieler Migranten. ...

Es wird ja immer wieder behauptet, dass Deutschland die Flüchtlings- und Vertriebenenproblematik gut verkraftet hätte und genauso den Vereinigungsprozess von DDR und BRD. Oberflächlich gesehen stimmt das. Aber wenn man genauer hinsieht, ist der Lastenausgleich zwischen denen, deren Vermögen der Krieg geschont hatte und denen, die alles verloren hatten nur unzureichend gelungen.<sup>40</sup> Die heimischen westlichen Deutschen fühlten sich von den Flüchtlingen bedrängt und in ihren Wohnmöglichkeiten eingeengt und die Flüchtlinge fühlten sich oft missachtet. Sie waren die „Wir-hatten-Menschen“, deshalb, weil sie versuchten, ihren sozialen Status dadurch aufzubessern, indem sie aufzählten, was sie alles in ihrer verlorenen Heimat hatten. Ich hatte neulich eine Frau am Telefon, bei der die Kränkungen, die sie als Flüchtlingsmädchen erlitten hatte, in der aktuellen Situation wieder hochkamen.<sup>41</sup> Außerdem darf man nicht vergessen, dass die große Mehrzahl der deutschen Flüchtlinge damals gerne wieder in ihre Wohnorte zurückgekehrt wäre, wenn sie gedurft hätten.

Und beim Thema Vereinigung von DDR und BRD hat man wohl schon wieder vergessen, dass man bei der Privatisierung des DDR-Staatsvermögen – in denen die Zwangsparsnisse der DDR-Bürger steckte – die DDR-Bürger zu Bettlern und die West-Arbeitnehmer zu den

---

40 Siehe dazu das Protokoll der Tagung „Wer hat, dem wird gegeben ...?“ der Ev. Akademie Bad Boll. Das Tagungsprotokoll 18/85. Der erste Beitrag ist hier zu finden:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/86.4%20TheologieZinsGeld.pdf>

41 **Siehe dazu auch:** PDF|Flucht + Vertreibung 1945/46 - Heimatbund für das ...

[www.heimatbund-om.de/download.php?download...](http://www.heimatbund-om.de/download.php?download...)Zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Oldenburger Münsterland. 4.1. Gemeindedirektor a. D. Franz Wiese aus Garrel berichtet. 18. 4.2. Bericht.

Kostenträgern gemacht hat. Glücklicherweise können wir nur darüber sein, dass der Vereinigungsprozess nicht noch einen größeren Schaden angerichtet hat, er kann aber kein Vorbild für die Bewältigung der jetzigen Flüchtlingskrise sein.

Und ist es nicht erstaunlich: Da gibt die Bundesrepublik Milliarden Euro für ihre Sicherheit – für ihre Unverletzlichkeit – aus, und nun wird sichtbar, dass ihr kollektivistisch geknüpftes soziales Sicherungssystem die Achillesverse ist. Aus der Sicht der Flüchtlinge ist es ganz logisch, dass sie Schweden und Deutschland anstreben, weil diese Länder die besten staatlichen sozialen Sicherungssysteme haben, die sogar scheinbar ohne Mühe das Manna auf die Flüchtlinge regnen lässt. Es wird nur übersehen, dass dieses Sicherungssystem durch Zwangsmitgliedschaften und Zwangsbeiträgen der Arbeitnehmer aufgebaut und finanziert wird. In diesem Sicherungssystem stecken Quasi-Eigentumsanteile jedes Arbeitnehmers, über die sich die Sozialpolitiker erlauben, wie über das eigene Vermögen verfügen zu können.

Gestützt wird dieses Sicherungssystem durch sozialdemokratische Politiker – die es nicht nur in der SPD gibt – und die Gewerkschaften – die immer noch glauben mit Sozialpolitik könnte man den „Kapitalismus umbiegen“.<sup>42</sup> Natürlich spricht nichts dagegen, dass sich Arbeitnehmer durch ein soziales Netz absichern. Es spricht aber viel dagegen, dass ein wesentlicher Teil ihres Lohnes zur Manipulationsmasse der Sozialpolitik wird. Und dass in dem System praktisch die, die es finanzieren, entmündigt sind. Und wenn ich in Fernsehberichten beobachten kann wie der Zoll auf Baustellen ausschwärmt, um nach Schwarzarbeitern zu suchen, dann assoziiere ich das mit Einsätzen der Stasi und Sonderkommandos unter NS-Herrschaft. Auch ist der Anteil der Arbeitgeber an den Beiträgen für die Sozialversicherungen keine soziale Leistung, sondern es sind einfach Lohnkosten, die steuerlich anders behandelt werden als die anderen Löhne. Es ist noch ein langer Weg, bis der Arbeitnehmer ein autonomer Unternehmer ist, der seine Fähigkeiten - auch mit einer Gewerkschaft neuen Typs - optimal vermarktet und nicht immer befürchten muss, dass der Staat seinen Wohlstand durch Unterlassungen oder falsche Handlungen gefährdet.

Ein wichtiger Faktor bei dem Zuströmen von Einwanderern – egal welcher Kategorie – ist die Tatsache, dass der nutzbare Boden knapper wird, was sich in Pacht- und Kaufpreisen und folgend in Mietpreisen ausdrückt. Bei dem geltenden Bodenrecht bedeutet das, dass den Bo-

---

42 „Den Kapitalismus umbiegen“ ist ein Buchtitel, in dem Schriften von Oswald von Nell-Breuning von Friedhelm Hengstbach veröffentlicht wurden.

deneigentümern ein Vermögens- und Einkommenstransfer ohne Gegenleistung zu gute kommt, den die Bürger ohne Bodeneigentum zu tragen haben. Das wird von den Bürgern nicht immer rational erfasst, führt aber trotzdem zu Dissonanzen, die sich bis zu Bürger-, Völkerkriegen und Fluchtbewegungen steigern können. Der soziale Wohnungsbau ist keine Lösung des Problem, weil wenige Wohnungsnutzer zu Lasten anderer subventioniert werden.

Die letzte Meldung in diesem Abschnitt:

Der **Bundesfinanzminister** hat damit begonnen, die Öffentlichkeit auf **höhere Ausgaben** angesichts der **Flüchtlingskrise** vorzubereiten. In der Koalition rechnet man mit rund **zehn Milliarden Euro** an zusätzlichen Kosten. Die gute Nachricht: Es soll keine höheren **Steuern** geben. Die schlechte Nachricht: dafür höhere **Schulden**. Die bedauerliche Tatsache, dass die höheren Schulden von morgen die höheren Steuern von übermorgen sind, fällt dann in die Amtszeit der nächsten Bundesregierung.  
Gabor Steingart im HBMB vom 29. 10. 2015

## 15. Gibt es Perspektiven zur Lösung der anstehenden Konflikte und Hilfe für die Menschen, die von Krieg und Hunger betroffen sind?

Wenn ich keine Perspektiven für eine Bewältigung der Gegenwart und Zukunft sehen würde, hätte ich mich mit diesem sperrigen Text und Thema, das ständig widerstreitende Gefühle auslöst, gar nicht beschäftigt. Aber nur mit Empathie für die Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben, um ein Morgen zu finden, das besser ist als das Heute und für die Menschen im eigenen Land und dem weiteren Europa, die den bedrängten Menschen helfen wollen, eine sichere Zuflucht zu finden, wäre für die Flüchtlinge und die Europäer nicht viel gewonnen, denn:

1. Wer nur mit Empathie und der durchaus notwendigen Organisation der Versorgung diese Notsituation überwinden will, steht wie ein Zuschauer am Ufer, der einem Ertrinkenden nur einen mitfühlenden Blick gönnt.<sup>43</sup> Aber Ertrinkende, die die Retter mit in die Tiefe zu reißen

<sup>43</sup> Als ich diese Zeilen schrieb, wusste ich nicht, das schon wieder Kinder und Erwachsene im Mittelmeer ertrunken sind. Hier kann man nicht mehr nur alleine den IS und Baschar al-Assad verantwortlich machen. Die Einladungssignale aus Deutschland wirken noch immer. Und die Signale für eine Friedenspolitik und

drohen, müssen unter Umständen auch mit Härte begegnet werden. Das heißt hier im konkreten Fall: Um denen, die schon zu uns gekommen sind und denen, die noch zu uns möchten, zu helfen, ist durch die Tat klar zu machen: Bis auf weiteres lassen wir keinen mehr rein! Wir müssen erst einmal jenen Hilfe angedeihen lassen, die es bis zu uns geschafft haben und dann müssen wir sehen, wie wir denen helfen können, die draußen bleiben mussten. Europa darf sich selber nicht mehr als Fluchthelfer betätigen, sondern muss so verfahren wie es im Offenen Brief von Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof an die Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 4. Sept. 2015 beschrieben wird:

– dass die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, ( Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, dass Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote „auf den Haken“, in Seenot geratene Migrant an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. )

<https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/>

2. Der respektablen Frau Dr. Angela Merkel muss klar gemacht werden, dass sie als Bundeskanzlerin Deutschlands nicht die Rolle des Generalsekretärs der SED der untergegangenen DDR innehat. Die herausragende Stellung der Bundeskanzlerin entpflichtet nicht die Minister und die Abgeordneten des Bundestages, die Bürger vor Schaden zu bewahren.

3. Bei aller Optimierung der Hilfe für die in Deutschland eingetroffenen Flüchtlinge, darf nicht davon abgelenkt werden, dass die Flucht kein automatisches Einwanderungsrecht zur Folge hat. Es ist nicht gleich von einer Integration auszugehen, sondern von einer Schutzgewährung mit Rückkehr in das jeweilige Heimatland. Dabei darf aber nicht das Ziel aus dem Auge verloren gehen, dass wir eine Weltordnung anzustreben haben, die ohne Grenzzäune mit dem freien Zugang zu jedem Land für jedermann ermöglicht. Wenn das nicht ein Lippenbekenntnis bleiben soll, ist das ein Stück harter Arbeit, die Jahrzehnte dauert.

4. Den Flüchtlingen, denen der Zugang zu Europa unmöglich war oder versperrt wurde und daher draußen bleiben mussten, ist das Leben in ihren außereuropäischen Aufenthaltsorten so gut wie möglich von den EU-Staaten zu erleichtern.

---

für die Hilfe vor Ort aus Europa sind zu schwach. Ich muss dabei auch an meinen Patenonkel denken, der im Krieg mit seinem Schiff dienstverpflichtet war und in der Ägäis ums Leben gekommen ist.

5. Den Flüchtlingen ist nach einer Erholungspause eine ernsthafte Lern- oder Produktivarbeit zuzumuten<sup>44</sup> bzw. nicht zu verweigern.<sup>45</sup> Die Flüchtlinge müssen auf Aufbau- und Entwicklungsarbeiten in ihren Heimatländern vorbereitet werden. Dabei darf die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nur ein Nebenziel sein.

6. Die Kinder und Jugendlichen dürfen nicht mit der Bildung, die ihnen vermittelt wird, ihren Heimatländern entfremdet werden. Das heißt, ihre Muttersprache darf nicht verloren gehen.

7. Für die Flüchtlinge muss für die Dauer ihres Aufenthaltes eine gesonderte Krankenversicherung gebildet werden, deren Leistungen auf Standardbehandlungen begrenzt werden. (Das ist erforderlich, um jene Versicherten vor einer Kostenexplosion zu schützen, die über Jahrzehnte durch ihre Beiträge, das System der gesetzlichen Krankenkassen aufgebaut haben.)

Ich breche hier die Aufzählung ab. Ich bin kein Gesetzgeber und auch keine Partei, die ihren Wählern ein Forderungskatalog präsentiert. Ich kann nur berechnete Merksätze formulieren, denen man zustimmen oder die man ablehnen kann.

In der Sonntagsbeilage der HAZ vom 17./18. Oktober 2015 ist ein Beitrag von Rupert Neudeck<sup>46</sup>, der betitelt ist mit "Fluchtgründe verstehen nicht bloß bekämpfen". Ohne die Fluchtgründe zu verstehen, können sie wohl nicht mit Erfolg bekämpft werden. Rupert schreibt unter anderem:

Was wir heute brauchen, ist ein in echter Partnerschaft gründender Pakt zwischen den Ländern Europas und Afrikas. Jene EU-Staaten, die kräftig genug dazu sind, sollten sich jeweils einem afrikanischen Land zuwenden: durch wirtschaftliche Kooperation, durch Ausbildungsoffensiven in den Partnerländern. Dann könnten Leuchttürme entstehen in Afrika. Dann könnte die Migration afrikanischer Jugendlicher abebben, womöglich gestoppt werden.

---

44 Es muss jedem Flüchtling klar gemacht werden, dass es in unseren Breitengraden ohne Arbeit nichts zu essen gibt. Für gewährte Sozialleistungen müssen andere arbeiten und sich krumm machen.

45 Die Verdammung zum Nichtstun kann den Charakter einer Folter haben und ist eine Verschwendung menschlicher Ressourcen. Aus meiner Zeit als Schiffsjunge habe ich noch die Klage des Steuermannes in Erinnerung, der sagte, dass Schlimmste an seiner Gefangenschaft war, dass er und Mit-Gefangene nicht arbeiten durften.

46 „Rupert Neudeck (76) ist Mitgründer des Hilfswerks Cap Anamur und des Friedenskorps „Grünhelme“. Neudeck wurde bekannt, als er sich 1979 für die Rettung Tausender vietnamesischer Bootsflüchtlinge einsetzte.“

Eine echte Partnerschaft scheint mir nur möglich zu sein, wenn die Partner jeweils genau wissen, was sie von den jeweiligen Partner erwarten und berechtigt erwarten können. Wenn ein europäisches Land sich einem afrikanischen Partnerland zuwendet, müssen ihre Bewohner vorher wissen, wo die ökonomischen Probleme im allgemeinen und in dem gewählten Partnerland im besonderen liegen. Dabei sind die speziellen Probleme vermutlich leichter zu lokalisieren als die allgemeinen, die in einem Nebelfeld liegen, das von der Politik und der Wirtschaftswissenschaft erzeugt wurde. Die Leuchtturm-Idee von Rupert Neudeck ist bestimmt richtig, besonders dann, wenn bei den Afrikanern die Motivation geweckt werden kann, es den Europäern einmal zu zeigen, wie der Hase läuft. Bei allen Problemen darf man nicht vergessen, dass das Afrika von heute, das Ergebnis der Politiken europäischer Staaten ist. Das heißt wiederum nicht, dass die Afrikaner keine Verantwortung für sich selber haben.

Weiter heißt es in dem Artikel:

Sicher scheint: Die wichtigste Zukunftsaufgabe gibt uns Afrika auf. Die von mir gegründete Hilfsorganisation „Grünhelme“ hat in Mauretania eine Berufsausbildungsschule gebaut. 60 000 junge Afrikaner warteten dort auf eine Piroge, die sie auf die Kanarischen Inseln bringen würde. Uns war klar: Diese jungen Menschen werden nicht aus eigener Kraft zurückkehren können. Sie müssen jenen, die viel Geld für die Passage aufgebracht haben, etwas zurückgeben. Nur, wenn sie ein Zertifikat und einen Beruf haben, können sie die Rückkehr wagen. Berufsschulen in den sichersten Ländern Afrikas könnten dazu beitragen, dass junge Migranten auch ohne lebensbedrohliche Schiffspassage ein Gewerbe erlernen können, um aufrecht in ihre Heimatdörfer zurückzukehren.

Wer die Einfügung meines Textes aus dem Jahr 2001 (Es handelt sich um den Abschnitt „6. Blick auf die heutigen Probleme aus dem Jahr 2001“ beachtet hat, konnte dort folgendes lesen:

Es ist einfach eine Vergeudung von Ressourcen, wenn bei Arbeitslosen brachliegende Fähigkeiten nicht dazu genutzt werden, um einen Teil davon an Asylbewerber - mit und ohne Chance auf Anerkennung - weiter zu vermitteln, damit diese im Falle des Bleiberechtes leichter in die Erwerbsarbeit integriert werden können und im Falle der Abschiebung nicht mit leeren Händen gehen müssen. Wer mit neuen Kenntnissen und einem großen Koffer mit Werkzeugen aus zweiter Hand, von Flohmärkten und aus Spenden (oder gar mit einem alten als Werkstatt umgerüsteten Bus) wieder in seiner Heimat ankommt, hat nicht nur eine Erwerbschance in der Heimat, sondern auch einen Ansehensgewinn. Einfach kleinlaut mit dem Bekenntnis „Man wollte mich nicht!“ wieder in der Familie, im Dorf oder Stadt-

viertel anzukommen, ist doch kein erhebendes Gefühl und eine große Enttäuschung für die Familie, die vermutlich die Kosten für die Schleuser aufgebracht hat.

Es folgt der Schlussteil von Neudecks Ausführungen:

Schließlich die fünfte Ursache: die digitale Kommunikation. Nahezu alle Flüchtlinge - auch aus afrikanischen Ländern - besitzen mittlerweile ein Handy oder Smartphone. Diese jungen Menschen wissen mehr über die Welt und Europa als die Generationen vor ihnen. Sie machen sich auf den Weg - geführt von den Verheißungen des Internets. Diese Fluchtursache ist in Zeiten des allgegenwärtigen Internets wohl die einzige, gegen die wir tatsächlich nichts unternehmen können.

Die erste Frage ist: Wieso können arme, hungernde, chancenlose Afrikaner sich Handy oder Smartphone leisten. Wurden sie verschenkt oder subventioniert, um eine Wirkung zu erzielen, wie wir sie erleben? Wenn Ja, wer waren die Akteure?

Die zweite Frage ist: Kann diese Technik nicht im positiven Sinn eingesetzt werden, um den Afrikanern am Bau von Leuchttürmen – von denen Neudeck spricht – mitwirken zu lassen?

Die dritte Frage ist: Kann den jungen Afrikanern, die an einem Leuchtturm im Sinne einer Ausbildungsstätte mitwirken,<sup>47</sup> als Belohnung und als Anreiz für die Mitwirkung (auch als Auszubildender) in Europa ein klar befristetes Praktikum vermittelt werden, damit sie sich selber davon überzeugen können, dass auch hier nur mit Wasser gekocht wird? Der Druck, unbedingt nach Europa auswandern zu wollen, würde dadurch sicher verringert.

Die Mittel für diese Hilfe muss aus dem Verteidigungsetat kommen, weil sie die neue Verteidigungsstrategie sein muss. Es hat sich erneut erwiesen, dass die Rüstung und das Militär zwar nicht die Ursache für die Konflikte in der Welt sind, diese aber anheizen und nicht lösen können.

Vor einer wirklichen Hilfe für die notleidenden Menschen in aller Welt, wie auch für uns selbst, ist es aber erforderlich, dass wir in unseren Köpfen aufräumen und Sachverhalte klären, sonst schaffen wir nur noch mehr Unheil solcher Art wie es das Experiment in der Sowjetunion war oder einen Ausflug in eine weitere Hölle – wie sie der NS-Staat eine war. (Auch an dieser Stelle: Der Zulauf der NSDAP speiste sich aus der Hoffnung der damals lebenden Menschen, die neue Politik würde sie aus Elend befreien, in das sie die Demokraten – und auch die Sieger des Ersten Weltkrieges – gestürzt hatten.)

<sup>47</sup> Anregungen dafür kann man auch hier finden:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/3.0%20Freie%20Berufsbildungs-Assoziation%203.04.pdf>

Einen Gedanken, der mich schon länger beschäftigt, muss ich hier äußern. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg habe ich folgendes häufig gehört. Wenn sich deutsche Vertriebene und Flüchtlinge über ihr Schicksal beklagten, wurde ihnen immer wieder gesagt, sie sollten doch aufhören zu klagen, denn sie hätten ja selber Schuld, weil sie Hitler zugelassen hätten. Ich habe einen entsprechenden Hinweis in Bezug auf die Syrer und Assad noch nicht gehört. Sind die Menschen inzwischen klüger geworden, weil gegen die Syrer kein entsprechender Vorwurf gemacht wird oder war es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bei uns eine politische Strategie die damals leidenden deutschen Flüchtlinge zusätzlich zu demütigen? Dabei muss ich ja als Demokrat sagen, ein Funken Wahrheit ist in dem Vorwurf ja enthalten. Kein Diktator kann sich an der Macht halten, wenn er nicht einen ausreichenden Zuspruch in der Bevölkerung hat. Auch besteht für Demokraten die Pflicht, besonders in Umbruchzeiten darauf zu achten, wohin die Reise geht.

Das Aufräumen in unseren Köpfen ist aber gar nicht einfach, weil sich eingeritzte Vorstellungen und Denkfiguren nicht so leicht löschen lassen, auch dann nicht, wenn sie in der Vergangenheit nicht die erhofften Lösungen erbracht haben. Dabei geht es nicht nur um Vorurteile und verfestigte Ideologien, sondern auch um Ergebnisse des eigenen Denkens, die sich als Wahrheiten in den Köpfen der einzelnen Denker festgesetzt haben. Gerade wenn man ein halbes Jahrhundert – wie ich - an Erkenntnissen teil hat, die einfacher Natur sind, aber eine Wende im Zusammenleben der Menschen und Gesellschaften herbeiführen könnten, aber nicht von der nötigen Zahl der Mitglieder unserer Gesellschaft wahr- und angenommen werden, steht unter dem hohen Druck, die die Frage auslösen kann, die da heißt: „Bist du in eine Wahrheitsfalle, die sich als Gewissheit tarnt, geraten?“

In der Sonntagsbeilage der HAZ vom 24. Oktober 2015 ist ein Beitrag von Oskar Negt<sup>48</sup> unter dem Titel „Ist Europa noch zu retten?“ Negt sieht wie ich die Spannungen in den Gesellschaften, die das Projekt Europa platzen lassen können ganz ähnlich wie ich, kann aber die Marktwirtschaft vom Kapitalismus nicht unterscheiden und bleibt letztlich im marxistischen Denken verhaftet, das leider wirtschaftlich an dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft

---

48,„Der Sozialphilosoph Oskar Negt, Schüler von Adorno und Habermas, ist einer der großen Linksintellektuellen unserer Zeit. Die Frage von Arbeit und Gerechtigkeit im europäischen Prozess steht seit Jahren im Zentrum seines Werks.“(HAZ) / [https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar\\_Negt](https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Negt) Mein Interesse hat er geweckt, weil er wie mein Vater aus Ostpreußen stammt, mein Jahrgang ist, wie ich im Oldenburgischen gelebt hat und wie Verwandte von mir am Kriegsende über Gotenhafen nach Dänemark geflüchtet ist. Ich habe ihn einmal in einer Tagung der Ev. Akademie in Loccum erlebt.



gekoppelt ist.<sup>49 50</sup>

Oskar Negt schreibt unter anderem:

... Mit dem Massenandrang von Flüchtlingen rücken die Elendsregionen der Welt in Hautnähe zu den reichen Ländern. Wer nun den linken Kassandrarufer keinen Glauben schenken will, der sollte doch zur Kenntnis nehmen, was Altliberale wie Ralf Dahrendorf und Marion Gräfin Dönhoff von dieser Form des Kapitalismus denken, den sie ursprünglich doch leidenschaftlich als freiheitsverbürgend den Ostblocksystemen entgegengehalten haben. Dahrendorf spricht von den Gefahren einer ‚ortlosen Welt, in der die Menschen keine Bodenhaftung mehr haben, in der sie hin und her geschoben werden ohne Halt und Verwurzelung. Und das Plädoyer der Gräfin Dönhoff für eine ‚Zivilisierung des Kapitalismus“ fügt dem hinzu, dass eine auf Zerstörung von Bindung beruhende Gesellschaft eines Tages auseinanderbricht. Denn jede Gesellschaft braucht Bindungen, ohne Spielregeln, ohne Traditionen, ohne einen ethischen Minimalkonsens wird unser Gemeinwesen eines Tages so zusammenbrechen wie vordem das sozialistische System.“

Das große Projekt Europa kann uns gelingen, wenn es ein friedensfähiges Gemeinwesen zur Basis hat und somit für alle Bürgerinnen und Bürger, auch für die Schutz suchenden Flüchtlinge, die Grundwerte von Freiheit und Gleichheit gelten. Das ist das Fundament des Bauwerks Europa.

Und an anderer Stelle heißt es:

An den Flüchtlingen wird Europa nicht scheitern! Sehr wohl aber an der Ignoranz gegenüber den die Lebensprobleme berührenden Fragen der Europäer selbst.

Mit Marion Dönhoff<sup>51</sup>, Ralf Dahrendorf<sup>52</sup> und Oskar Negt sind schon drei Personen benannt, die viel Kluges geschrieben haben, aber im Hinblick auf die Ursachenforschung über die beklagten Zustände die Ignoranz - die Negt benennt - geteilt haben - bzw. im Fall Negt - selbst teilt. Und ich habe keine andere Erklärung dafür, dass sich auch bei kritischen Geistern falsche Vorstellungen festsetzen, die schwer zu überwinden sind.

---

49 <http://www.haz.de/Nachrichten/Kultur/uebersicht/Oskar-Negt-ueber-aktuelle-Politik-und-Demokratie>

50 Der Kapitalismus ist keine Wirtschaftsordnung, sondern jeweils eine Überlagerung der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft und der als Privat- oder Staatskapitalismus in Erscheinung tritt. Der Kapitalismus ist dabei die Möglichkeit aufgrund von Fehlern im System der Marktwirtschaft für das eingesetzte Kapital einen Ertrag zu erzwingen, den die Arbeit erwirtschaften muss. In der Zentralverwaltungswirtschaft hat der Kapitalismus eine andere Form der Ausbeutung der Arbeit u.z. In der Willkür der Lohnfestsetzung, der Reinvestition der Erträge der Arbeit, über diejenigen nicht verfügen können, die ihn erarbeitet haben. Und um die Menschen zum freiwilligen Sparen anzuhalten, wurde in „sozialistischem“ Experiment in der UdSSR die Verzinsung der Einlagen wieder eingeführt.

51 Meine Korrespondenz mit Marion Gräfin Dönhoff in: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/27.0%20Zeit-Brief%20.%202003.pdf>

52 Ich habe ihn u. a. hier zitiert in: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

In der HAZ vom 20. 10. 2015 hat unter dem Titel „**Es ist die falsche Lektion, uns bei Völkermord herauszuhalten**“ Daniel Alexander Schacht über die Rede des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Navid Kermani <sup>53</sup>, berichtet. Es heißt dort unter anderem:

„Beglückend“ nennt es der 1967 in Siegen als Kind iranischer Eltern geborene Friedenspreisträger in seiner Rede, dass sich viele „besonders auch in Deutschland“ für Flüchtlinge einsetzen. Doch es fehle die „breite gesellschaftliche Debatte über die Ursachen des Terrors und der Fluchtbewegung“, die „unsere eigene Politik vielleicht sogar befördert“. Es sei „die falsche Lektion“, sagt Kermani unter Hinweis auf das Morden in Syrien, aus desaströsen Kriegen zu schließen, man müsse sich „bei Völkermord“ heraushalten. „Darf ein Friedenspreisträger zum Krieg aufrufen?“, fragt er, betont, dies nicht zu tun, fordert aber den Westen auf, sich zu dem Konflikt „womöglich militärisch“ zu verhalten.

Auch ich bin der Ansicht, dass wir uns bei Völkermord nicht auf die Rolle des Beobachters begrenzen dürfen. Wir müssen uns aber vorher dazu durchringen, dem Menschenrechten eine höhere Rangstufe einräumen als dem Völkerrecht. Dann müssen wir aber auch erkennen, dass militärische Interventionen die Lage in der Regel verschlimmern. Also geht es darum, uns bessere nichtmilitärische Methoden der Verteidigung der Menschenrechte anzueignen. Und es geht auch hier wieder um die Ursachen der Konflikte und dabei wieder um das Problem, dass es so etwas wie eine Schallmauer im Erkenntnisprozess der Entscheidungsträger in der Wissenschaft und der Politik gibt, die es zu durchbrechen gilt. Es gibt natürlich keine Brechstange – die sich auch selbst verbieten würde – um die sich in den Köpfen der Entscheidungsträger festgesetzten falschen Vorstellungen über die Ursachen der Misere herauszubrechen. Die sanfte und wirksame Methode ist, dass sich so viel Menschen die Erkenntnis erarbeiten, dass die Hauptursachen unserer den Frieden und Wohlstand verhandelnden Probleme im Bodenrecht <sup>54</sup>, im verwendeten Geldsystem und auch im Patentrecht liegen, dass sie nicht mehr wie bisher unbeachtet übergangen werden können.

Wer sich jetzt selbst auf die Spurensuche nach den angedeuteten Ursachen für den Unfrieden in der Welt begibt, kann sich seltsamerweise nicht auf Unterstützung durch die Vereinigungen stützen, die sich für den Frieden zuständig fühlen: Die Kirchen, die Deutsche Friedens-

53 <http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/445651/?mid=970671>

54 Das Wort Bodenrecht wird hier für die rechtliche Regelung der Nutzung a) des bebau- und bewohnbaren Bodens, b) für die Hebung von Bodenschätzen, c) für die Nutzung des Luftraumes für den Flugverkehr, den Funk und die Einbringung von Emissionen und d) für die Nutzung der Meere für den Verkehr, den Fischfang und die Gewinnung von Rohstoffen benutzt.

gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und welche Vereinigungen es noch geben mag, die sich zu den Friedensstiftern zählen. Wenn der Suchende sich an eine Fakultät der Wirtschafts-, Sozialwissen- oder Rechtswissenschaft wendet, wird er im besten Fall ein Kopfschütteln ernten. Auch die politischen Parteien, die verbal für den Frieden sind, wenn es keine Stimmen kostet oder den Waffenexport nicht stört, werden sich verschlossen zeigen. Als ich vor 35 Jahren Mitbegründer der grünen Partei wurde, hat mich die heutige Flüchtlingssituation schon beschäftigt. Meine Hoffnung war damals, diese damals entstehende Partei könne die Steine auf dem Friedensweg wegräumen helfen. Es ist umgekehrt gekommen. Es wurden noch mehr Steine auf dem Weg platziert. Trotzdem fühlen sich die Grünen noch als Partei des Friedens. Wenn ich die Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Bundestag reden höre, habe ich den Eindruck, dass sie vor Mitgefühl für die Flüchtlinge – was sie verdienen – vergeht, aber weder eine Ahnung davon hat, dass auch die Grünen für diese Situation mitverantwortlich sind, noch die Folgen bedenkt, die eintreten werden, wenn man in diesem Geschehen sich nur von seinen Gefühlen leiten lässt.

Wenn unsere politische Klasse so weitermacht, wie bisher, wird sie in 100 Jahren nicht besser beurteilt werden, wie die politische Klasse der NS-Zeit heute beurteilt wird. Und dabei wird es dann keine Rolle spielen, dass deren Mitglieder heute ganz anderes dachten und wollten wie jene in der Nazi-Zeit. Das Endergebnis kennen wir ja noch nicht. 1945 torkelte ein Mann angetrunken durch die Straßen meines Heimatdorfes und wiederholte immer wieder laut klagend den Satz: „Wir sind betrogen worden! Wir sind betrogen worden! ...“ Mir scheint, unsere Amts-, Mandats- und Würdenträger streben eine Situation an, die eine Wiederholung des Klageliedes von 1945 wahrscheinlich macht. TA

oooooooooooooooooooo

Text 6.1 [Darauf kommt es an!](#) (108 Seiten, 610 KB)

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990* (Fortsetzungen)

Text 9.0 [Die Verfassungs-Piraten](#) Arbeitsmappe für:

- parlamentarische Verfassungskommissionen
- Bürgerrechtsvereinigungen
- mit dem Thema befasste Einzelpersonen und Institutionen / *November 1991* (Fortsetzungen)

TA / Flüchtlinge, Hilfe - 99 - Hilflosigkeit, Verfassung